Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Dr. Anton Reithinger
Die Verhexung der Politik durch die Sprache

Prof. Dr. Max Bense
Opposition und Intelligenz

Zwei deutsche Literaturen – in schwedischer Sicht

Prof. Dr. W. F. Hallgarten, Washington
Hitler verwirklicht seinen Grundplan (II)

Martin Dovifat
Die SPD will mitregieren

2,50 DM X. Jahrgang August 8 1965

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats August 1965 S. 639

Stellungnahme der Herausgeber S. 642

Berichte und Kommentare
Schröders Drohung S. 643
Wir brauchen eine Opposition / Dr. Oswald A. Kohut S. 645

Die Lage
Prof. Dr. jur. Harold Rasch S. 649
Auf abschüssiger Bahn

Dr. Anton Reithinger
Die Verhexung der Politik durch die Sprache S. 654

Prof. Dr. Max Bense
Opposition und Intelligenz S. 662

Klaus Ehrler, M. A.
Der andere Weg / Betrachtungen zum 20. Gründungstag von CDU und LDP S. 666

Zwei deutsche Literaturen – in schwedischer Sicht S. 673

Prof. Dr. Erich Lange
Wider die Mensur S. 680

Prof. Dr. W. F. Hallgarten, Washington
Hitler verwirklicht seinen Grundplan (II) S. 690

Martin Dovifat
Die SPD will mitregieren / Traum und Konsequenzen der ‚großen Koalition' S. 700

Fernseh-Spalte
Monitor S. 708

Bücher
Fritz Bauer, Widerstand gegen die Staatsgewalt
Hans Magnus Enzensberger, Politik und Verbrechen
Neuerscheinungen S. 709

Rolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 714

Dokumente zum Zeitgeschehen
Was zeigt die Uhr? / Rede von Prof. Dr. jur. Helmut Ridder
Liste der SPD-Abgeordneten, die gegen die Notstandsgesetze stimmten
Anfrage des Abgeordneten Dr. O. A. Kohut S. 715

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

X. Jahrgang | August 1965 | Heft 8

Chronik des Monats Juli 1965

1. 7. — E W G. Unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen gemeinsamen Agrarmarkt tagt das französische Kabinett. Informationsminister Peyrefitte erklärt im Anschluß an die Sitzung: „Unter diesen Bedingungen hat die Regierung beschlossen, für sich die politischen, wirtschaftlichen und juristischen Konsequenzen aus der so geschaffenen Situation zu ziehen." Es sei undenkbar, so heißt es in Paris, daß Frankreich „unter den gegenwärtigen Umständen" an den Arbeiten der Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft teilnehmen werde. — Am 27. 7. beschäftigt sich der EWG-Ministerrat in Abwesenheit Frankreichs mit neuen, von Kommissions-Präsident Hallstein unterbreiteten, aber nicht veröffentlichten Vorschlägen, ohne jedoch einen Beschluß fassen zu können. Am Abend des gleichen Tages antwortet Premierminister Pompidou auf eine Frage des französischen Fernsehens, die Verhandlungen in Brüssel seien nicht nur an den Meinungsverschiedenheiten über die Agrarfinanzierung gescheitert, sondern man habe „noch eine ganze Reihe neuer, völlig unangebrachter Angelegenheiten wirtschaftlicher und politischer Natur aufgeworfen". Pompidou bezweifelt das Mandat der EWG-Kommission und wendet sich gegen die Erweiterung ihrer Vollmachten: „Der gesunde Menschenverstand sagt uns und die Erfahrung zeigt, daß wir nicht einer Kommission ohne politischen Auftrag die Aufgabe überlassen können, über den Lebensstandard der Franzosen sowie über das Schicksal unserer Industrie und unserer Landwirtschaft zu entscheiden."

— „A k t i o n 1. J u l i". In allen Universitäts- und Hochschulstädten der Bundesrepublik finden im Rahmen der „Aktion 1. Juli — Bildung in Deutschland" Studenten-Demonstrationen und -Kundgebungen statt. Die studentischen Organisationen fordern Maßnahmen gegen den Bildungsnotstand und kritisieren die letzten Etatkürzungen, die erfolgt seien, obwohl das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung in einem Bericht die Erhöhung der Mittel um 60 Prozent bis 1970 für nötig gehalten habe. Am gleichen Tag erklärt Bundeskanzler Erhard auf dem Deutschen Handwerkstag in Bonn, mit dem Wort Bildungsnotstand werde ein „ungeheurer Unfug" getrieben. — Am 15. 7. unterzeichnen Bund und Länder ein Verwaltungsabkommen über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates. Der bisherige Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen stellt seine Tätigkeit ein.

3. 7. — D o m i n i k a n i s c h e R e p u b l i k. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfügt den Abzug von zwei Bataillonen in Stärke von 1400 Mann. Damit befinden sich auf der Insel noch 10 900 US-Soldaten.

— *Iran / Sowjetunion.* Schah Mohammed Rezah Pahlewi äußert in einem Abschlußkommunique über einen Besuch in Moskau gemeinsam mit seinen Gastgebern Besorgnis „über die ernste Zuspitzung der Lage in Südostasien und in manchen anderen Räumen der Welt". Die Beziehungen zwischen dem Iran und der UdSSR entwikkelten sich günstig.

8. 7. — Vietnam. Der amerikanische Botschafter in Südvietnam, Maxwell Taylor, reicht sein Rücktrittsgesuch ein. Zum Nachfolger wird der republikanische Politiker Henry Cabot Lodge ernannt, der die USA schon einmal (bis zum Frühjahr 1964) in Saigon vertreten hatte. In Begleitung von Verteidigungsminister McNamara unternimmt Lodge zunächst eine „Konsultationsreise". — Am 9. 7. nennt UN-Generalsekretär U Thant bei der Rückkehr von einer Europareise zwei Bedingungen für eine friedliche Lösung: (1.) Einstellung der Feindseligkeiten und (2.) Wiedereinberufung der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 zur Erörterung der damaligen Vereinbarungen und ihrer Durchführung. — Vom 9.—14. 7. hält sich der britische Unterhausabgeordnete und Staatssekretär im Labour-Kabinett Harold Davies zu Gesprächen in Hanoi auf, wird aber weder von Präsident Ho Chi Minh noch von Ministerpräsident Vam Phan Dong empfangen. — Am 28. 7. ordnet Präsident Johnson als Ergebnis mehrtägiger Besprechungen mit seinen militärischen und zivilen Beratern eine weitere Erhöhung der amerikanischen Truppen in Südvietnam und eine Verstärkung der Rekrutierung für die Streitkräfte an.

9. 7. — Kernwaffen. Bundesaußenminister Schröder wiederholt in einem Zeitungsinterview seine auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf erhobene Forderung, die Bundesrepublik müsse „in glaubhafter Weise in die Organisation des westlichen nuklearen Abschreckungspotentials einbezogen werden". Erst die Schaffung einer Multilateralen Kernwaffenstreitmacht „oder eine ähnliche Lösung" mache den Verzicht der Bundesregierung auf den Erwerb eigener Atomwaffen möglich. — Am 14. 7. wird im Rahmen des Auswärtigen Amtes ein „Beauftragter für Abrüstung und Rüstungskontrolle" berufen. (Vgl. „Kommentare und Berichte".)

10. — 15. 7. — Weltfriedenskongreß. In Helsinki findet ein „Weltkongreß für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung" statt, an dem 1470 Delegierte aus 98 Ländern und Vertreter internationaler Organisationen teilnehmen. In einer Generaldebatte werden die militärischen Aktionen der USA in Vietnam verurteilt und die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa und die Errichtung kernwaffenfreier Zonen gefordert. Konkrete Abrüstungsmaßnahmen, so die Auflösung aller ausländischen Stützpunkte auf fremden Territorien, seien dringend notwendig.

12. 7. — Griechenland. Das Kabinett unterstützt in einem Kommunique die von Ministerpräsident Papandreou dem König vorgetragene Forderung nach Ablösung des amtierenden Verteidigungsministers: „Alle Minister mißbilligten die Haltung Garoufalias' und erklärten, der Verteidigungsminister hätte sofort zurücktreten sollen, als ihn der Ministerpräsident dazu aufgefordert hatte." Garoufalias, der sich erneut weigert, sein Amt zur Verfügung zu stellen, wird am nächsten Tag aus der Fraktion der regierenden Zentrumsunion ausgeschlossen. — Am 15. 7. lehnt König Konstantin in einem Gespräch mit Papandreou die Unterzeichnung der Entlassungsurkunde für den umstrittenen Minister erneut ab und beauftragt (ohne ein Demissionsgesuch des verfassungsmäßigen Regierungschefs) den Parlamentspräsidenten Athanasiades-Novas mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Nach Bekanntwerden dieser Entscheidung kommt es in Athen und anderen Städten zu Sympathiekundgebungen für Papandreou und zu Demonstrationen gegen Athanasiades-Novas, in deren Verlauf am 21. 7. ein Student den Tod findet. Die Mehrheit der Abgeordneten der Zentrumsunion, der auch Athanasiades-Novas angehört, stellt sich auf die Seite Papandreous, der die Ausschreibung von Neuwahlen befürwortet. — Am 30. 7. versucht die vom König eingesetzte neue Regierung vor dem Parlament die Vertrauensfrage zu stellen. Die Sitzung muß nach heftigen Tumulten wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden.

15. 7. — Ost-West-Kontakte. Der amerikanische Sonderbotschafter Averell Harriman wird auf seiner zunächst als „privat" bezeichneten Reise zu einem längeren Gespräch von Ministerpräsident Kossygin im Kreml empfangen. Harriman, der noch ein zweites Mal mit dem sowjetischen Regierungschef zusammentrifft, besucht später auch Brüssel, Bonn, Rom, Belgrad und Lon-

don. Im Mittelpunkt seiner Gespräche steht neben den Vorgängen in Vietnam die geplante Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungskonferenz.

16. 7. — N A T O. Ein in Ramstein (Pfalz) stationiertes amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ RF 101 überfliegt mehrfach das französische Atomzentrum bei Pierrelatte und fertigt dabei 175 Luftaufnahmen an. Die Maschine kann jedoch von der Flugabwehr identifiziert werden und noch vor ihrer Landung in der Bundesrepublik fordern die französischen Militärbehörden die sofortige Auslieferung des Filmmaterials. — Am 19. 7. übermittelt das Außenministerium in Paris der US-Botschaft einen Protest und stellt darin fest: „Dieses Flugzeug hat drei Verletzungen des Luftrechts begangen: 1. Überfliegen einer verbotenen Zone, 2. Photographieren ohne Bewilligung, 3. Photographieren einer verbotenen Zone."

18.—19. 7. — F r a n k r e i c h. Auf einer außerordentlichen Tagung des Landesrates der Sozialistischen Partei (SIFO) erhält der Vorstand das Mandat, „schnell und bis zum endgültigen Erfolg den Aufbau einer sozialdemokratischen Föderation" für die bevorstehenden Präsidentenwahlen am 5. Dezember zu verfolgen. Die Partei zieht damit die Konsequenzen aus dem gescheiterten Versuch ihres zurückgetretenen Präsidentschaftskandidaten Defferre, eine Koalition gegen Gaullisten und Kommunisten zu bilden.

19.—24. 7. — R u m ä n i e n. Vor Eintritt in die Tagesordnung stimmt der Kongreß der Rumänischen Arbeiterpartei einem Antrag auf Umbenennung in „Rumänische Kommunistische Partei" zu. Den Delegierten liegen Entwürfe eines umfassenden Fünfjahresplans und einer neuen Landesverfassung vor. Zur Lage in der kommunistischen Weltbewegung erklärt Parteisekretär Ceausescu, jede Partei müsse das Recht haben, „selbständig ihre politische Linie und die Formen und Methoden ihrer Tätigkeit zu erarbeiten". Rumänien werde an seiner bisherigen Innen- und Außenpolitik festhalten. Zur Deutschlandfrage heißt es in der Rede: „Von großer Bedeutung für die Gesundung der internationalen Atmosphäre würde die Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages sein, wobei von der Anerkennung der historischen Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten ausgegangen werden muß." Die anwesenden Parteichefs der Sowjetunion, Bulgariens und der DDR, Breschnew, Schiwkoff und Ulbricht, sowie der Generalsekretär der KP Chinas, Teng Hsiao-ping, benutzten die Gelegenheit zu politischen Gesprächen.

22. 7. — G r o ß b r i t a n n i e n. Sir Alec Douglas-Home, bis zum Wahlsieg der Labour-Party britischer Premierminister, legt sein Amt als Vorsitzender der Konservativen Partei nieder. — Am 28. 7. bestimmt die Fraktion Edward Heath zum neuen Oppositionsführer.

23. 7. — Z y p e r n. Das Repräsentantenhaus verlängert die am 16. August ablaufende Zeit von Präsident Makarios um ein weiteres Jahr, übergeht aber den türkischcypriotischen Vizepräsidenten Kücük.

— N S - V e r b r e c h e n. Im Auschwitz-Prozeß vor dem Frankfurter Schwurgericht beenden Anklage und Verteidigung ihre Plädoyers.

27. 7. — A b r ü s t u n g. Zu einer neuen Verhandlungsrunde tritt in Genf die 18-Mächte - Abrüstungskonferenz zusammen. Die Beratungen, denen Frankreich wiederum fernbleibt, waren im September 1964 wegen der beginnenden Herbstsession der UN-Vollversammlung unterbrochen worden. Entsprechend einem im Juni erteilten Auftrag der Vereinten Nationen soll die Konferenz nun neben der allgemeinen und vollständigen Abrüstung vor allem Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung atomarer Waffen und zum Verbot der unterirdischen Kernwaffentests vordringlich behandeln. Die britische Delegation kündigt einen Vertragsentwurf zur Begrenzung des „Atomclubs" an.

28. 7. — B e l g i e n. Nach zweimonatiger Regierungskrise vereidigt König Baudouin ein neues Kabinett, dem 15 Minister der Christlich-Sozialen und 12 der Sozialistischen Partei angehören. Die beiden Regierungsparteien hatten bei den letzten Wahlen Stimmenverluste hinnehmen müssen.

31. 7. — J u g o s l a w i e n. Der indische Ministerpräsident Shastri beendet einen Besuch bei Präsident Tito. Gleichzeitig wird in Belgrad bekannt, beide Politiker seien übereingekommen, zusammen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Nasser und den Regierungschefs weiterer blockfreier Länder eine Initiative zur Beendigung des Vietnam-Krieges zu unternehmen.

Stellungnahme

Von Lesern der „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind wir wiederholt gebeten worden, unsere Haltung zu den bevorstehenden Bundestagswahlen darzulegen. Das veranlaßt uns zu folgender Stellungnahme:

1. Die „Blätter" sind ein unabhängiges, keiner Partei oder Organisation, keiner Sozialgruppe oder Konfession verpflichtetes Organ zu Erörterung wesentlicher Fragen der Politik. Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitschrift kommen aus den verschiedensten geistigen Traditionen und politischen Richtungen. Was sie eint, ist das entschiedene Bekenntnis zur Demokratie, zum Rechtsstaat und zur verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes, in dem sie einen gangbaren Weg zur Verwirklichung der rechtsstaatlichen Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit erblicken. (Wir dürfen in diesem Zusammenhang an die Erklärung erinnern, mit der sich der erweiterte Herausgeberkreis im Mai-Heft 1964 den Lesern der „Blätter" vorgestellt hat.)

2. Thematisch und methodisch wollen die „Blätter" einen eigenen Beitrag zur Klärung und Lösung von Fragen der deutschen und internationalen Politik und damit auch zur Bildung der öffentlichen Meinung leisten, zugleich aber beachtlichen Stimmen des öffentlichen Meinungsprozesses als Sprachrohr dienen.

3. Die „Blätter" wollen zur friedlichen Lösung politischer Streitfragen auf der Basis der Vernunft und einer realistischen Beurteilung der Lage beitragen. Daher begrüßen und fördern sie alle ehrlichen Bemühungen internationaler und deutscher Entspannungspolitik und den friedlichen Leistungswettbewerb zwischen ‚West' und ‚Ost'. Sie setzen sich für weltweite und regionale Abrüstungsbemühungen ein und unterstützen im Interesse der Herstellung einer europäischen Friedensordnung die militärische Neutralität beider Teile Deutschlands und ihren Verzicht auf Atomwaffen.

4. Die „Blätter" treten kompromißlos für die Bewahrung von Geist und Buchstaben des Grundgesetzes ein. In der gegenwärtigen Situation geht es ihnen besonders um die Wahrung und Intensivierung des vom Grundgesetz geforderten, aber ernstlich gefährdeten sachlichen Pluralismus und um die Rettung des aufs äußerste bedrohten Parlamentarismus. Mit Schärfe weisen sie alle offenen und verdeckten Versuche zur Aushöhlung, Verfälschung oder gar Aufhebung der Grundrechte durch Notstandsgesetze oder andere Maßnahmen zurück, die auf die Einschränkung der staatsbürgerlichen und zivilen Freiheiten gerichtet sind.

5. Wir empfehlen unseren Lesern, denen wir durch unsere Informationspolitik die Entscheidung erleichtert zu haben hoffen, ihre Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen danach vorzunehmen, inwieweit die Kandidaten zum 5. Deutschen Bundestag öffentlich ihre Bereitwilligkeit bekunden, den hier noch einmal zusammengefaßten Maximen zu folgen, und auch die Gewähr dafür bieten, in ihrer Haltung nicht wankend zu werden. Wir haben bei unseren Lesern stets vorausgesetzt, daß sie unsere Meinungs- und Informationsbeiträge selbständig weiterverarbeiten, und tun das auch jetzt schon deshalb, weil wir niemandem die Pflicht zur genauen Prüfung der für ihn gegebenen lokalen und regionalen Lage und zur letztlichen Entscheidung nach dem eigenen Gewissen abnehmen können.

Köln, im August 1965

Die Herausgeber

Berichte und Kommentare

Schröders Drohung

Bundesaußenminister Schröder hat es für notwendig erachtet, in einem vom regierungsamtlichen „Bulletin" nachgedruckten Interview die Möglichkeit des „Erwerbs eigener Atomwaffen" durch die Bundesregierung zu betonen. In Ost und West ist das als gezielte Drohung aufgefaßt worden. Eine rege diplomatische Aktivität setzte ein, die auf westlicher Seite ihren Höhepunkt wohl in der Erklärung des britischen Premiers Wilson fand, jede Form der Weiterverbreitung von Atomwaffen müsse Spannungen in der NATO erzeugen und London sowie auch andere Verbündete zu „schmerzlichen Überprüfungen" veranlassen. Überprüfungen, deren Kernfrage nach Lage der Dinge dann nur lauten könnte, ob ein Verbleiben in einem mit der Atommacht Bundesrepublik belasteten Bündnis überhaupt noch vertretbar sei. Was Bonn betrifft, so bestand sein Anteil am diplomatischen Echo auf das Schröder-Interview in einer Serie von Dementis. Der Regierungssprecher stellte fest, der Herr Außenminister sei allgemein falsch interpretiert worden. Bonn beabsichtige nicht, sich in den Besitz atomarer Waffen zu bringen. Allerdings lege man Wert auf die Feststellung, daß man auf die Herstellung, nicht aber auf den Erwerb nuklearer Waffen verzichtet habe. Zwar käme dieser Tatsache keine praktische Bedeutung zu, dennoch sehe man unter den gegebenen Bedingungen keinen Anlaß, neben dem Produktionsverzicht auch einen formellen Verzicht auf den Erwerb auszusprechen.

Erklärungen dieser Art — darüber darf man sich in der Bundeshauptstadt nicht wundern — fordern Mißtrauen und Verdacht geradezu heraus. Prüft man sie auf ihren rationellen Gehalt, so bleibt die Tatsache, daß die Bundesregierung tatsächlich mit dem Erwerb von Atomwaffen drohen wollte, und zwar vor allem aus einem Grund: sie fürchtet Abrüstungsvereinbarungen zwischen Ost und West, die das endgültige Fiasko ihrer Politik bedeuten würden.

Was hat Schröder erklärt? Der entscheidende Passus lautet: „Ich meine, daß eine Form der atomaren Organisation gefunden werden muß, die das Sicherheitsbedürfnis der nicht atomar gerüsteten NATO-Mitglieder angesichts der mehr als 700 auf Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen befriedigt. Wenn dies durch die Schaffung einer multilateralen atlantischen Abschreckungsstreitmacht oder eine gleichwertige Lösung geschehen ist, könnte Deutschland seinen Alliierten gegenüber auf den Erwerb eigener Atomwaffen verzichten."

Wenn diese Stellungnahme überhaupt einen Sinn haben soll, dann meint sie: falls die MLF oder eine andere Form der Streuung nuklearer Waffen innerhalb der NATO nicht endlich verwirklicht wird, wird Bonn darauf mit dem Erwerb eigener Atomwaffen reagieren.

Bereits auf der NATO-Dezembertagung des Jahres 1963 soll Schröder in interner Sitzung darauf verwiesen haben, daß die Brüsseler Verträge den Erwerb gestatten. Das allerdings ist eine völkerrechtlich überaus fragwürdige Konstruktion. Es stimmt, daß sich der Verzicht auf die Produktion, nicht auf den Erwerb atomarer Waffen bezieht. Ebenso unbestreitbar verpflichten uns die Brüsseler Verträge aber auch zu einem Verzicht auf jegliches nationales Verfügungsrecht über atomare Waffen. Eine Position, die von Bonn in den vergangenen Jahren — wenn auch keineswegs immer freiwillig — mehrmals verbindlich bestätigt

wurde. Damit aber ist uns praktisch auch der Erwerb solcher Waffen verwehrt, die doch gar keinem anderen Zweck als dem der nationalen Verfügung dienen könnten. Denn welchen Sinn sollte es haben, den Kommandospitzen eines Bündnisses selbsterworbene Atomwaffen zu übereignen, wenn eben jenes Bündnis die Schaffung eines multilateralen Atompools aus Sorge vor den Folgen einer bundesdeutschen Mitsprache abgelehnt hat? Es ist ganz klar, daß Schröders Drohung mit dem „Erwerb eigener Atomwaffen" den Anspruch auf nationale Verfügungsgewalt über sie einschloß. Die späteren Dementis haben im In- wie im Ausland die Gewißheit darüber nicht verwischen können.

Diese Drohung aus Bonn ist alarmierend. So offen und von so kompetenter Stelle ist der atomare Anspruch noch nicht formuliert worden. Was hat den Außenminister, dem man — am Bonner Durchschnitt gemessen — Bedächtigkeit und die Fähigkeit zu nüchternem Abwägen nachsagt, zu dieser Erklärung veranlaßt?

Die Motive lassen sich in der gegenwärtigen außenpolitischen Situation finden, die durch einen engeren Kontakt zwischen Washington und Moskau und der Wideraufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen gekennzeichnet ist. In Bonn weiß man, daß die Hauptakteure in Genf diesmal zu konkreten Ergebnissen kommen wollen. Ergebnissen, die in einer Erweiterung des Atomteststopp-Abkommens und in einem Vertrag über das Verbot der Verbreitung von Kernwaffen bestehen sollen. Es ist noch keineswegs sicher, ob die erheblichen technischen und politischen Hindernisse, die in der Vergangenheit den Weg zu solchen Verträgen überwuchert haben, in der neuen Genfer Verhandlungsperiode überwunden werden können. Tatsache aber ist, daß die Atommächte — trotz eklatanter Gegensätze auf anderen Gebieten — in der Erkenntnis übereinstimmen, daß ihre eigene Sicherheit einen sofortigen Stopp der Proliferation von Kernwaffen erfordert. Auf sowjetischer Seite ist in den vergangenen Jahren diese Auffassung mit Konsequenz und Härte propagiert, aber auch praktiziert worden. Der Streit mit Peking ist nicht zuletzt auf die Weigerung Moskaus, China bei der Entwicklung der Bombe zu helfen, zurückzuführen. Die sowjetische Regierung erwartet allerdings von Washington eine gleichermaßen eindeutige Haltung. Darum intervenierte sie mit Nachdruck gegen die MLF, in der sie ein Mittel sieht, die Bundesrepublik auf Umwegen atomar aufzurüsten.

De Gaulle war der erste im westlichen Bündnis, der die sowjetischen Warnungen ernstgenommen und daraus die einzig möglichen Konsequenzen — die Ablehnung der MLF und jeder anderen Art atomarer Aufwertung Bonns — gezogen hat. Wilson und seine Regierung haben auf nicht immer überschaubaren Pfaden versucht, die Schwenkung de Gaulles nachzuvollziehen. Nun — und die Gewißheit darüber legt sich wie eine eiserne Klammer um die Bonner Politik — leitet offenbar auch Washington praktische Schritte ein, die das eigene Sicherheitsbedürfnis in den Vordergrund stellen und darum ein Nonproliferations-Abkommen mit der Sowjetunion als wünschenswertes und auch praktikables Nahziel betrachten. Zwei Ereignisse der letzten Zeit sind es, die diese Auffassung bestätigen: Da ist einmal jener geheimnisumwobene, von der „New York Times" inzwischen in großen Zügen wiedergegebene Bericht des einflußreichen US-Politikers Roswell L. Gilpatric. Dieser übernahm im November des vergangenen Jahres vom amerikanischen Präsidenten den Auftrag, eine Analyse über die Möglichkeit und Erfordernisse nuklearer Abrüstung anzufertigen, wobei er der Frage der Streuung atomarer Waffen und den Projekten multilateraler Atomwaffenpools besondere Aufmerksamkeit widmen sollte. Gilpatric, ein Mann mit

großen außenpolitischen Erfahrungen, brauchte bis zum Frühjahr, um diesen Bericht fertigzustellen. Erst jetzt aber sickerten auf dem Wege gezielter Indiskretionen die Grundgedanken und Empfehlungen durch, die in der einen Forderung kulminieren: Washington möge das MLF-Projekt fallen lassen und statt dessen seine diplomatischen Anstrengungen darauf konzentrieren, mit der Sowjetunion zu einem Abkommen über das Verbot der weiteren Streuung von Kernwaffen zu gelangen.

Es versteht sich, daß Johnson diesen Bericht lange geheim halten ließ, um vor allem die Bundesregierung nicht zu beunruhigen. Gewiß ist aber auch, daß er die Rücksichtnahme nicht übertreiben wird. In der amerikanischen Hauptstadt ist es ein offenes Geheimnis, daß nach der Bundestagswahl außenpolitische Initiativen gestartet werden, die ganz und gar nicht in das Konzept der derzeitigen Bonner Politik passen werden. Das zweite bedeutsame Symptom bevorstehender außenpolitischer Initiativen der USA ist ein Artikel des amerikanischen Abrüstungsbeauftragten William C. Foster in der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs". Foster warnt vor den Folgen einer Streuung atomarer Waffen. Es ist bezeichnend für seine Analyse, daß sie die Interessengleichheit zwischen den USA und der UdSSR in wichtigen Fragen der atomaren Politik ohne nähere Begründung voraussetzt und davon ausgeht, die ärgste Gefahr für den Frieden und damit auch für die Sicherheit der beiden Atomgiganten drohe von jenen heute noch nicht atomar bewaffneten Staaten, die nach Nuklearwaffen streben. Zwar versagt es sich Foster, die Bundesrepublik ausdrücklich zu erwähnen, aber er markiert ihre politische Position, wenn er von der Gefahr spricht, daß diese potentiellen Atommächte das atomare Gleichgewicht empfindlich stören würden. Daß er daneben Bedenken ins Treffen führt, die den amerikanischen „Vorsprung an Macht, den wir dank unserer finanziellen und wirtschaftlichen Hilfsmittel seit langer Zeit gegenüber der übrigen Welt besitzen", beim Entstehen neuer Atommächte schrumpfen sehen, dürfte seine Empfehlungen und Vorschläge in der Bewertung der amerikanischen Regierung nur noch dringender machen. Auch Foster stellt die Notwendigkeit, mit den Sowjets zu einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu kommen, in den Vordergrund.

Bonn sieht sich durch diesen politischen Trend bedroht. Schröder wollte deutlich machen, daß man eher die Lücke im Vertrag nützen und eigene Atomwaffen erwerben werde, als sich für immer und ewig den Status einer nicht atomaren Macht „aufzwingen" zu lassen. Allerdings ist es das Unglück der Bonner Regierung, daß Drohungen dieser Art immer in der nun gerade nicht gewünschten Richtung wirksam werden. Seit dem Schröder-Interview ist im Westen die Einsicht in die Gefahr, die von einer atomar aufgerüsteten Bundesrepublik ausgehen würde, sprunghaft gewachsen. Und wenn die Bundesregierung in ihrer Verblendung gar damit droht, einen in Genf vereinbarten Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht oder nur unter von ihr diktierten Bedingungen unterzeichnen zu wollen, dann hat sie damit ihre selbstverschuldete Isolierung nur noch verschärft. H. H.

Wir brauchen eine Opposition

Nicht genug damit, daß uns Bundesinnenminister Hermann Höcherl in der Bundestagsdebatte vom 16. Juni mit einem permanenten Notstand bedrohte, weil immer in der Welt ja irgendwo ein Spannungszustand herrsche, von dem auch wir mittelbar betroffen werden könnten; nein, jetzt will er uns in seiner Rede auf dem Landesparteitag der CSU (vom 15. bis

17. Juni in Nürnberg) noch plausibel machen, daß wir auf alle die Rechte verzichten müßten, die wir doch gerade gegen die angebliche kommunistische Bedrohung verteidigen wollen. „Vier Jahre ist es her," sagte er, „daß die Kommunisten in Berlin ihr eigenes Schandmal, die Mauer, bauten. Heute sind in unserem Lande viele gern bereit, an eine ewige Entspannung zu glauben. Schon wollen falsche Propheten uns weismachen: So schlimm wie früher sind ja die Kommunisten gar nicht mehr . . . Sicherheit ist eine Aufgabe, die Tag für Tag erfüllt werden muß. Sie ist ein ständiger und bleibender Auftrag an uns alle, vor allem an Bundestag und Bundesregierung."

Nun, mit dem Kommunistenschreck kommt man uns seit 12 Jahren, um uns ein demokratisches Recht nach dem anderen abzuschwatzen und uns zu beschwichtigen, daß wir die Augen vor Rechts- und Grundrechtsverletzungen schließen sollen. Ich glaube, die kommunistischen Länder haben ganz andere Sorgen, als die Bundesrepublik zu überfallen. Sie haben genug mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung zu tun, genug damit zu tun, die vom Standpunkt ihrer nationalen Volkswirtschaften her kaum vertretbaren riesigen Investitionshilfen an die jungen Staaten Asiens und Afrikas zu verkraften; von ihrem Engagement in Vietnam im Augenblick ganz zu schweigen. Ist es nicht eher umgekehrt? Können sich nicht unsere östlichen Nachbarn von uns bedroht fühlen, da doch unsere Regierung die Reichsgrenzen von 1937 als unverzichtbaren Anspruch proklamiert und damit erhebliche territoriale Forderungen an den Osten stellt? Müssen diese Nachbarn nicht jetzt erst recht Angst bekommen, wenn sie hören, was mit den Notstandsgesetzen in der Bundesrepublik alles vorbereitet werden kann? Wäre es nicht verständlich, wenn sie voller Unruhe an die Zeit vor 1939 denken?

Die Notstandsgesetze werden also mit der kommunistischen Gefahr begründet. Minister Höcherl sagte uns, daß bereits jetzt in der DDR Notstandsgesetze existieren, die Herrn Ulbricht alle jene Vollmachten geben, damit er das tun kann, was auch unsere Regierung gern tun möchte. Bisher dachte ich, daß die DDR eine Diktatur sei, in der die Staatsführung ohnehin machen könne, was sie wolle, und also gar keine Sondergesetze für den Notfall brauche. Herr Höcherl hat mich jetzt eines Besseren belehrt. Wie dem auch sei — auf gar keinen Fall möchten wir doch, daß unsere Verfassung derjenigen der DDR gleichen solle. Darum sehe ich nicht ein, warum wir Notstandsgesetze brauchen, die unsere staatsbürgerlichen Rechte weitgehend außer Kraft setzen, selbst wenn Herr Ulbricht solche Gesetze nötig haben sollte.

Ich habe in der Bundestagsdebatte vom 24. 6. Herrn Minister von Hassel als unseren „Kriegsminister" bezeichnet, und der Herr Kollege Rasner hat mir vorgeworfen, daß dies der Jargon der SED sei. Allerdings hat Herr von Hassel lang und breit dargetan, daß alle zivilen Bereiche sich nach den Belangen der militärischen Planung zu richten hätten und daß deswegen die Bundeswehr vom Bundestag die Verabschiedung der Notstandsgesetze fordern müsse. Herr von Hassel hat ganz deutlich gesagt, ihm erschienen die weitreichenden Vollmachten der jetzigen Gesetzesvorlagen immer noch als zu schwach. Nach seiner Auffassung stellten sie das Äußerste an Kompromißbereitschaft dar, was mit den Interessen der Bundeswehr noch zu vereinbaren sei. Ist das nicht die Sprache eines Kriegsministers? Denken wir doch an unseren Verfassungsauftrag, der die Sicherheit unseres Staates ebenso wie die Erhaltung seiner Rechtsgrundlagen einschließt und außerdem noch die Wiedervereinigung als unabdingbare nationale Aufgabe stellt! Müssen wir dann nicht zugeben, daß eine so betont aggressive Gesetzgebung, wie die jetzt vorliegende Not-

standsgesetzgebung, nur eine weitere Barriere für die uns zum Ziel gesetzte Wiedervereinigung sein kann. Wir sollten auch nicht vergessen, daß die Bundesrepublik aus einer Gesinnung gegründet wurde, die dem Militarismus endgültig abgesagt hatte.

Wenn nunmehr die Unterordnung aller zivilen Lebensbereiche unter die Erfordernisse des Militärs gefordert wird, dann ist das nichts anderes als eine Wiederbelebung jenes Militarismus, von dem wir uns doch nach 1945 ein für alle Mal befreien wollten.

Den Abgeordneten wurde die Legende aufgetischt, auch in anderen demokratischen Staaten verhalte es sich mit der Notstandsverfassung nicht anders. Als Beispiele wurden unsere NATO-Partner genannt, wobei ich angesichts der jüngsten Ereignisse infrage gestellt sein lassen möchte, ob man gerade unseren Verbündeten Griechenland oder meinetwegen auch die gaullistische Verfassung der 5. französischen Republik als Musterbilder der Demokratie bezeichnen sollte. In seinem Ausschußbericht hat der Kollege Benda ausführlich die schwedische Regelung zum Vergleich herangezogen. Damit hat er, ohne es zu wollen, ein Argument gegen seinen eigenen Standpunkt geliefert. Denn gerade die schwedische Reichsverfassung sieht keineswegs zeitlich nur ungenau begrenzte und beliebig ausdehnbare Ausnahmevollmachten für die sogenannte „Kriegsdelegation" vor, sondern sie umreißt die Tatbestandserfüllung für den Eintritt des Notstands ganz eindeutig durch den Beginn der Waffenhandlungen in einem Kriege. Da ist also weder die Rede von einem „internationalen Spannungszustand" oder von einer nicht genau definierbaren, von der Bundesregierung aufgrund geheimdienstlicher Informationen konstruierbaren „äußeren Gefahr". Es geht dort ganz einfach um den bereits eingetretenen Krieg, und die Vollmachten sollen auch nur solange gelten, wie eben der Kriegszustand währt. Eine so eng umgrenzte Verfassungsbestimmung ist etwas ganz anderes als das, was unsere Notstandsexperten uns als einen Komplex von 10 oder 12 Gesetzen vorgelegt haben, Gesetzen, die im ganzen wie im einzelnen unsere Verfassung auf den Kopf stellen.

Da gibt es die weitere Legende von der notwendigen Ablösung der alliierten Vorbehalte aus Artikel 5 des Deutschlandvertrages, obwohl die Bundesregierung sehr wohl weiß, daß selbst bei einem Verzicht der Alliierten auf diese Vorbehaltsrechte, doch die gleichen Rechte längst an die NATO als übernationale Institution übertragen sind. Denn selbstverständlich hat das NATO-Hauptquartier und haben die Oberkommandierenden der regionalen Befehlsbereiche die Möglichkeit, jegliche Maßnahmen zu ergreifen, die sie für die Sicherheit und Operationsfähigkeit der ihnen unterstellten Truppen als notwendig erachten. Man streut also den Abgeordneten und dem Volke Sand in die Augen, wenn man behauptet, daß uns die Verabschiedung der Notstandsgesetze ein Stück nationaler Souveränität zurückgeben werde, die wir bisher nicht besessen hätten. Auf diese nationalen souveränen Rechte haben wir im Zusammenhang mit unseren Bündnisverpflichtungen verzichtet.

Es ist natürlich sehr leicht, solche Legenden zu verbreiten, wenn man gleichzeitig dafür gesorgt hat, daß die Gesetzestexte den Abgeordneten, die über sie abstimmen sollen, gar nicht rechtzeitig genug bekanntwerden konnten. Es gab für die Protokolle der Ausschußverhandlungen einen begrenzten Verteilerschlüssel, der alle Nichtausschußmitglieder von der Kenntnis dieser Verhandlungen ausschloß. Ja, sogar der stellvertretende Berichterstatter des Rechtsausschusses, Kollege Dr. Schäfer, mußte sich in der Debatte vom 24. Juni darüber beklagen, daß ihm der fertiggestellte Ausschußbericht so kurzfristig vor der Drucklegung zugeleitet wurde, daß er das umfangreiche Dokument nicht einmal mehr lesen konnte. Das

sind alles Vorgänge, die die Verfahrensweise, mit der die Notstandsgesetze im Bundestag behandelt wurden, in ein bedenkliches Licht rücken. Wie sollten die Abgeordneten, die doch nach dem Wortlaut des Grundgesetzes nur ihrem eigenen Gewissen verantwortlich sind, überhaupt gewissenhaft über diese Gesetze abstimmen können? Selbst wenn in den beiden großen Parteien der Fraktionszwang weniger streng gehandhabt würde, selbst wenn es dort einige Rebellen mehr als die 12 Nein-Sager in der SPD-Fraktion gegeben hätte — die Abgeordneten währen ja gar nicht in der Lage gewesen, sich ein Urteil über ihr Ja oder Nein auf angemessener Grundlage zu bilden. Sie mußten sich so oder so darauf verlassen, was ihre wenigen Fraktionskollegen, die an den Ausschußarbeiten teilgenommen hatten, ihnen berichteten. Eine ganze Reihe von Kollegen, denen bei den Notstandsvorlagen nicht so recht wohl war, wird sich schließlich zu der Auffassung durchgerungen haben: So schlimm kann das wohl nicht werden, denn unsere Parteifreunde in den Ausschüssen haben doch auch „Ja " dazu gesagt. Eine wahre Qualitätsleistung des Bundestages bei einer Gesetzgebung von weittragender Bedeutung!

Das alles wäre natürlich nicht möglich, hätten wir im Bundestag ein paar Dutzend Abgeordnete, die in einer solchen Situation offen opponierten und bereit wären, rechtzeitig und laut genug den Mund aufzumachen. Das Spiel mit den geheimen interfraktionellen Abmachungen (wer macht da eigentlich mit wem was ab? Was ist der wahre Hintergrund der Geheimniskrämerei? Soll die Mehrzahl der Abgeordneten „überfahren" werden?) würde aufhören, die parlamentarische Arbeit würde sich wieder mehr im Lichte der Öffentlichkeit vollziehen. Die Geheimhaltung wichtiger Gesetzesvorlagen, die das ganze Volk betreffen und vom ganzen Volk diskutiert werden sollten, wäre dann auch nicht länger möglich.

Jetzt wird die Öffentlichkeit plötzlich in seitenlangen Zeitungsartikeln darüber unterrichtet, was alles auf den einzelnen Bundesbürger zukommen wird: von den alljährlichen Dienstleistungen bei Selbstschutzübungen oder im Zivilschutzkorps, von den Bevorratungsvorschriften f ür die gewerbliche Wirtschaft und der Möglichkeit, den Bauern den Anbau bestimmter Nutzpflanzen vorschreiben zu können bis zu der Anschaffung von Verdunkelungsroleaus, Volksgasmasken und Feuerlöschgeräten, deren Nutzlosigkeit wir schon im letzten Krieg erfahren haben. Jetzt sind die Sicherstellungsgesetze und die Luftschutzgesetze verabschiedet, und dem Staatsbürger bleibt nur zu sagen, davon habe ich vorher ja gar nichts gewußt. Ein solches Vorgehen des Parlaments hat mit Demokratie nichts zu tun. Deshalb brauchen wir im Bundestag eine Opposition, die entschlossen ist, den Ring von Vertraulichkeiten zu durchbrechen und vor der Öffentlichkeit allen auf die Finger zu schauen, die an der Ausarbeitung solcher Gesetze beteiligt sind. Wird sich diese Opposition aus Persönlichkeiten der jetzt im Bundestag vertretenen Parteien formieren? Ich bezweifle es. Zuvor müßten sich wohl erst alle die demokratischen Kräfte, denen an der Erhaltung eines freiheitlichen, verfassungsmäßigen, demokratischen Zustands in unserem Lande gelegen ist, zu einer gemeinsamen Front zusammenschließen.

Dr. Oswald A. Kohut, MdB.

Die Lage

Prof. Dr. Harold Rasch

Auf abschüssiger Bahn

I

Spätestens beim ersten Zusammentritt des letzten Bundestags, bald nach der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961, war für jeden Einsichtigen klar, daß die „Politik der Stärke", die zu einer „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" — dem angeblich wichtigsten Ziel der Bundesregierung — führen sollte, gescheitert war. Heute steht fest, daß auch die Vorstufe dieser „Wiedervereinigung", die Verhinderung jeder Art von „Aufwertung des Ulbricht-Regimes", nicht erreicht ist und offenbar auch nicht mehr erreicht werden kann. Die DDR gewinnt vielmehr innerstaatlich und international langsam, aber sicher an Boden, wozu der allmählich wachsende Lebensstandard der Bevölkerung und eine zielstrebige außenpolitische und außenwirtschaftliche Aktivität der Regierung beitragen. Auch in der DDR entwickelt sich, worauf der frühere Beauftragte der Bundesregierung für den Interzonenhandel, Kurt Leopold, kürzlich hinweis, so etwas wie ein „Staatsbewußtsein". Man schätzt die eigene Regierung vielleicht nicht, erstrebt entschieden größere Freiheiten, wünscht aber keineswegs, von der Bundesrepublik einfach „einkassiert" zu werden. Kein einziges Land außerhalb der Bundesrepublik ist bereit, auch nur den geringsten Schritt zu tun, um in diese Entwicklung einzugreifen.

Als unfruchtbar haben sich insbesondere auch die — von der Bundesregierung durchaus gebilligten — Gedanken einiger Politiker der CDU/CSU (Freiherr von Guttenberg) und SPD (Jaksch) erwiesen, den Ausbau wirtschaftlicher Kontakte zu den kleineren Ländern Osteuropas (Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) zu benutzen, um die DDR im Ostblock zu isolieren. Sowohl der Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR vom 12. 6. 1964[1]), wie der vor kurzem erneuerte Vertrag zwischen der Sowjetunion und Polen zeigen, daß die Sowjetunion nicht gewillt und auch nicht genötigt ist, ihre Verbündeten gegeneinander ausspielen zu lassen. Polen und die Tschechoslowakei als Helfershelfer der Bundesrepublik im Kampf gegen die DDR, die Bundesrepublik ihrerseits zum Dank hierfür als „Befreierin" ihrer slawischen Nachbarn von kommunistischer Herrschaft, — diese Milchmädchenrechnung wird nicht aufgehen. Daß solche Konzeptionen dagegen unsere Beziehungen zur Sowjetunion weiterhin auf einem Tiefpunkt verharren lassen, ist leider selbstverständlich.

Hat die Bundesregierung mit dem, was man hierzulande als „Ostpolitik" ansieht, eindeutig Schiffbruch erlitten, ohne daß begründete Aussicht bestünde, das Schiff noch wieder flottmachen zu können, so steht es um unser Bündnis mit der westlichen Welt auch nicht zum besten. Dabei wollen wir die immer tiefere Verstrickung unseres stärksten Bundesgenossen, der USA, in den Krieg in Vietnam hier ebenso außer Betracht lassen wie die besonderen Probleme der NATO. Wohl aber verdient die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses einige Worte. Man mag über die neueste Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle gegenüber der EWG — die weitgehende Lahmlegung ihrer Arbeiten im Anschluß an die Auseinandersetzungen in der Frage der Finanzierung des gemeinsamen Agrarmarktes — denken, wie man will, eines dürfte (neben der Tat-

sache, daß offenbar weder der frühere Bundeskanzler Adenauer noch sein Nachfolger jemals ernstlich versucht haben, in die Gedankenwelt ihres Partners tiefer einzudringen) unbestreitbar sein: von einer politischen Einigung Europas, besser gesagt: Westeuropas, noch genauer: der sechs Länder der EWG, wie sie Bundeskanzler Erhard immer wieder fordert, ohne freilich in der Öffentlichkeit über allgemeine Phrasen hinauszugehen, sind wir weiter entfernt als je. Zu einer politischen Union der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens und der Beneluxstaaten wird es in absehbarer Zeit nicht kommen. Statt dessen wird der Gedanke weiter in den Vordergrund treten, daß nicht der Abbau der Souveränität einzelner Länder zugunsten internationaler Gremien und mit dem Ziel der Schaffung eines stärkeren „Bollwerks gegen den Kommunismus" das Gebot der Stunde ist, sondern der Abbau der Rüstungen, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen in ganz Europa, die Annäherung auch der Staaten mit unterschiedlichen Rechts- und Gesellschaftsordnungen aneinander.

> „De Gaulle rüttelt am System des Kalten Krieges, baut Brücken zum Osten, erklärt nicht nur den Kreuzzug für überholt, sondern beendet ihn praktisch, verkündet den Unsinn einer deutschen Wiedervereinigung durch Aufrüstung" [2]).

Wenn das in der Tat den Kern der Politik des französischen Staatspräsidenten ausmacht, dann könnten wir darüber nur erfreut sein. „Does not the West gain more than it loses by General de Gaulle's show of independence, by the demonstration to the world — the Third World as well as Eastern Europe — of the realty of the pluralism which it so proudly claims for itself?", schreibt Herbert Lüthy im Juli-Heft von „Foreign Affairs". Die Bundesregierung jedenfalls hat auch in Westeuropa unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards mit ihren reichlich aufdringlichen Integrationsplänen bisher wenig Fortune gehabt.

Werfen wir noch einen Blick auf unsere Nahostpolitik, so schließt sich der Kreis. In diesen Tagen übernehmen die neu ernannten Botschafter der Bundesrepublik und Israels ihre Posten. Wenige unter uns, die darüber nicht aufrichtig erfreut wären. Aber leider ist nicht zu übersehen — was eine konformistische Presse uns vergessen machen will —, welchen Preis wir für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel bezahlt haben. Alle anderen Staaten des Westens unterhalten, wenn sie es wünschen, diplomatischen Verkehr sowohl mit Israel wie mit den arabischen Staaten. Nur die Bundesrepublik hat es mit ihrer Hallstein-Doktrin, ihren zwielichtigen Waffenlieferungen an Israel, ihrer Nachsichtigkeit gegenüber den deutschen Raketenexperten in Ägypten fertig gebracht, daß zehn arabische Staaten den Austausch von Botschaftern zwischen der Bundesrepublik und Israel mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zu unserem Lande beantwortet haben. Gewiß, das mag sich eines Tages wieder ändern. Vorerst aber einmal ist viel Porzellan zerschlagen.

II

Diese außenpolitischen „Leistungen" der Bundesregierung, deren Fundamente zwar der „Alte" gelegt hat, die aber, fast zwei Jahre nach seinem Rücktritt, mehr und mehr auf das Konto Bundeskanzler Erhards und seiner Regierung gehen (der amtlich bestellten Bundesregierung sowohl wie der hinter der Bühne agierenden Herren Adenauer, Barzel, Dufhues und Strauß), — diese „Leistungen" muß man kennen, um die Pläne zur Schaffung einer Notstandsgesetzgebung richtig zu würdigen. Die Bundesregierung hat den von ihr vorgelegten Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes" [3]), der unzweifelhaft verfassungsändernden Charakter trägt, mangels Zustimmung der SPD bisher nicht durchbringen können. Eine ganze Reihe „kleinerer" Notstandsgesetze dagegen ist noch vom Bundestag verabschiedet worden. Die Notstandsmaschinerie kann also

in Gang gesetzt, wenn auch noch nicht auf volle Touren gebracht werden. Insbesondere können die Behörden mit der Aufstellung eines halbmilitärischen „Zivilschutzkorps", der Einberufung der Bevölkerung zu allen möglichen Übungen, der Bestellung von „Selbstschutzwarten" und der Erteilung von Auflagen zur Errichtung von „Schutzbauten" beginnen. Über Einzelheiten, die hier auf die „Hausgemeinschaft" zukommen und nach Adelbert Weinstein[4]) „Vorstellungen aus der Zeit von Papa" erkennen lassen, berichtet G. Gillessen[5]):

> „Nötig sind zum Beispiel eine Wasserpumpe, die in einen Eimer gestellt werden kann, ein fingerdickes Seil von zwanzig Meter Länge, ein zusammensteckbarer Einreißhaken und genügend Löschwasserbehälter. Außerdem sollen bereitgehalten werden: Brechstange, Schaufel, Beil, ein kleiner Feldspaten, Sägen, eine Spitzhacke, Steinmeißel, ein schwerer Hammer und ein Bergungstuch, das aus Segeltuch angefertigt und mit Handgriffen und großen Säumen versehen sein muß, damit man Stangen hindurchschieben und so eine Krankenbahre herstellen kann."

Die Wirtschafts-, Ernährungs-, Verkehrs- und Wassersicherstellungsgesetze werden einem Heer von Bürokraten Gelegenheit geben, unser Land allmählich in den Zustand totaler Mobilmachung zu überführen. Nur ein „Bundessargbevorratungsgesetz" fehlt zur Zeit noch.

In diesem Zusammenhang geht es weder um den Inhalt der Notstandsgesetze und -gesetzespläne im einzelnen, noch um verfassungsrechtliche Bedenken, denen nicht nur der — nicht verabschiedete — Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes, sondern auch die bereits beschlossenen Einzelgesetze unterliegen. Es geht vielmehr um den politischen Gehalt, den Nutzen oder — wie wir glauben — S c h a d e n d i e s e r G e s e t z e.

Kein vernünftiger und verantwortungsbewußter Mensch kann doch im Grunde, das ist der Standpunkt der Regierung und der Mehrzahl des Bundestags, Einwendungen dagegen erheben, daß ein Staat gesetzliche Vorsorge für einen Notstand, insbesondere auch einen „Zustand der äußeren Gefahr" trifft. Natürlich nicht, aber das ist gar nicht das entscheidende Problem. Auch das Ermächtigungsgesetz, das die Reichsregierung unter Adolf Hitler im März 1933 durchsetzte, konnte mit manchen Gründen *„gerechtfertigt"* werden, war als solches wertneutral und ist von Männern beschlossen worden, die in ihrer überwiegenden Mehrheit gewiß keine Schurken waren, und dennoch wurde es zum Anfang vom Ende des Rechtsstaats in Deutschland. Worum es heute geht, ist ebenfalls nicht der abstrakte Inhalt der Notstandsgesetze, sondern ihre konkrete Bedeutung im Rahmen der gesamten Politik der Bundesrepublik.

Bundesregierung und Bundestag sind nicht in erster Linie bestrebt, der Erhaltung und Sicherung des Friedens, der endgültigen Befriedung Europas zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zu dienen, sondern treiben eine r e v i s i o n i s t i s c h e P o l i t i k, eine Politik, die auf teilweise Rückgängigmachung unserer Niederlage und ihrer Folgen, auf Beseitigung des zweiten deutschen Staates, der DDR, und auf Korrektur der gegenwärtigen deutschen Grenze im Osten, der Oder-Neiße-Grenze, gerichtet ist, eine nationalistisch-reaktionäre Politik also. Selbstverständlich soll dieses Ziel „nicht mit Gewalt" erreicht werden. Aber warum setzt man sich dann nicht zusammen, warum beginnt man nicht mit konkreten Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages und versucht, hierbei den deutschen Standpunkt zu vertreten? Nun, weil natürlich auch die Bundesregierung weiß, daß die Existenz der DDR und ihrer Grenzen kein Gegenstand von Verhandlungen sein kann, weil die Ziele der gegenwärtigen deutschen Politik „mit friedlichen Mitteln" nicht erreichbar sind. Wir verstehen

diese Haltung sehr wohl, sie ist in sich konsequent. Aber sie ist in der Sache verfehlt, entspricht nicht unseren wahren Interessen und nimmt damit auch der Notstandsgesetzgebung die innere Glaubwürdigkeit und Berechtigung.

Wohlgemerkt, es handelt sich nicht etwa darum, daß wir der Bundesregierung in ihrer Gesamtheit kriegerische Absichten unterstellen. Nicht um die persönlichen Motive einzelner Männer geht es, sondern um den sachlichen Charakter ihrer Politik als eines Ganzen. Wer selbst nicht bereit ist, den Zweiten Weltkrieg zu liquidieren, das Urteil der Geschichte, das gegen uns gesprochen hat, innerlich anzuerkennen, verdient kein Vertrauen mit der Behauptung, er wolle mit seiner Rüstung und seinen Plänen für den „Zustand der äußeren Gefahr" nur den Start anderer in einen dritten Krieg verhindern. Erst kürzlich hat Bundesaußenminister Schröder wieder öffentlich mit dem Gedanken des „Erwerbs eigener Atomwaffen" durch die Bundesrepublik für den Fall gespielt, daß es nicht zur „Schaffung einer multilateralen Atlantischen Abschreckungsmacht oder einer gleichwertigen Lösung" komme.[6]) Lassen wir die Frage dahingestellt, ob jemand bereit sein wird, uns derartige Waffen zu verkaufen (zur Zeit Gottseidank nicht): die Haltung, die aus solchen Äußerungen spricht, kann nicht als friedliebend angesehen werden, mag ihr Autor persönlich auch ein hochintelligenter und ehrenwerter Mann sein. Kein Paragraphengebäude, das den Anschein rechtsstaatlichen Verfahrens erweckt, kann unser Vertrauen rechtfertigen, die jahrelang hinter verschlossenen Türen beratenen, nunmehr verabschiedeten und die weiter geplanten Notstandsgesetze dienten nur unserem Schutz vor den bösen Nachbarn. Notstandsgesetze in Schweden und der Schweiz, Ländern mit alter demokratischer Tradition und unzweifelhaft neutraler ‚friedfertiger Haltung, sind eben, und hätten sie denselben Wortlaut wie die westdeutschen, etwas völlig anderes als in unserem Lande mit seinen — nach amtlicher Auffassung — unbefriedeten Grenzen, dem im Grunde unterschütterten Glauben an die „stärkeren Bataillone" und dem Untertanengeist seiner Bevölkerung.

Wir werden jeder Notstandsgesetzgebung aus vollem Herzen zustimmen, sobald sie eindeutig Ergänzung einer Politik ist, die in erster Linie der vertraglichen Sicherung und Festigung des gegenwärtigen Friedens in Europa dient und nicht der Vorbereitung auf einen neuen Krieg gewidmet ist, — dann freilich wäre sie noch überflüssiger als heute.

Doch es geht nicht allein um die Notstandgesetze als innenpolitische Stärkung unserer „Verteidigungsbereitschaft", es geht noch mehr um ihre außenpolitische Wirkung. Selbstverständlich hat das Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik den gleichen Rang wie das anderer Länder. Aber solange wir die Existenz der DDR und ihrer Grenzen in Zweifel ziehen, solange die Bundesregierung sich nicht nur nicht von den Forderungen Seebohms nach „Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Gebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk" distanziert, sondern im Gegenteil immer wieder nach einer Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen drängt, solange können wir nicht erwarten, daß unsere Rüstung und unsere Notstandsplanung im Osten nur als Ausdruck des Bedürfnisses nach Sicherstellung des Friedens angesehen werden. Wenn wir Deutschen, eingedenk unserer Geschichte, keinen Anlaß zum Vertrauen in die gegenwärtige Politik der Regierung haben dürfen, die Staaten Osteuropas können nur äußerstes Mißtrauen hegen. Hierauf lassen sich gutnachbarliche Beziehungen nicht aufbauen. Alle Reden bundesdeutscher Politiker über die Notwendigkeit der Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses auch zu Osteuropa sind unter diesen Umständen leeres Geschwätz.

III

Die breite Masse unseres Volkes interessiert das freilich kaum, weil eine unverändert anhaltende Konjunktur sie am eigenen Leibe noch nichts spüren läßt. Ihrem politischen Bedürfnis genügen die Bildberichte über die Empfänge gekrönter und ungekrönter Staatsoberhäupter und die neueste Liebesromanze am holländischen Königshof, an der ein deutscher Diplomat in so erfreulicher Weise beteiligt ist, darüber hinaus vielleicht noch die Rededuelle zwischen den Großen des Landes und den „kleinen Pinschern". Aber sie wird die finanzielle Misere zu spüren bekommen, in die die geradezu gewissenlose Politik unserer „Volksvertreter" uns hineinzuführen droht.

> „Im nächsten Jahr werden die Mehrausgaben des Bundes voraussichtlich 6—7 Mrd. DM betragen, und dazu kommt noch das kaschierte Defizit dieses Jahres. Von den Mehrausgaben sind allein im ersten Halbjahr 1965 4—5 Mrd. vom Bundestag beschlossen worden. Im Monat Mai hat der Bundestag 17 Gesetze angenommen, die 2 Mrd. DM kosten, und in der Zeit vom 1. Juni bis 2. Juli weitere 50 Gesetze. Wie teuer die uns zu stehen kommen, ist noch nicht genau bekannt, weniger als 2 Mrd. DM werden es kaum sein".[7])

Sogar Franz Josef Strauß muß einräumen, daß „im nächsten Frühjahr mit ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen" ist.[8]) Aber die Bundesregierung, die in der Lage wäre, diesem schwindelhaften Gebaren, dieser plumpen Wahlkorruption mit Hilfe des Art. 113 GG einen Riegel vorzuschieben, wagt nicht, von ihren Möglichkeiten Gebrauch zu machen, und wird damit selbst mitschuldig. Wenn das alles Demokratie, wenn das politische Führung ist, dann kann man an unserer Demokratie und unserer Führung nur verzweifeln.

IV

Ludwig Erhard hat sich in den fünfziger Jahren große Verdienste um die deutsche Wirtschaftspolitik erworben. Aber schon als Wirtschaftsminister ist er, nachdem die Zeit des ersten Wiederaufbaus abgeschlossen war, mit seiner unüberwindlichen Scheu vor jeder Art von „Planung" den langfristigen Anforderungen, die insbesondere der technische Fortschritt an die politische Spitze stellt, nicht mehr gewachsen gewesen. Als Bundeskanzler hat er schlimmer noch versagt, als vorauszusehen war. Unter seiner Leitung ist die Bundespolitik, die schon unter dem „Alten" seit spätestens 1959 ins Rutschen gekommen war, weiter auf eine abschüssige Bahn geraten. Die Gefahr, daß sie einem Abgrund entgegenschlittert, ist groß.

Dem 4. Deutschen Bundestag haben wie seinen Vorgängern eine Anzahl ausgezeichneter Männer angehört, die — kenntnisreich, fleißig, taktisch geschickt — hervorragende Facharbeit geleistet haben; der Verfasser möchte auf seinem engsten Arbeitsgebiet etwa den Abgeordneten der CDU Dr. Hans Wilhelmi nennen, dessen unermüdlicher Tätigkeit die Verabschiedung der Aktienrechtsreform zu verdanken ist. Als politisches Gremium in seiner Gesamtheit hat der Bundestag ebenso versagt wie der Kanzler. Zuletzt ist er zusammen mit den ihn tragenden Parteien zu einem reinen Interessentenkartell zur Erhaltung überkommener und Schaffung neuer Pfründen geworden.

In der Jugend der jetzt Sechzigjährigen grölten die Anhänger eines Häuptlings aus dem Kapp-Putsch:

> Hakenzeuz am Stahlhelm, schwarz-weiß-rot das Band,
> Die Brigade Ehrhardt werden wir genannt.

Heute werden wir einer neuen, zur Brigade Erhard „formierten", uniformierten und un-informierten Gesellschaft entgegengeführt. Die Schreibweise der Namen

ist verschieden, und wir sind weit entfernt davon, persönliche Parallelen zu ziehen. Aber die Mentalität der politisch herrschenden Kräfte, — ähnelt sie nicht bereits wieder in erschreckender Weise der der „nationalen Rechten" der Weimarer Zeit, haben wir das alles nicht schon einmal erlebt: Trotz gegenüber der selbst verschuldeten Niederlage, Unfähigkeit zu nüchterner Analyse der Machtverhältnisse in der Welt, Verachtung rationellen Denkens, Zuflucht zu Notstandsartikeln und Ermächtigungsgesetzen. Wer sich unter diesen Umständen nicht tiefer Resignation oder gar purem Zynismus hingeben will, muß eine Stärkung der außerparlamentarischen Kräfte wünschen, die in letzter Zeit gezeigt haben, daß sie nicht ganz ohne Einfluß sind: der Wissenschaftler, die durch ihren Beruf zu kritischer Beobachtung der Tatsachen, redlichem Denken und fundiertem Urteil erzogen sind, der Gewerkschaften, die einen nicht unbeträchtlichen Machtfaktor darstellen, einer Reihe klar sehender Unternehmer und Manager. Ihnen allein gilt unsere Hoffnung.

Anmerkungen

[1]) Blätter f. deutsche u. intern. Politik 1964, 582.
[2]) Abosch, Blätter f. deutsche u. intern. Politik 1965, 595, 601.
[3]) Fassung des Rechtsausschusses in der Bundestagsdrucksache IV 3494.
[4]) FAZ v. 16. 7. 1965 Nr. 162.
[5]) FAZ v. 9. 7. 1965 Nr. 156.
[6]) Hierzu Hans Zehrer, Ein Warnschuß aus Bonn, Die Welt v. 10. 7. 1965 Nr. 157; Theo Sommer, Schröders Interview-Bombe, Die Zeit v. 16. 7. 1965 Nr. 29.
[7]) Theodor Eschenburg, Die Zeit v. 9. 7. 1965 Nr. 28.
[8]) FAZ v. 13. 7. 1965 Nr. 159.

Dr. Anton Reithinger

Die Verhexung der Politik durch die Sprache

Ein Beitrag zum Studium des politischen Wortfetischismus in unserem Lande

Es ist bekannt, daß die Deutschen in politischen Dingen keine besonders glückliche Hand haben. Vielleicht liegt darin ein Grund, warum sie ihre politische Problematik mit Vorliebe sprachlich bewältigen. Ich meine damit, daß sie ihren mangelnden Sinn für politische Realitäten durch eine hochentwickelte Variationsfähigkeit des sprachlichen Ausdrucks kompensieren, der ihnen erlaubt, alle Irrtümer und Fehlschläge mit gutem Gewissen zu überdauern. Die französische Formel „le style c'est l'homme", daß sich nämlich im Stil das Wesen der Persönlichkeit ausdrücke, wird hierzulande häufig in dem Sinn „le style c'est la realitè" mißverstanden. Da die politische Wirklichkeit über die Sprache in das Bewußtsein tritt, unterstellt man, das sie durch „Sprachregelung" verändert und auch aufgehoben werden kann. Dieser Glaube an die Magie des Wortes hat einer Verhexung der Politik durch die Sprache Vorschub geleistet, die in der Bundesrepublik lebensgefährliche Formen angenommen hat.

Die wichtigsten Eigenschaften des erfolgreichen Politikers sind dementsprechend nicht so sehr geistige Qualitäten und Weltkenntnis, als die Fähigkeit, den Gang der politischen Ereignisse mit einprägsamen Schlagworten für die Wähler

mundgerecht aufzubereiten (bzw. zu entschärfen und zu vertuschen). Das hat zu einer Entartung des politischen Sprachstils und einer Verwilderung der Sprachlogik geführt, die in der Welt einmalig sind. Wahrscheinlich ist dieser Zustand nur bei einem Volk möglich, das trotz aller Reiselust politisch so introvertiert ist wie das deutsche.

Der politische Slogan als Konsumartikel im Parteienstreit (Fetische statt Probleme)

In der simpelsten Form tritt die Verhexung der Politik durch die Sprache in den Auseinandersetzungen der Parteien zutage. Die Vorliebe, politische Gegensätze sprachlich, nicht sachlich zu bewältigen, ist hierfür kennzeichnend. Um dem Wahlvolk Zielsetzung und Aktionsprogramm einer Partei verständlich zu machen, bedarf es einer kontinuierlichen Unterrichtung, d. h. des permanenten Appells an die Verstandeskräfte der Nation. Um die Gegenpartei abzuwerten und ihr Programm als unglaubwürdig hinzustellen, genügt eine kurzfristige Schlagwortberieselung, die sich an unterschwellige Haß- und Furchtkomplexe wendet. Dementsprechend wird der Nachdruck im Wahlkampf weniger auf eine positive Selbstdarstellung als auf die negative Abwertung der Gegenpartei durch einprägsame Slogans gelegt. Sie werden von den Parteistrategen entweder auf die Unverbindlichkeit leerer Worthülsen von langweiligster Trivialität getrimmt — „Keine Experimente", „Erhard und die Mannschaft", „Es geht um Deutschland", „Konservativer Fortschritt", „Unsere Sicherheit — CDU", „Sicher ist sicher — darum SPD", „Bei uns stimmt's" u. ä.[1]) — oder mit gehässigen Gefühlswerten gegen die Opposition aufgeladen. Der politische Slogan wird damit zum kurzlebigen Konsumartikel der öffentlichen Meinung. Sein Gegenstück sind die politischen Tabus, über die nicht gesprochen werden darf.

Der frühere Bundeskanzler war in bezug auf die Verteufelung der Opposition von einer Skrupellosigkeit, die der nationalsozialistischen Lügenpropaganda wenig nachstand. Der regierende Bundeskanzler wirft mit Phrasen um sich, die den Modergeruch aus der Mottenkiste der 20er Jahre ausströmen. Die Opposition wird des „politischen Schwindels" und „schamlosen Opportunismus" bezichtigt, ihr politisches Konzept als „Atrappe" verhöhnt und ihr Programm zum Zerrbild einer „politisch ahnungslosen, rentenbewußten und rötlich gegängelten und kontrollierten Konsumentengesellschaft" abgewertet. Der politische Gegner hat „kein Gesicht mehr vorzuzeigen" und „verdient wegen seiner Scheinheiligkeit und inneren Verlogenheit nur Verachtung".[2]) Slogans wie „Defaitismus", „nihilistische Saat", „Zerstörungswut sittlicher Werte", „materialistische Leere", „Ideologie des Antichristen" usw., denen ein „neues deutsches Nationalgefühl" gegenübergestellt wird, stammen aus dem verrosteten Arsenal, mit dem die Pamphletisten des reaktionären Spießbürgertums nach 1918 die Weimarer Republik für den NS-Staat reif gelogen haben.[3]) Im gleichen Schnulzenstil wird „die gläubige und verinnerlichte Bevölkerung an der Saar" aufgerufen, es gehe bei der Wahl „um die Wurzeln unseres menschlichen Seins".

Das hohle Blech solcher Phrasen steht in umgekehrtem Verhältnis zu der Gedankenarmut ihrer Erfinder und Kolporteure und wird durch die regelmäßig

1) Nicht die Parteiprogramme sind konform, die Schlagworte, mit denen sie dem Wähler mundgerecht gemacht werden sollen, sind uniform.

2) An der Häufung abwertender Adjektive erkennt man die abgekauten Kugelschreiber der professionellen ministerialen Ghostwriter. Selbst die Parteigänger nehmen diese homerischen Gesänge nicht ernst, sonst würde der Wahlkampf zu Klassenkampf und Bürgerkrieg, an den in der satten Trägheit der Bundesrepublik niemand (außer einem Einzelgänger der Gruppe) denkt. Erhard sollte sich lieber vom Deutschen Sprachverein in der Landessprache unterweisen lassen.

3) Die Gußformen für die meisten dieser Ladenhüter wurden in der Wilhelminischen Epoche vorfabriziert. (Slogans zumeist entnommen der Wahlkundgebung der Bundestagung des Evang. Arbeitskreises der CDU, Bonn, Mai 1965; die folgenden Phrasen stammen aus Reden des Bundeskanzlers zur Landtagswahl im Saarland 1965.)

mitgelieferte Versicherung synchronisiert, die Lage sei „so ernst wie noch nie".[4]) Die Denkfähigkeit des Wählers soll durch Angstgefühle ersetzt werden, damit er sich für die Partei des Redners entscheide (die selbstverständlich den Schlüssel für die Lösung aller Schwierigkeiten hat). Die „ernst wie noch nie"-Formel ist die psychologische Kehrseite vertrauter früherer Slogans wie „der Sieg ist ganz nahe" oder „die Wiedervereinigung ist näher als man denkt" (Appell an den Durchhaltewillen hinter einer Regierung, die keine sachliche Alternative hat). Durch den parteipolitischen Mißbrauch für Wahlzwecke wird aber der wirkliche Ernst der Situation, in der sich Staat und Gesellschaft befinden, unglaubwürdig gemacht. Natürlich kann bei solchen Praktiken kein sachlicher Dialog zwischen den Parteien zustandekommen, der dem Wähler von der verstandesmäßigen Erfassung der politischen Probleme her eine Alternative gestattet. (Es ist auch nicht sicher, wieweit die Erfinder und Verbreiter ihre Slogans schließlich selbst für politische Realität nehmen; möglicherweise hängt damit das etwas gestörte Verhältnis zusammen, das viele Politiker in der Bundesrepublik zur Wahrheit haben.)[5])

Politik wird dem Wahlvolk verkauft wie Zahnpasta oder ein neues Waschmittel mit allen Praktiken psychoanalytischer Werbeslogan-Technik.[6]) Das hat verhängnisvolle Konsequenzen: Statt verstandesmäßiger Durcharbeitung der Sachproblematik und der geistigen Heranführung der Bevölkerung an die lebenswichtigen Fragen des Staates und der Gesellschaft durch die politische Führung wird durch Befragungstests festgestellt, welche unterschwelligen Gefühlsimpulse und Süchte in den Massen vorhanden sind und welche Leitbilder und Wahl-„sprüche" demgemäß Aussicht haben, anzukommen (Propaganda statt Information). Je komplizierter die Problematik der nationalen Selbstbehauptung in einer sich im Wandel befindlichen Welt ist, desto primitiver werden die Werbeslogans der Parteien. Bei der Konzentration der Wahlbemühungen auf den Bodensatz der unentschiedenen Wähler werden sie auf das intellektuelle Minimum politischer Analphabeten zurechtgestutzt. Konkurrenz um die Gunst des Volkssouveräns und Verachtung seiner geistigen Persönlichkeitssubstanz laufen hier parallel. Auf dieser Einbahnstraße artet der Wahlkampf schließlich in allgemeines Geschimpfe und den Gossenjargon von Halbstarken aus. Klärung und Erklärung der innen- und außenpolitischen Probleme werden nebensächlich, Taktik und Propaganda zur Hauptsache. Selbst die Parteiprogramme werden unwichtig gegenüber einer raschen, vom Wähler möglichst unbemerkten Auswechselbarkeit der Worthülsen (je nach den Ergebnissen des jeweils letzten Tests). Die gängigsten Typen werden nach durch den Vulgärgebrauch vorgeformten Slogan-Elementen wie aus einem Steinbaukasten zusammengesetzt. Oberstes Ziel ist die Erhaltung der Macht, eben um an der Macht zu bleiben. Zu diesem Zweck wird der Wähler taktisch mit Behauptungen, Verdrehungen, Lügen und Widersprüchen überschüttet. Er soll nicht aufgeklärt, sondern verwirrt werden, damit er in seiner Ratlosigkeit in der Wahlzelle nicht überlegt, sondern einfach bekannte Namen ankreuzt.

Die sachliche Unterrichtung der Bevölkerung über lebenswichtige Fragen ist von Regierung und Parlament auf die Massenmedien übergegangen,[7]) während

4) Die zeitnahe Diktion Adenauers wird im blumenreichen Stil Erhards zur „bedrohlichen Lage, die schwieriger und gefährlicher ist als die irgendeiner Generation vor uns" ins Historische ausgeweitet. Die innere Verlogenheit der Phrase wird in dem gleichzeitigen Angebot der CSU an die Opposition zu einer Koalitionsregierung für den Fall des wirklichen Notstandes deutlich.

5) Es dürfte kaum ein zweites Volk in der Welt geben, das sich soviel offenkundige Unwahrheiten von seinen Staatsmännern oder Politikern aufschwätzen läßt. Das Erbe der nationalsozialistischen Verdummung ist offenbar noch nicht überwunden.

6) Mit dem Unterschied, daß in der Wirtschaft vergleichende Werbung und Herabsetzung des Konkurrenten verboten sind. Solche Praktiken mögen in gefestigten Demokratien wie in USA erträglich sein; in der Bundesrepublik führen sie zur Aushöhlung der Demokratie.

7) die deshalb von den Berufspolitikern als „Schmutz"konkurrenz heftig kritisiert werden. Gesetzgeberische Maßnahmen, sie politisch mundtot zu machen, werden immer wieder erwogen.

unbequeme oder unpopuläre Entscheidungen (die Tabus) aus der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments in geheime Ausschüsse oder apokryphe „Führer"-besprechungen der Parteispitzen ausgelagert werden.[8]) Wenn der Volkssouverän oder organisierte Gruppen der Gesellschaft gegen eine solche Entmündigung der demokratischen Willensbildung Front machen, wird diese durchaus legale Reaktion mit weiteren Slogans als „Erpressungsversuch außerparlamentarischer Kräfte" oder „Druck der Straße" diffamiert.[9]) Eine weitere Folge ist, daß sich innerhalb der Parteien nicht die Sachkenner (welche die Sachfragen beherrschen), sondern die Organisatoren und „Sprüche"macher (welche die zugkräftigen Slogans erfinden) an die Spitze hangeln. Das Wesen einer Demokratie ist aber nur vom Intellekt und der Aufklärung her zu begreifen und am Leben zu erhalten. Der Appell an die Gefühlswelt über Sprach-Fetische und Tabus ist das Kennzeichen der Demagogie[10]), die nächste Stufe ist der Anruf an die nationalistischen Instinkte[11]). Degeneration des Sprachstils und der Politik laufen hier parallel.[12])

Wie bereits erwähnt, ist Herrschaft des Slogans und des Tabus das politische Stilmittel des Einparteienstaates, während eine funktionsfähige Demokratie von der sachlichen, verstandesmäßig bewußten Zusammenarbeit aller Bevölkerungsschichten abhängt. Das im Kalten Krieg fixierte Freund-Feind-Verhältnis, das seine Entsprechung im Innenverhältnis der Parteien gefunden hat, erweist sich hier als ebenso steril wie in der Außenpolitik. Dadurch werden Wahlkämpfe vor Bundestagswahlen zu Theatervorstellungen von ödester Langeweile für intelligente Staatsbürger, die hauptsächlich das geistige Vakuum der Parteiführungen offenlegen. Die Betriebsblindheit der Parteien gegen solches Gehabe[13]) ist aber ein ernstes staatspolitisches Problem, weil es die intellektuell nicht vorbelasteten Wählermassen zu dem Irrtum verführt, auch lebenswichtige Anliegen der Innen- oder Außenpolitik für eine „Wahlmasche" zu halten.[14]) Das traditionelle Überspielen politischer Engpaßlagen durch nationale Phrasen ist eine Droge, deren tödliche Wirkung schon mehrmals in der deutschen Geschichte erprobt worden ist. Ein neutraler Beobachter, der sich aus den Wahl-Fetischen der Parteien ein Bild von der politischen Problematik der Bundesrepublik machen wollte, würde zu merkwürdigen und abstrusen Ergebnissen kommen. In dieser Situation befindet sich aber der Durchschnittswähler. Der Sinn der Wahlen und der Demokratie wird dadurch verfälscht. (Nach den sprachlichen Indikationen zu schließen, ist die Demokratie in der Bundesrepublik lebensgefährlich krank und ihre Lebensdauer nur mehr als begrenzt zu schätzen.)

---

8) Die Bereitschaft, unbequeme Sachfragen dem Urteil des Wählers zu entziehen, scheint z. Z. die hervorstechendste Gemeinschaftsarbeit der Parteien zu sein. Das Dilemma, daß eine Regierung (sachlich) regieren soll, dazu aber (propagandistisch) die Wahlen gewinnen muß, scheint unter den besonderen Verhältnissen der Bundesrepublik offenbar unlösbar. Der Gedanke, daß Parteien auch eine erzieherische Aufgabe haben könnten, ist in diesem Zusammenhang geradezu vermessen.

9) Nichts kennzeichnet die fortgeschrittene Erstarrung unserer demokratischen Institutionen und Kräfte besser als dieses hochmütige Verhalten eines stabilisierten Parlaments- und Parteiklüngels (der sich für solche „Öffenlichkeitsarbeit" vom Steuerzahler aushalten läßt).

10) Der Gegensatz zwischen Regierung und Intellektuellen hat sich nicht ohne Grund zu solcher Schärfe aufgestaut. Diese Kreise lassen sich nicht durch Slogans entmündigen und wehren sich gegen die fortschreitende Korrumpierung der Sprache.

11) Man kann den stufenweisen Übergang der Regierungsparteien dazu deutlich beobachten; aber auch die Opposition bleibt nicht frei davon.

12) Der Weg der Erhardschen Phraseologie von der Regierungserklärung bei Übernahme des Kanzleramtes bis zu den Wahlreden 1965 ist von bestürzender Folgerichtigkeit.

13) ein CDU-Parteiredner hat sich nicht entblödet, den Wahlkampf als „das gewaltige Ringen um die Zukunft unseres Volkes" zu heroisieren und in seiner Betriebsblindheit nicht bemerkt, daß er genau die Diktion Hitlers zum Kriege gegen Rußland wiedergekäut hat. Der Beifall zeigt den Grad der Verdummung seiner Zuhörer.

14) Die Folge ist zunehmende politische Interesselosigkeit (Erhardsche Diagnose „Staatsverdrossenheit"). Es ist nicht mehr zu übersehen, daß das Machtbewußtsein einer Partei, in der sich die materiellen Interessen des Besitzbürgertums mit den Herrschaftsansprüchen der Kirchen liiert haben und die Wähler mit Slogans und Tabus abgespeist werden, die Grundlagen unserer Demokratie, wie sie im Grundgesetz festgelegt worden sind, korrumpiert.

Schlagwortpolitik, Wortfetischismus und politische Entartung der Sprachlogik (Diffamierung statt Diskussion)

Wer sich dafür interessiert, kann für jede Phase des deutschen Schicksals der letzten 75 Jahre die zugehörigen Schlagworte finden; er wird dabei die Entdekkung machen, daß die jeweils agierenden Politiker gleichzeitig Erfinder, Kolporteure oder Nutznießer der gängigsten Slogans waren, mit denen die Irrwege der deutschen Politik seit Wilhelm II. gepflastert sind.[15])

Schlagwortpolitik, Wortfetischismus und politische Entartung der Sprachlogik, die im NS-Staat zu einem wissenschaftlichen System ausgebaut worden sind, haben auch im politischen Leben der Bundesrepublik hohen Geltungswert. Sie sind durchweg daran zu erkennen, daß sie mit christlich-(abendländischen), nationalistisch-(hybriden), pseudowissenschaftlichen oder diffamierenden Gefühlsinhalten aufgeladen sind. Erschreckend ist dabei die geistige Bedürfnislosigkeit, mit der in einer völlig veränderten politischen Umwelt primitivste Denkformeln und Gefühlsstauungen aus der Großväter- und Urgroßväterzeit mit fadenscheinigen sprachlichen Umstellungen wiedergekäut werden. In der Regel lassen sich mehrere Stufen der Eskalation unterscheiden.

Die erste Stufe ist durch die große Gruppe von einfachen oder zusammengesetzten Schlagworten gekennzeichnet, deren ursprünglicher Wortsinn zweckpolitisch deformiert ist. Die Slogans „christlich", „staatserhaltend"[16]), „Linksintellektueller"[17]), „Soziale Marktwirtschaft"[18]), „heimatlose Linke"[19]) usw. gehören dazu. Meist wird ein komplexer Tatbestand soweit simplifiziert, daß seine Entstehung, die fortwirkende Kraft des historischen Faktums und die Beteiligung der Mitverantwortlichen völlig aus dem Bewußtsein der Massen verdrängt werden. Wenn der vielschichtige historische oder politische Tatbestand durch die Abschleiftätigkeit der Schlagwortbildung zu simplen Gefühlsimpulsen eingeschrumpft, d. h. die Realität durch den Sprachfetisch ersetzt ist, kann der ehrgeizige Politiker damit die Massen auf der von ihm gewünschten Einbahnstraße fast unbegrenzt manipulieren. Die Verwendung des Slogans bleibt dabei nicht auf die Innenpolitik beschränkt, sondern überzieht, wenn die Sprach- und Denksubstanz einmal infiziert ist, den Gesamtbereich des politischen Lebens wie mit einem Fäulnisschimmel, unter dem das nüchterne Denken erstickt.[20])

Die Niederlage von 1918 ist durch die (auf den Heldengedenksteinen eingemeißelte) Parole „im Felde unbesiegt" oder „und Ihr habt doch gesiegt" sprachlich bewältigt worden. Von dieser Selbsttäuschung führte ein direkter Weg zur

---

15) Gängige Vorläufer der Wilhelminischen und Hitlerschen Epoche hießen: „Platz an der Sonne", „Zukunft auf dem Wasser", „Schimmernde Wehr", „Volk ohne Raum", „Drang nach dem Osten", „Recht zur Ordnung vor der eigenen Tür", „Gott und das scharfe deutsche Schwert", „Krieg als Glied in der Weltordnung Gottes", „Viel Feind, viel Ehr", „Räder müssen rollen für den Sieg" und Hunderte ähnlicher Phrasen, mit denen das Kollektivbewußtsein der Untertanen damals über den „Ernst der Lage" hinweggetäuscht wurde.

16) Das von den Kanzeln der Kirchen und der Regierungspartei verbreitete politische Evangelium „nur eine christliche Partei kann eine gute Partei sein", ist der Nachfahre der früheren kaiserlichen Botschaft „nur ein christlicher Soldat kann ein guter Soldat sein". Selbstverständlich können nur „christliche" Parteien „staatserhaltend" sein. Bei Barzel wird der zweitausendjährige Inhalt des Begriffs „christlich" bis zur Übelkeit parteipolitisch ausgekocht („Die einzige Partei, die sich unter Gottes Gebot stellt", „Das C ist das Maß der Vollkommenheit", „Wer C sagt, weiß, wohin er aufzustehen hat, wenn er gefallen ist" und ähnliche Albernheiten aus dem parteipolitischen Konfirmandenunterricht). In ihren introvertierten Parteikampf verbissen, merken diese Slogan-Scharlatane gar nicht mehr, wie sehr sie deutsches Sprach- und Kulturgut in der Welt lächerlich machen.

17) Neuerdings gibt es auch „Linksprotestanten" (v. Hassel) und einen „deutschchristlichen Protestantismus". Beide Beispiele zeigen, wie Slogans im Unterbewußtsein weiterwurzeln und in den kuriosesten Formen wieder an die sprachliche Oberfläche durchstoßen. (Vgl. Hitlers „Deutsche Christen".)

18) Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik wimmelt es von Wortfetischismen. Sie sind in anderem Zusammenhang erwähnt worden, vgl. Heft 6 und 7 der „Blätter": Kritische Anmerkungen zum Thema „Soziale Marktwirtschaft". Eine weitere Slogan-Domäne ist das Vokabular der Agrarpolitik.

19) Modernisierung des analogen derberen Slogans „vaterlandslose Gesellen" aus der Weimarer Zeit. Der Begriff „heimatlos" ist bewußt zweideutig gehalten.

20) Die Entartung des bürgerlichen Nationalismus in der Wilhelminischen Epoche, die linguistische Hysterie des Nationalsozialismus und die Adenauer-Erhard-Ära der Politik des „als ob" sind lebendige Beispiele der Herrschaft des politischen Slogans.

Wiederaufrüstung und in die Katastrophe von 1945. Das Parallelbeispiel für die Bewältigung der Konsequenzen des Zusammenbruchs von 1945 ist der (auf allen Landkarten eingezeichnete) Mythos von der völkerrechtlichen Valenz der „Grenzen von 1937". Indem die Existenz des östlichen Teilstaates amtlich als „sowjetbesetzte Zone" oder „sogenannte DDR" abgewertet wird, gibt man sich der Illuson hin, ihre Präsenz nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die Slogans „Selbstbestimmungsrecht", „Heimatrecht"[21]), „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" erscheinen dem politischen Laien als selbstverständliche demokratische Forderungen, wenn die vorausgegangenen Völkerrechtsbrüche und Ausrottungsmaßnahmen und die Konsequenzen der bedingungslosen Kapitulation unterschlagen werden. Indem man die historischen Fakten verschweigt und sich jeder Denkarbeit enthält, wie diese Ziele in die politische Wirklichkeit übersetzt werden könnten, richtet man sich häuslich im Erbhof der politischen Phrase ein[22]). Durch solche sprachlichen Verdrängungsakte glaubt man sich echter politischer Anstrengungen zur Lösung des Dilemmas der deutschen Teilung und der gesamtdeutschen Grenzen enthoben. Die antisprachliche Bewältigung durch Tabus kommt in dem Schweigen aller Politiker zu den Revisionsillusionen der Vertriebenenverbände zum Ausdruck. (Gebräuchliche Parolen: Pommern „gehört uns", Schlesien „gehört uns", Ostpreußen „gehört uns" = Austausch der Realität durch den Slogan.) Die Folgen werden sich möglicherweise nicht weniger katastrophal erweisen als die Selbsttäuschung von 1918[23]). Die sprachliche und antisprachliche Bewältigung durch Sprachfetische und Tabus, womit „Hauptschuldige", „Minderbelastete" und „Mitläufer" ihre Persönlichkeitsspaltung im Dritten Reich wegdisputiert haben, soll hier mit Stillschweigen übergangen werden, obwohl ihr Einfluß auf die Slogan-Praxis von heute nicht unbedeutend ist[24]); sie erleichtern es dem Kollektivbewußtsein in der Bundesrepublik, einer ernsthafetn Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auszuweichen und die Verantwortlichkeiten zu vergessen[25]). Eine Verfeinerung dieser relativ primitiven Stufe des Wortfetischismus wird dadurch erreicht, daß für ein passiv erlittenes negatives Fatum ein positiver Ausdruck unterschoben wird, der eine erfolgreiche eigene Aktivität vortäuscht. Das bekannteste Beispiel dieser Art aus der militärischen Sprache des letzten Krieges ist der Ausdruck „Frontbegradigung" für Niederlage. In der Sprache des Bundeskanzlers hat die Formel für den Zusammenbruch einer politischen Front mehr naturhafte Vorstellungen angenommen: „Die Bundesrepublik geht durch Gewitterfronten."

Am untersten Ende dieser Stufe sammelt sich der Bodensatz von Wort- und Satzkombinationen, die im Augenblick der Formulierung eine Gefühlsassoziation zwischen Redner und Zuhörer erzeugen, in Wirklichkeit aber keinen logischen Zusammenhang haben (Pathos der totalen Phrase). Musterbeispiele finden sich schockweise bei Rainer Barzel („Ich bin lieber der letzte kalte Krieger als der erste Kapitulant", „Krieg und Hitler sind nicht aus der Luft gekommen, sondern in Weimar geboren worden", „Niemand kann zugleich Hitler verurteilen und von uns das Ja zu den Unmenschlichkeiten Ulbrichts verlangen"). Solche „Sprüche"

21) Man erkennt leicht, daß es sich bei diesen Slogans um Nachkömmlinge des im Dritten Reich maßlos mißbrauchten „Lebensrecht des deutschen Volkes" handelt, denen keine völkerrechtliche Valenz innewohnt.

22) Das „Heimatrecht" wird neuerdings von den Vertriebenenorganisationen als „erblich" erklärt. Die introvertierte Weiterentwicklung solcher „Rechte" im Sprachraum, die ohne Kontakt mit der Außenwelt oder Fortentwicklung des Völkerrechts erfolgt, demonstriert die „Deutsche Krankheit" vortrefflich.

23) Damals „gehörten" Danzig und der Korridor „uns", und der Versailler Vertrag war im linguistischen Knigge deutscher Geschichtsbewältigung unter S (Schandvertrag von Versailles) oder P (Pariser Vorortverträge) nachzuschlagen.

24) Vgl. im Aprilheft der „Blätter" den Beitrag „15 Jahre Bonner Außenpolitik".

25) Die Tradition, in guten Zeiten Macht für Recht zu erklären („Macht geht vor Recht", „Recht ist, was dem Volke nützt") und in schlechten das Recht gegen die Macht zu berufen, schlägt in zahlreichen Slogans durch.

würden in jedem anderen Lande äußerstenfalls Heiterkeit erzeugen. Die introvertierte Ichbezogenheit schlägt auch in beliebten Klischees durch, z. B. „vom Kommunismus versklavte Völker, die ihre Ketten abwerfen" (Barzel), „Aus einer Steppe und Wüste wieder einen Garten Gottes machen" (Seebohm) u. ä., mit denen die widerspenstige Wirklichkeit „besprochen", d. h. dem Wunschdenken angepaßt wird. In beiden Fällen wird eine Fiktion zur Begründung eines vermeintlichen „Rechts" der Wirklichkeit substituiert. In einer anderen Formulierung: „Wir brauchen keine Behörde, wir brauchen Anerkennung des Völkerrechts" (Barzel) soll der Eindruck eines angeblich aus dem Völkerrecht abgeleiteten deutschen Rechtsanspruchs erweckt werden. Beide Beispiele gehören in die Kategorie der primitiven politischen Lüge. Fast immer handelt es sich dabei um die Kolportage vorfabrizierter Fetische statt Analyse der Problematik und Konfrontation mit den Fakten (Magie der Phrase).

Die zweite Stufe wird durch Wortkombinationen und einprägsame Beispiele aus der Geschichte oder dem täglichen Leben charakterisiert, die, auf politische Tatbestände bezogen, die Urteilsfähigkeit der Zuhörer ausschalten, in eine falsche Richtung lenken oder ein unerwünschtes Faktum in den jeweils erwünschten Sinn umdeuten. Ein charakteristisches Beispiel aus der Innenpolitik ist das vor Wahlen immer wieder strapazierte Spruchgut, man dürfe „mitten im Strom nicht die Pferde wechseln". Die Frage nach der Tauglichkeit der Pferde und dem Ende der Furt wird dabei übergangen. Die regierende Partei ist natürlich immer „mitten im Strom"[26]). Der Slogan erscheint meist in Verbindung mit dem „Ernst der Lage". Die Wortbildungen „Heimatvolk", „Heimatgebiet", „Heimatrecht" und ihre Kombination mit der Versicherung der „Verwirklichung auf friedlichem Wege" gehören in die Kategorie der bewußten Ablenkung von dem hochexplosiven Charakter der dahinterstehenden Ansprüche[27]). Ein anderes Beispiel solcher Simplifizierung hat ein bayrischer „Vollblutpolitiker" mit seinem Hemd- und Hosenvergleich für die durch den Konsultationspakt mit Frankreich unnötig komplizierte Situation der Bundesrepublik gegeben. Indem er sie mit der Lage eines Mannes verglich, der zwischen Hemd und Hose wählen soll, wird zwar die zwingende Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Frankreich und USA unterstrichen, aber gleichzeitig im Bewußtsein der Zuhörer das Dilemma, das aus der gegensätzlichen Politik beider Mächte für die Aktionsfreiheit der Bundesrepublik entsteht, unter den Tisch gewischt. Hemden und Hosen können keine gegensätzliche Politik machen[28]). Ein anderer Politiker hat die Problematik der Verhandlungen mit der DDR sprachlich mit der Phrase gelöst: „Wer ein Haus mieten will, wendet sich an den Eigentümer, nicht an den Portier." Er wollte damit seinen Zuhörern weismachen, daß mit der Zone Verhandlungen zwecklos seien. Daß der „Eigentümer" allen Interessenten die Auskunft gibt, sie möchten sich gefälligst an den „Portier" wenden, hat er dabei unterschlagen[29]).

Die dritte Stufe reicht von der Entartung der Sprachlogik bis zur bewußten dialektischen Umkehrung des Wort- und Sprachsinns (Beispiel: „Nestbeschmutzer", „Brunnenvergifter" für Befürworter des Rechtsvollzugs an NS-Verbrechern oder Anhänger der Wahrheit), „status-quo-Krieger" für Nonkonfor-

26) Er ist gleichzeitig das — auf demokratische Institutionen bezogen — sinnwidrigste Beispiel und demonstriert das Ausweichen vor der sachlichen Argumentation. Der Pseudo-Appell an den gesunden Menschenverstand spekuliert in Wirklichkeit auf traditionelle Verhaltensnormen, für die konfessionell und landschaftlich gebundene Wähler besonders „anfällig" sind.

27) Der neueste Slogan der Sudetendeutschen „Frieden durch Menschenrecht" ist von vager Unverbindlichkeit; in Verbindung mit der Forderung auf „Rückgabe des deutschen Heimatgebiets" an das „rechtmäßige Heimatvolk" wird er zum illusionären Sprengstoff.

28) Zyniker könnten solche Vergleiche leicht lächerlich machen, indem sie Atlantiker und Gaulisten als Hemd- oder Hosenpolitiker (und unter letzteren die mit den vollen und die mit den leeren Hosen) unterscheiden.

29) Solche Spruch„weisheiten" werfen nicht nur ein Licht auf die geistige Verkümmerung ihrer Kolporteure, sondern auch auf die politische Unbedarftheit, die beim Zuhörer vorausgesetzt wird.

misten illusionärer Revisionsforderungen, „potentielle Kriegsverbrecher" für Aufrüstungsgegner[30]). Der Vorsitzende der CSU ist darin Meister, aber auch sein Kollege von der CDU steht ihm kaum nach (und die SPD zeigt Anzeichen der Infektion)[31]).

Die Eskalation der Sprachverhexung läßt sich (wie die Entwicklung der Raupe über die Puppe zum Nacht- (und Nebel-)Falter) durch alle drei Stufen bis zur politischen Aktion verfolgen. In vielen Parallelfällen läuft sie nach 1918 wie nach 1945 mit der Präzision eines physikalischen Experiments ab. Der Slogan „im Felde unbesiegt" (illusionäre Behauptung) wird zur „Dolchstoßlegende" (bewußte Diffamierung) und endete in Terror und Meuchelmord (politische Aktion). Die Verwirklichung des „Heimatrechts" auf „friedlichem Wege" (Formulierung eines „Rechts"anspruchs) mutiert in der nächsten Stufe zur Diffamierung der Ostkontaktbefürworter als „Landesverräter" (Ursurpierung des „Rechts" auf Bestrafung Andersdenkender) und entartet zuletzt zur Forderung auf „Herausgabe der geraubten Gebiete" (Aktion zur Durchsetzung des „Rechts")[32]). In diesem Klima der Verhexung der Politik durch die Sprache werden Gegner der Atombewaffnung oder der Notstandsgesetze auf der untersten Sprosse der Eskalationsleiter als „Trottel" oder „Schwätzer" abgewertet, auf der mittleren als „kommunistische Mitläufer" bespitzelt und auf der obersten als „potentielle Kriegsverbrecher" eingestuft. Unbequeme Kritik wird zu einem „Abgrund von Landesverrat" und die Opposition präsumtiv mit dem „Untergang der Bundesrepublik" gleichgesetzt. Der Appell an die niedrigsten Masseninstinkte ist eindeutig, ohne daß die politischen Akteure oder Wahlkampfstrategen sich über die lebensgefährliche Entartung ihres Sprachstils Rechenschaft geben. Wie im Dritten Reich wird eine Minderheit von Staatsbürgern, die sich der laufenden Aushöhlung des Grundgesetzes widersetzen, durch diffamierende Slogans für vogelfrei erklärt. Hier scheint durch die „christliche" Maskierung unverhüllt die Teufelsfratze der NS-Terrorgesinnung durch, die im Endergebnis zur Ausrottung mißliebiger Bevölkerungsgruppen und zum Völkermord geführt hat[33]). Auch die Eskalation der Judenverfolgungen im Dritten Reich begann Jahrzehnte vorher mit der sprachlichen Diffamierung und führte schließlich über die Reichskristallnacht und die Nürnberger Gesetze zu den Gasöfen in Auschwitz.

Nachdenkliche Bemerkung über das gute Gewissen

Was jeden Beobachter in dem turbulenten Auf und Nieder des deutschen Schicksals und seiner sprachlichen „Bewältigung" gewissermaßen als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht auffällt, ist die Selbstdarstellung eines unerschütterlich guten Gewissens, mit dem die Deutschen jeweils aus ihren nationalen Katastrophen herausgehen. Wahrscheinlich trägt die Gewöhnung an die linguistische Auflösung ihrer politischen Rösselsprünge und die Verhexung der Politik durch die Sprache wesentlich zu dieser merkwürdigen kollektiven Seelenlage bei. Es ist das gleiche gute Gewissen, das auch unsere derzeitigen politischen

30) Die meisten dieser Slogans sind Geistesverwandte der „Dolchstoßlegende" und Bettgenossen der „Vaterlandslosen Gesellen".

31) Die unverwüstliche Dolchstoßlegende gehört zum eisernen Bestand in der publizistischen Schreckenskammer der bürgerlichen Parteien und heckt immer neue Bastarde aus. Sie laufen wie die Urmutter nach der vererbten Folge (Behauptung, Diffamierung, politischer Meuchelmordversuch) ab. Neueste Beispiele im Anschluß an die Notstandsvorlagen. Mit Rücksicht auf die traditionellen Dolchstoßpraktiken bewegt sich der politische Dialog in der Bundesrepublik auf weiten Strecken in der Irrealität, während Vernunft und Zivilcourage in den Untergrund gegangen sind. Die Zählebigkeit dieser Bastarde der Demagogie ist das beschämendste Symptom für den geistigen Krankheitszustand in der Bundesrepublik.

32) Verbale Beteuerungen „friedlicher Gesinnung" (neuerdings mit dem Unterton „es wird langsam Zeit, daß die slawischen Nachbarvölker unseren guten Willen zur Kenntnis nehmen") und handgreifliche Praktiken gegenüber nichtkonformistischen Reportern demonstrieren die Qualität der Gesinnung. Die Formeln „Recht", „Friedliche Verwirklichung", Festhalten am „Münchner Abkommen" und die erwähnten Parolen bilden die Quadratur eines politisch nicht auflösbaren Zirkels.

33) Die Frage: Was führt eigentlich eine Partei und eine Regierung im Schilde, die zu solchen Mitteln greift? ist naheliegend.

Sprachfälscher haben. Die Deutschen sind überzeugt, daß sie immer nur das Beste gewollt haben und die in regelmäßigen Abständen über sie hereinbrechenden Katastrophen Fügungen eines ungerechten Schicksals oder das Resultat kommunistischer Drahtzieher sind. Die Selbstgerechtigkeit des guten Gewissens, die, von den kirchlichen Spitzen angefangen, über Justiz, Beamtenschaft, Hochschulen, Unternehmer- und Arbeiterschaft das ganze Volk verbindet, ist nach dem Geschehen des Dritten Reiches eines der erstaunlichsten Phänomene des deutschen Charakters. Charakter- und Spracheigentümlichkeiten scheinen hier in einer merkwürdigen Parallelität zu stehen[34]).

[34]) Die einleitende Bemerkung, daß das politische Unvermögen durch sprachliche Mittel kompensiert wird, kann möglicherweise dahin umgedreht werden, daß die traditionellen Sprachgewohnheiten den mangelnden Sinn für politische Realitäten erklären.

Prof. Dr. Max Bense

Opposition und Intelligenz

Innerhalb einer funktionierenden Demokratie heißt „Regieren" keineswegs nur „Macht mit Hilfe von Mehrheitsbeschlüssen" ausüben. In einer funktionierenden Demokratie heißt „Regieren" auch „mit Hilfe von Minoritäten Gegenmacht demonstrieren", also zu opponieren! Nun kann man innerhalb des Parlaments und außerhalb des Parlaments eine Opposition aufbauen — auf jeden Fall handelt es sich darum, eine Opposition zu erreichen, und wenn es nicht innerparlamentarisch gelingt, Einfluß auf die Bildung von Mehrheitsbeschlüssen zu nehmen, so kann es immer noch außerparlamentarisch möglich sein, vorausgesetzt, daß es überhaupt einen Orientierungskern der Opposition gibt, und ein solcher kann sich durchaus auch außerparlamentarisch manifestieren.

In den letzten Monaten war in den Auseinandersetzungen über die Notstandsgesetze sehr viel vom Einfluß „außerparlamentarischer Kräfte" die Rede — mißbilligend natürlich, wie das von einer Regierung, die Regieren wohl schon als Parteiprestige ansieht, auch nicht anders zu erwarten war, und neuerdings ist diese Mißbilligung sogar in öffentliche Beschimpfung von seiten des Bundeskanzlers übergegangen, der auf diese Weise den Anti-Intellektualismus in unsere Demokratie eingeführt hat, sich also entlarvte.

Auch war jedermann klar, daß unter den außerparlamentarischen Kräften keineswegs nur gewerkschaftliche Organisationen gemeint waren, sondern daß mit dem Hinweis auch noch auf eine andere Gruppe, die im Grunde gar nicht organisiert war, angespielt wurde, auf die Gruppe der Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Schriftsteller, Künstler und Journalisten, kurz: auf die Gruppe der Intellektuellen, die einzeln oder zusammen gegen den Plan der Vorbereitung von Notständen durch Notstandsgesetze außerparlamentarisch opponiert hatten.

Und wir alle haben bemerkt, daß dieser außerparlamentarische Druck der Gewerkschaft und der Intelligenz schließlich zu einem Resultat geführt hat: so wurde also Gegenmacht demonstriert, und die Opposition als außerparlamentarische Kraft schlug um in eine Opposition innerparlamentarischer Mehrheitsbeschlüsse, und aus Herrn Wehners politischer Windfahne wurde plötzlich doch noch einmal ein politischer Wegweiser!

Die Organisation einer außerparlamentarischen Opposition darf also in keinem Falle als vergeblich angesehen werden. Es ist eine absolut bourgeoise Vorstellung, daß nur Masse Widerstand leisten könne. Widerstand ist immer eine Frage der Minorität.

Auch die außerparlamentarische Opposition kann also Gegenmacht ausüben, kann auf das Parlament im Sinne der Korrektur einwirken, es ist lediglich notwendig, daß sich diese oppositionelle Kraft außerparlamentarisch präsentiert, also bewußt und methodisch eine nicht in das Parlament einziehende Partei als konstitutionellen Kern der außerparlamentarischen Opposition demonstriert!

Ohne eine solche organisierte Konstituierung der Opposition bleiben die Proteste nur allzu leicht vergeblich und werden sie in dem Maße, wie man sie im Osten bestraft, im Westen ignoriert.

Der Sinn einer Alternative zur Alternative CDU und SPD ist also eine A n t i - A l t e r n a t i v e : die unter Umständen nur außerparlamentarische Demonstration der Opposition, weil sie, wie jedermann weiß, innerparlamentarisch versagt hat.

Schon ihr Sichtbarmachen allein würde bereits die Einführung einer Partei wie die DFU in den Wahlkampf als notwendig erscheinen lassen, ganz davon abgesehen, daß es zwar ungewiß, aber niemals gänzlich unmöglich ist, nicht doch jenes Minimum von Stimmen zu gewinnen, die es zulassen, daß eine konsequente Opposition mit außerparlamentarischem Rückhalt und konstruktiven Gedanken im Hintergrund über ein paar Sitze im Parlament verfügt, und weiterhin ganz davon abgesehen, daß, wie es ja ebenfalls jedermann bekannt ist, die sogenannte große Alternative zwischen der CDU und der SPD weder innen- noch außenpolitisch, weder ökonomisch noch ideologisch mindestens seit dem Godesberger Programm der SPD eine echte Alternative darstellt, sondern eher die Einfädelung einer großen Koalition, da die Sozialisten des Parlaments, wie wir belehrt worden sind, sich kräftig bemühen, auch genügend christlich und militaristisch zu sein.

Sieht man vom geschlossenen Forum der Gewerkschaft ab, so dominierten in der außerparlamentarischen Opposition gegen die Vorbereitung der Notstandsgesetze sichtbarlich die Intellektuellen. Deutlicher als in den erfolgreichen Protesten des „Spiegel" und seiner Redakteure gegen Herrn Strauß oder der Gruppe 47 gegen die gleiche Front der Intrige und des Antiintellektualismus zeichneten sich dieses Mal Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten als opponierende Gruppe ab, als eine Art von Zwischenklasse der Intelligenz, — ein Effekt, den Albert Einstein bereits 1945 in seinem Aufruf zur Organisation aller Geistesarbeiter erwartete, als er vom notwendigen Einfluß der geistigen Arbeit auf die Verbreitung von Frieden und Sicherheit und gegen den militärischen Einbruch in die Wissenschaft sprach.

„Statt dessen", so argumentierte er damals, und das gilt zweifellos auch heute noch, „bestimmen fast ausschließlich politischer Ehrgeiz und Gewinnsucht den Gang der Ereignisse." Tatsächlich verlangt die gegenwärtige deutsche Situation eine zur Opposition, zur Gegenmacht verschärfte Gruppierung der Intelligenz. Sie kann auf diese Weise in zunehmendem Maße die Rolle spielen, die im 19. Jahrhundert der Arbeiterschaft, der internationalen Arbeiterschaft zugefallen war und die in verhältnismäßig kurzer Zeit schon zu Erfolgen kam.

Denn die Auseinanderdrift von Macht und Intelligenz, die Aussonderung der Intellektuellen wird bei uns immer offenkundiger. Je mehr der Staat der Intelligenz als Träger der Zivilisation und ihres Fortschritts bedarf, desto stärker scheint er daran interessiert, sie zu reglementieren und diese Zwischenklasse, die

keine Saturierung ihrer Ökonomie, sondern nur die Saturierung ihrer Prinzipien anzumelden hat, von den faktischen Zügen der Macht fernzuhalten.

Keine Gründung einer Universität kann darüber hinwegtäuschen, daß in den Schulen kräftig konfessionalisiert wird. Kein offizieller Gelehrtenaustausch mit anderen Ländern, der nicht am Bildungsnotstand der Studenten im eigenen Land gespiegelt werden müßte, und kein verliehenes Bundesverdienstkreuz an einen Forscher, dessen Wert nicht beeinträchtigt würde durch die Rüge, die einem anderen zuteil wird.

Ich erwähne den Brief des tapferen Leiters der Humanistischen Union an Herrn Süsterhenn, um zu zeigen, in welcher Weise die Ausdifferenzierung von Macht und Intelligenz in unserem Staat bereits fortgeschritten ist: „Wer in der Bundesrepublik den Film ‚Das Schweigen' nicht besuchen will, gegen seine ‚Unmoral' protestiert und anderen von seinem Besuch abrät, bleibt ein guter Demokrat und unbescholtener Bürger. Wer in dem von Herrn Süsterhenn ersehnten Staat einen solchen Film aufzuführen und zu propagieren versucht, wird zum Kriminellen, dem strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung droht . . ." Ich möchte noch hinzufügen, daß selbst die sattsam als prüde bekannte FAZ kürzlich darauf aufmerksam machen mußte, daß ein amtierender Minister anläßlich seiner Rede zur Eröffnung der letzten Baden-Badener Kunstausstellung offensichtlich eine Gesetzesvorlage zu lancieren gedachte, gemäß der staatliche Gelder zur Förderung moderner Kunst nicht mehr zur Verfügung gestellt werden sollten. Und rätselhafterweise fühlte sich sogar die Frau des Bundespräsidenten, Wilhelmine Lübke, vor den katholischen Frauen Aachens berufen, von „einem entschlossenen Bekenntnis zur Durchsetzung der inneren Ordnung, in der destruktive Elemente keine Chance mehr haben", zu sprechen. Ein Ordnungswille, der etwas verdächtig ist, weil er in seiner Terminologie an jene Jahrzehnte erinnert, während denen die Diffamierung der Intelligenz die tödliche Maxime erreichte.

Es ist wahr, daß die Intelligenz als Klasse individueller Struktur historisch mit der Revolution der Aufklärer in Erscheinung tritt. Da sie dem Zeitalter Voltaires entstieg, wird sie für immer mit der Idee der persönlichen Revolte und des existentiellen Engagements verbunden bleiben, und daß die herrschende Macht sie aus den Höfen der Macht zurückdrängt, hat sie bis jetzt sprachlos hingenommen, und ihre Neigung zum Irrationalismus, wie Georg Lukàcs kürzlich noch ironisch konstatierte, dadurch gefördert. Aber diese frei über der Geschichte und der Gesellschaft agierende Intelligenz ist zu Ende; ihr Vorhandensein ist jetzt Fundament der Zivilisation, die wissenschaftlich und technisch determiniert ist, und das bedeutet, daß diese Intelligenz, wenn sie revoltiert, mit dem essentiellen Recht und der existenzsetzenden Kraft des intelligiblen Unterbaus menschlicher Zivilisation gegen die Exstirpation des erkennenden Geistes in der demokratischen Majorisierung revoltiert.

In Deutschland, das bisher keine echte literarische Gesellschaft, auch keine wirkliche politische Gesellschaft zuwege brachte, herrschte ja schon immer die Vorstellung, daß politische Arbeit, politische Vernunft, politisches Recht und politischer Wille nur in den Fraktionen demonstriert werden könnten. Doch schon Voltaire hat ein für allemal, also auch für uns, sichtbar gemacht, daß politische Arbeit, politische Vernunft, politisches Recht und politischer Wille auch durch das persönliche Engagement eines einzelnen zum Ziel gelangen können. Man glaube nicht, die Probleme Voltaires, die unrechtmäßige Verurteilung, die öffentliche Diffamierung, der Betrug um die Individualität, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Vernachlässigung der Erziehung, die Anstiftung zum Mord seien nicht mehr gegeben, sie sind es leider noch immer, und wenn

ein Minister oder ein Oberkirchenrat das nicht bemerkt, so ist das sein Mangel, aber nicht der Mangel der Intellektuellen.

Die Wirtschaft ist saturiert, die Kirche ist saturiert, der Beamte ist saturiert, sogar der Arbeiter ist im Begriff, saturiert zu werden, nur eine einzige Klasse ist nicht saturiert, weil sie nicht in der äußeren, sondern in der inneren Lage saturiert werden will — und das ist die Klasse der ausgesonderten und beargwöhnten Intelligenz, die sich zwar ausgiebig in ihren Dienst gestellt sieht, aber an der Polytechnik der Macht nicht partizipieren soll. Der Intellektuelle soll räsonnieren wie ein Soldat auf der Stube, aber auf dem Kasernenhof des Staates gehorchen. Doch das ist nicht möglich, weil es den Sinn der geistigen Arbeit zerstören würde, denn geistige Arbeit ist wesentlich schöpferisch, und Schöpfungsfähigkeit ist nicht im Nivellement, sondern nur in der Differenzierung möglich.

Mit dem Auftreten der Intelligenz als der zivilisationserzeugenden und zivilisationserhaltenden Klasse kann nicht mehr durchgängig vorausgesetzt werden, daß der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist, er zeigt sich vielmehr damit als ein höchst individuelles Wesen, und eine Demokratie, die ihre Idee der Macht am Begriff eines gesellschaftlichen Wesens orientiert, ist nur eine halbe Demokratie und muß demnach korrigiert werden durch die andere Hälfte der Demokratie, durch die Demokratie der individuellen Wesen, ihrer Gegenmacht, ihrer Opposition, die immer dann aufgerufen ist, wenn es sich um Opferung privater Rechte zum vermeintlichen Wohlergehen des Staates handelt — oder um Opferung übernationaler Grundlagen unserer Zivilisation, die mit der Kunst, der Wissenschaft und der Technik längst sichtbar geworden sind, zugunsten eines billig zu habenden nationalen Prestiges.

In einer geschichtlichen Epoche, die unaufhaltsam die technische Zivilisation und ihre wissenschaftliche Einstellung zur Grundlage des Lebens gemacht hat und in der ein Nachlassen der schöpferischen Begabung in nur einer einzigen Generation, wie es formuliert worden ist, schlimmere Folgen zeitigen würde als ein Dutzend Erdbeben, findet das Prinzip der Majorisierung, wie es in den Parlamenten gehandhabt wird, seine notwendige Begrenzung in den unveräußerbaren schöpferischen Rechten des Individuums gegen den Druck der Gesellschaft.

Und wenn Frieden ein universaler Zustand der Sekurität dieser Gesellschaft und Krieg ein universaler Zustand ihrer Vernichtung ist, dann muß im Prinzip der Frieden schon im Namen eines einzigen Vetos eines einzigen denkenden Wesens erhalten werden können, und kein einziges Individuum darf im Prinzip in den Krieg hinein majorisiert werden können. Und jede propagierte militärische Pflicht, jede Ausbeutung der Wissenschaft und ihrer Intelligenz durch Militärs hat das Gewicht einer Handlung wider die Vernunft: ein Zurück zum Karawanenschritt, zum Lorbeerbusch des hageren Hesychasten, zu trocknem Fisch, gebrühter Pisangknolle.

Wir sehen, es gibt sehr tief liegende Gründe, Opposition als staatliche und menschliche Institution außerparlamentarisch zu installieren. Und dies also könnte ein Grund sein, als Anti-Alternative zur schematischen Alternative CDU — SPD eine Partei zu wählen, die sich eben anschickt, eine Sammelbewegung außerparteilicher, aber dennoch politischer Intelligenz zu werden, selbst dann zu wählen, wenn nicht von vornherein schon feststeht, daß ein Sitz im Parlament gewonnen werden kann.

Gewiß — und wir haben es gerade erlebt — kann die Gewerkschaft oder meinetwegen auch die Kirche als Träger der Opposition auftreten, und es ist gut, wenn sie so auftreten, aber die Gewerkschaft bleibt dabei immer Vertretung der Arbeitnehmer, so wie die Kirchen Vertretung privater Idole bleiben. Es

kommt aber auf eine Art von Opposition an, die globales und damit individuelles Recht vertritt, die an der Idee der Humanität stärker interessiert ist als an der Idee der Nationalität und in der das Prinzip Hoffnung unmittelbar die Zivilisation als Ganzes, nicht eine Partei als ein gesellschaftliches Partikel berührt.

Es ist mit Recht immer gerügt worden, daß die „Zersplitterung" der Intellektuellen schuld daran sei, daß die Erfahrungen und Fähigkeiten dieser Gruppe so selten als Korrektiv bloßer Machtpolitik ausgenützt wurde.

Mir scheint, daß im Augenblick die Lage der Intelligenz in Deutschland so prekär ist, daß durch den gemeinsamen Gedanken an den systematischen und organisatorischen Aufbau einer wirksamen parlamentarischen oder außerparlamentarischen Opposition eine weitere Zersplitterung, die ihre politische Ausschaltung endgültig werden ließe, aufgehalten werden könnte. Daher sollte diese Intelligenz eine Partei, eine junge Partei, die zur Zeit nicht anders denn als eine oppositionelle Möglichkeit verstanden werden kann, zu ihrem institutionellen Kern machen.

Klaus Ehrler, M. A.

Der andere Weg

Betrachtungen zum 20. Gründungstag von CDU und LDP

Es gehört zu den Charakteristiken historischer und politischer Phänomene, daß sie mit der Feststellung einzelner bestimmter Jahreszahlen gegeben werden. Besonders in Zeiten umfassenden Neubeginns haben solche Datierungen einen erhöhten Kennzeichnungswert. So war es im 19. Jahrhundert ein klar definierendes Urteil, gewisse Personen, Gruppierungen, Ideen und Bewegungen als „Achtundvierziger" einzustufen; denn trotz des Scheiterns der politischen und sozialen Erneuerungsbewegungen des Jahres 1948 in den damaligen deutschen Staaten blieben ihre progressiven Impulse so lebendig, daß sie auch unter der politischen und militärischen Herrschaft der monarchistisch-bürokratischen Reaktion den Fortgang der weiteren historischen Entwicklung wesentlich mitbestimmten.

Es gehört zum Charakteristikum des bundesdeutschen politischen Selbstverständnisses von 1965, daß das Epochenjahr 1945 nicht in entsprechender Weise als Ausgangspunkt der Erneuerung gesehen wird oder gar in fortwährender Bezugnahme immer größere Verbindlichkeit erlangen kann. Im Gegenteil: die „45er" standen — wenn man sie gelegentlich so kennzeichnete — eher im Verdacht, Kreaturen oder Marionetten der Besatzungsmächte zu sein, die ja damals sämtlich noch weit davon entfernt waren, sich mit den Deutschen zu verbünden. Diese Hypothek für das westdeutsche Durchschnittsbewußtsein, „von 1945" zu stammen oder zu kommen, wird darum von betroffenen Personen oder Institutionen entweder ins Unterbewußte verdrängt oder durch das Hervorkehren forscher nationalistischer Sentenzen und Tendenzen auszugleichen versucht.

Natürlich besteht kein Zweifel, daß alle, die mit 1945 das Ende der großen Katastrophe überstanden, „von 1945" sind, Personen und Institutionen. Was 1807 von Preußen übrigblieb, war das Ergebnis des Gnadenaktes der Weltgeschichte,

den Napoleon dem russischen Zaren zuliebe vollzog. In den späteren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nahm Preußen die Chance wahr, sich diesen Gnadenerweis nachträglich zu „verdienen". Wir Deutschen können noch nicht behaupten, die entsprechende Chance seit 1945 wahrgenommen zu haben. Obwohl wir alle die „gleichsam Neugeborenen" jenes Jahres sind, neigen wir hier im Westen der Verleugnung dieses unseres Neuausgangspunktes zu.

In dieser Situation ist es geradezu eine Ironie der Geschichte, daß jenes Epochenjahres 1945 gerade zwei solche Jubilare besonders stolz und selbstbewußt gedenken, die wir uns im Westen als die Aschenputtel der politischen deutschen Gegenwart zu betrachten angewöhnt haben oder angewöhnen ließen: CDU und LDP der DDR. Merkwürdigerweise sind sie in ihrem Bereich die einzigen Parteien, die 1945 entstanden; die Sozialistische Einheitspartei bildete sich erst 1946 (durch die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten), die Nationaldemokratische Partei und die Demokratische Bauernpartei der damaligen Sowjetischen Zone Deutschlands wurden 1948 gegründet. Nun ist es sicher unerheblich für eine Partei, ob sie einige Monate oder Jahre älter ist als andere Parteien; wenn ihre Bildung aber mit einem entscheidenden epochalen Wendepunkt zusammenfällt, erhält ihr Entstehen fast automatisch etwas von der Größe und Bedeutung des historischen Moments aufgeprägt: der Sinn der Geschichte manifestiert sich dann — wie vermittelt und verkürzt auch immer — doch in jeder ihrer gleichzeitigen Schöpfungen.

Es ist mancherlei gegen die beiden Parteien gesagt worden: daß sie Satelliten der Sozialistischen Einheitspartei und damit ihrer Gründungsabsicht untreu geworden seien; daß es gleichgültig sei, ob sie existierten oder nicht. Gewiß gibt es viele Kriterien der Beurteilung. Daß aber schon auf den ersten Blick einige für die beiden Jubilarparteien sprechen, sollte uns zu denken geben, die üblich gewordene graue Optik ferner nicht ungeprüft weitergelten zu lassen. Das positive Bekenntnis zu den politischen Verpflichtungen der Chance des Neubeginns, die durch die Befreiung vom Hitlerterror 1945 gegeben war, ist seit den Gründungsdeklarationen von CDU (Ende Juni 1945) und LDP (Anfang Juli 1945) ein wesentlicher Aktivposten der Bilanz ihrer bisherigen Geschichte. Auch alle friedenspolitisch orientierten Demokraten im Westen sollten es dankbar begrüßen, daß es in Deutschland Parteien gibt, die sich auch heute noch ohne Augenzwinkern und mit gutem Gewissen auf ihre Gründung und deren Zielsetzungen im Jahre 1945 besinnen. Denn wie sieht es heute in Europa mit den Chancen des Friedens, der Demokratie, der antifaschistischen Solidarität und der Verständigung zwischen den Staaten aus? Sind nicht die Tendenzen immer deutlicher spürbar geworden, den historischen Urteilsspruch von 1945 rückgängig zu machen und die verbliebenen Reste der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges mit allen ihnen innewohnenden nationalen Verpflichtungen, aber vor allem auch positiven Möglichkeiten zu beseitigen? Wer an den Grundentscheidungen und -resultaten von 1945 rüttelt, um sie aufzuheben, macht sich der Wiederbelebung des Faschismus mit allen seinen Konsequenzen schuldig; das gilt ebenso für die alliierten Vorbehaltsklauseln wie für die Oder-Neiße-Grenze und für die prinzipielle Verpflichtung der Deutschen, sich gegen keinen ihrer Nachbarstaaten zu wenden oder zu verbünden. Es ist wichtig für das politische Zeitverständnis, sich diese Selbstverständlichkeiten von 1945 immer wieder gegenwärtig zu halten; andernfalls sind Kollisionen mit der Wirklichkeit von heute unvermeidlich, ob es sich um Demonstrationen israelischer Studenten gegen den Botschafter aus Bonn oder um das Veto de Gaulles gegen ein politisch fusioniertes Westeuropa handelt, in das die Bundesrepublik durch ihre Anschluß- und Gebietsforderungen ein gefährliches Maß unruhestiftenden Irredentismus zwangsläufig einbrächte.

Vor diesem Hintergrund der Situation von 1965, in der man die bis zur Hoffnungslosigkeit gediehene deutsche Spaltung fast nur noch mit einem Achselzucken der Resignation wahrnimmt, gewinnt alles das an Bedeutung, was zur Erhaltung und Weiterführung der positiven Grundsätze und Ansätze von 1945 beiträgt. Denn sowohl die Rückführung der Deutschen in die unproblematische Gemeinschaft der Völker ganz Europas, die die Einlösung der antifaschistischen Verpflichtung von 1945 voraussetzt, als auch die Überwindung des gegenwärtigen Standes deutscher Gespaltenheit (ob man sie sich als die bis 1955 mögliche Wiedervereinigung oder als Staatenbund vorstellt) hat nur dann eine reale Verheißung, wenn wir die Entscheidungen von 1945 anerkennen und sie nicht liquidieren wollen.

Die Uneinigkeit der vier Großmächte in der Periode des amerikanischen Atomwaffenmonopols und des sowjetischen Nachkriegsstalinismus, deren Krisenhöhepunkt das Jahr 1948 (getrennte Währungsreformen; beginnende Isolierung West-Berlins; Ausschluß Jugoslawiens aus dem Ostblock) wurde, ließ es in Deutschland zur Wiederbelebung antikommunistischer Politik und damit auch nationalistischer und schließlich antisemitischer Tendenzen kommen. Die Fortsetzung der demokratischen und antifaschistischen Entwicklung war damit ebenso infragegestellt wie die Aussichten auf die Errichtung eines alle vier Besatzungszonen umfassenden deutschen Staatswesens. Das mußte besonders die beiden Parteien betreffen, die über die Grenzen der vier Zonen hinweg eine gewisse Zusammengehörigkeit bewußt zu machen und zu erhalten suchten: CDU und LDP. Nach dem Scheitern der Versuche, für alle Zonen eine Form der Verständigung und des Zusammenwirkens der sozialistischen Parteien zu finden, hatte sich ja die innere Basis gesamtdeutscher Politik im Sinne von 1945 schon verkleinert. Die Politik von CDU und LDP trug darum in den Jahren 1946—48 eine besondere Verantwortung für den Gang der innerdeutschen Entwicklung, so sehr diese auch durch die Einwirkungen der internationalen Politik belastet gewesen ist, die damals im Zeichen wachsender Differenzen und Zuspitzungen stand.

Im Frühjahr 1947 kam es in diesem Sinne zu einer den Umständen nach lebhaften innerdeutschen Verständigungsaktivität: einmal waren es die Bemühungen des damaligen CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser um das Zustandekommen einer deutschen Nationalrepräsentation zur Vertretung der Interessen der deutschen Bevölkerung auf der Moskauer Außenministerkonferenz (März/April 1947), zum anderen die Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder in München (Mai 1947). Jakob Kaiser scheiterte am Widerspruch des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, der die zur Mitwirkung bereiten SED-Vertreter nicht an der geplanten Nationalrepräsentation beteiligt sehen wollte; das Münchner Treffen blieb ohne weiterwirkende Ergebnisse, weil die Vertreter der in der französischen Zone gelegenen Länder keine allgemeinverbindlichen Beschlüsse akzeptieren durften. Stellt man sich heute angesichts des deutschen Rüstungsstandes und der bundesdeutschen Notstandsplanung vor, welche Auswirkungen eine auf der Moskauer oder der folgenden Londoner Außenministerkonferenz (Herbst 1947) von einer gesamtdeutschen Nationalrepräsentation eingegangene Verpflichtung zu immerwährender Friedenspolitik und Neutralität auf den weiteren Gang der deutschen Politik hätte haben müssen, wird man bereit sein, die gescheiterten Versuche von 1947 in einem neuen Lichte zu sehen.

Das Scheitern der gesamtdeutschen Hoffnungen im Winter 1947/48, als es den Großmächten nicht gelang, sich auf eine den Erwartungen der vom Kriege am härtesten betroffenen osteuropäischen Länder entsprechende Reparationslösung zu einigen, belastete in hohem Maße die Stellung der bis dahin fast ausnahmslos um Ausgleich und Wiedergutmachung bemühten Christ-Demokraten und Liberal-

Demokraten. Eine Parteinahme für West oder Ost wurde unvermeidlich, so daß auch die überregionalen organisatorischen Kontakte zwischen den verschiedenen Zonen- und Landesverbänden von CDU und LDP abgeschnitten wurden; die West-LDP nannte sich seither FDP, in der Ost-CDU konnte sich Jakob Kaiser nicht mehr als Vorsitzender halten, weil er die Partei nicht an dem auf die sowjetische Zone beschränkten Deutschen Volkskongreß teilnehmen lassen wollte, der als Vertretung aller politischen und sozialen Organisationen deutsche Vorschläge für die Außenminister der vier Großmächte ausarbeiten sollte.

Es kann für die in dieser Krisensituation führenden Männer von CDU und LDP, Otto Nuschke (1883—1957) und Wilhelm Külz (1875—1948), nicht leicht gewesen sein, das Beispiel einer den Bekenntnissen von 1945 verpflichteten Politik zu geben, die in Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen und sozialistischen Kräften den gemeinsam begonnenen Weg fortsetzte, ohne den Zusammenhalt mit den Parteifreunden im Westen bewahren zu können. Vor diese Alternative gestellt, entschieden sich Nuschke und Külz für die Treue zu den Gründungsprinzipien. Beide waren schon in der Weimarer Republik profilierte Politiker und Parlamentarier (als Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, der späteren [seit 1930] Staatspartei), beide hatten — ebenso wie bis 1947 auch Jakob Kaiser — die Ausführung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in der damaligen sowjetischen Zone bejaht und mitverantwortet (Sozialisierung der Großbetriebe, Aufteilung des Großgrundbesitzes). Angesichts der Sozialisierungsgesetze einiger Länder der damaligen Westzonen war diese Haltung, besonders noch für die CDU der britischen Zone, die sich 1947 das Ahlener Programm gegeben hatte, durchaus nicht außergewöhnlich. Im Winter 1947/48 bildeten Nuschke und Külz zusammen mit Wilhelm Pieck, dem aus der KPD hervorgegangenen Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei[1]), das Präsidium des ersten Volkskongresses, aus dessen zweitem Nachfolger schließlich 1949 die DDR-Volkskammer gebildet wurde. In der damaligen Zeit zugespitzter ideologischer Kontroversen mochte es für Christen und Liberale als ungewöhnlich erscheinen, sich mit Sozialisten und Kommunisten an einen Tisch zu setzen, aber nach der schon im Juli 1945 erfolgten Bildung des Antifaschistischen Blocks, einer politischen Arbeitsgemeinschaft aller Parteien der sowjetischen Zone, und in der lebhaften Erinnerung an die gemeinsame Opposition vieler Vertreter aller demokratischen Parteien gegen die Hitlerdiktatur hatte sich diese Praxis der gemeinsamen Übernahme politischer Verantwortung schon eingespielt.

In der Folgezeit, die die weitere Auseinanderentwicklung der beiden Teile Deutschlands brachte, zur Gründung der Bundesrepublik und der DDR und schließlich zu ihrer Einbeziehung in die jeweiligen Militärpakte (NATO, 1949 gegründet; Warschauer Pakt, 1955 gegründet) führte, nahmen CDU und LDP vollen Anteil am Ausbau des großenteils sozialistischen Staats- und Gesellschaftswesens der DDR, versuchten indessen gleichzeitig, auf ihre ihnen entfremdeten Bonner Schwesternparteien zur Erreichung pragmatischer Annäherung und Verständigung zwischen den zwei heterogenen Staatswesen einzuwirken. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß der ideologische Kalte Krieg auch bis in die eigenen Reihen eindrang; oft wurde er in der Tat als innerparteiliche Auseinandersetzung mit allen personalpolitischen Konsequenzen geführt. Vor allem aber wurden an das politische und soziale Selbstverständnis des engagierten Christen und auch des bewußt Liberalen höchste Ansprüche gestellt.

Die mit der internationalen Koexistenzpolitik eingetretene Entspannung des politisch-ideologischen Urteilsfeldes hat uns im Westen inzwischen etwas die

[1]) Otto Grotewohl war der aus der SPD gekommene Vorsitzende der SED.

Augen dafür geöffnet, den ernstzunehmenden Modellcharakter mancher politischen und sozialen Entwicklungen zu erkennen und auch anzuerkennen, die sich aus der Mitarbeit von CDU und LDP im Parteien- und Sozialsystem der DDR ergeben haben. Das ist um so bemerkenswerter, als die Machtfrage im Bereich der sowjetischen Zone und späteren DDR eigentlich von vornherein beantwortet war und es daher der führenden Sozialistischen Einheitspartei im Bündnis mit den Arbeiterparteien der befreundeten sozialistischen Länder offengestanden hätte, einen unvermischten Sozialismus (etwa sowjetischer Prägung) einzuführen. Daß sie diesen Weg nicht beschritten hat, sondern bei aller Betonung ihrer Führungsrolle am Prinzip der Alllparteien-Koalition mit Einschluß der Gewerkschaften und anderer Organisationen des gesellschaftlichen Lebens festgehalten hat, führte zur Herausbildung eines spezifischen politischen und sozialen Systems, das man als pluralistischen Sozialismus bezeichnen könnte und in das sich auch Christdemokraten und Liberaldemokraten integrieren können, deren humanitär-karitative und liberal-egalitäre Ideale darin ihre praktische Erfüllung finden. Das ist allen Liberalen möglich, die sich historisch von den linken demokratisch-progressiven Liberalen von 1848 her verstehen; ebenso allen politisch engagierten Christen, die in dem radikaldemokratischen Zentrumskanzler Joseph Wirth ihren Ahnherrn sehen.

Es besteht freilich kein Zweifel, daß die gelegentlich bewußt forcierten Ansätze kirchenkampfähnlicher Situationen es politisch progressiven Christen erschwert haben, einem Parteien- und Gesellschaftssystem zuzustimmen, dessen führende Partei ideologisch einem entschiedenen Atheismus verpflichtet ist. Während der Liberalismus mit seinen aufklärungszeitlichen Wurzeln daran keinen Anstoß nimmt, muß es einem bekenntnistreuen Christen zunächst eine Provokation sein, sich einem von Atheisten wesentlich bestimmten System einfügen zu sollen. Diesem nicht zu bagatellisierenden Dilemma hat sich insbesondere die CDU der DDR gestellt. Die Auseinandersetzungen und die Lösungen, an denen sie dabei entscheidend beteiligt war und noch ist, haben beispielnehmendes Interesse weit über die deutschen Grenzen hinaus gefunden; mehr als in der Bundesrepublik wird all dies im ökumenischen Raum mit großer Aufmerksamkeit zu belehrender Kenntnis genommen.

In der Tat mußten auch die politisch engagierten Christen der DDR erst einmal in die Lehre gehen, vor allem in die des Marxschen historischen Materialismus und der von ihm wesentlich geprägten politischen Praxis des sozialistischen Staats- und Gesellschaftssystems. Dabei stellte sich — kurz gefaßt — zweierlei heraus: der materialistische Atheismus der praktizierenden Marxisten wirkt sich mehr methodisch als dogmatisch aus, tangiert also nicht Glaubenshaltung und offenes Bekenntnis der praktizierenden Christen. Gegenseitige konfessionelle Toleranz und Kenntnis sowie Respektierung der Denk- und Handlungsmethodik des naturwissenschaftlich-rational und soziologisch-dialektisch orientierten Marxisten schließen sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht aus, solange man für wechselseitige Bildungs- und Entwicklungsimpulse offenbleibt. Andererseits erweisen sich viele Attribute des Christlichen nur als historisch bedingt, die bisher für wesensnotwendig gehalten wurden. Die jahrhundertealte staatskirchliche und feudale Einbettung des Christentums hat gewohnheitsmäßig feste Assoziationen geschaffen, die bei aller dadurch geschaffenen Regelmäßigkeit doch „zufällig" sind. Wenn aber die Marxsche Kritik am „Opium des Volkes" in erster Linie historische Erscheinungsformen, nicht aber die prophetische Predigt und politisch-diakonische Praxis echten Christentums trifft, hat der Christ nichts daran auszusetzen. Wie der ostberliner Theologe Prof. Hanfried Müller kürzlich vor westberliner Studenten ausführte, sind Qualität und Ergebnis solcher kritischen Aus-

einandersetzungen letzten Endes abhängig vom sozialen Bildungsstand der Beteiligten.

Entsprechende Lehren machten sich viele Liberale zu eigen — oft schweren Herzens, denn das altliberale Dogma vom individuellen Eigentum als der geheiligten Grundlage der persönlichen Freiheit war den relativierenden historischen Bedingungen seiner Entstehung schon zu weit entrückt. Daß individuelle Freiheit ohne gesamtgesellschaftliche Emanzipation unvollziehbar ist, daß Freiheit ohne Gleichheit auch hinsichtlich der materiellen Voraussetzungen illusorisch wird, daß Parlamentarismus nicht schon automatisch und allein die gesunde Entwicklungsfähigkeit einer Demokratie gewährleistet, all dies mußten die DDR-Liberalen sich in harten und nicht verlustlosen Auseinandersetzungen vor Augen führen. Aber ebenso wie die vom Staatskirchentum entbundenen Christen erlangten sie dadurch die Chance freierer Denk- und Handlungsmöglichkeiten im Bereich ihres gesellschaftlichen Wirkens. Daß dies freilich unter den jetzigen historischen Bedingungen nur unter Ausschluß eines breiteren Kontakt- und Wirkungsfeldes in der Bundesrepublik[2]) der Fall ist, empfinden sie als schmerzende Hypothek der innerdeutschen Entwicklung.

Die inneren Klärungsprozesse in CDU und LDP, die nicht geringe Teile ihrer Mitgliedschaft und sogar ihrer Führungskreise angesichts der epochalen geistigen und sozialen Umwälzung vor den gedanklichen und praktischen Konsequenzen resignieren ließen, setzten beide Parteien doch instand, die gewonnenen Resultate für bestimmte, zum Teil auch für alle Schichten der Bevölkerung fruchtbar zu machen. Dieser pädagogische Vorgang ist noch in der Entfaltung begriffen; aber er hat schon einige Höhepunkte erreicht. Uns Außenstehenden ist es dadurch möglich, den Grad der objektiven Wirkung und die Position des Selbstverständnisses der beiden Parteien zu ermessen.

Unvergessen ist zum Beispiel, wie Otto Nuschke am 17. Juni 1953 dem Westen gegenüber die DDR repräsentierte — überraschend und zunächst unverständlich für alle, die seine Biographie und die Entwicklung seiner CDU nicht kannten. Als er sich von aufgeregten Passantengruppen nach West-Berlin abgedrängt fand, erwarteten nicht wenige, daß er die Gelegenheit nutzen und einen Protest gegen Ulbricht und die SED vom Stapel lassen würde. Stattdessen verlangte er seine Rückführung und interpretierte er die Politik seiner Regierung wie auf einer eigens dazu einberufenen Pressekonferenz. Man kann seine damaligen Erläuterungen für stichhaltig nehmen oder auch nicht: daß seine Regierung nicht zu resignieren gedachte, erfuhr alle Welt zuerst und überraschend unmittelbar von ihm noch am selben Tage.

Nicht selten nahm in der DDR das Sozialisierungstempo rasantere Formen an, als es dem Stand der Belehrung und Überzeugung der Betroffenen und zu Gewinnenden entsprach. Bürokratischer Dirigismus, ein Kennzeichen des Stalinismus, den man in Osteuropa später als Personenkult umschrieb, ließ es mitunter dazu kommen, daß anfangs mitwirkungsbereite Menschen abgeschreckt und in reaktionäre Trotzhaltung versetzt wurden. Auf Grund solcher Erfahrungen regte die CDU die Gewährung von Steuerbegünstigungen für solche Unternehmen an, die sich freiwillig teilsozialisieren ließen, und gewann anschließend die ersten acht Betriebsinhaber dafür, mit der Aufnahme einer staatlichen Kapitalbeteiligung den Doppelstatus des Unternehmers und Angestellten in einer Person anzunehmen, womit gesellschaftliche Kapitalbasis und schöpferische Privatinitiative aufs beste kombiniert waren (Februar 1956). Die Betriebe mit „staatlicher Beteiligung" sind

[2]) Besonderes Aufsehen hat die Diskussion des Volkskammerpräsidenten, Prof. Dieckmann (LDP), mit Studenten in Marburg/L. vom 13. 1. 1961 erregt; sie blieb ein Einzelereignis (S. Blätter 2/61).

seitdem zahlreich geworden und bilden jetzt einen besonderen Sektor in der Gesamtwirtschaft der DDR, der auf diese Weise in seiner Produktivität erhalten und vielleicht sogar gesteigert werden konnte.

Durch ihre Bemühungen, den Christen der DDR die seit 1945 eingetretene Entwicklung zu einem zunehmend sozialistischen System auch von innen her annehmbar und mitvollziehbar zu machen, ist die CDU oft dem Verdacht ausgesetzt worden, eine neue synkretistische Religion begründen zu wollen, die zwischen Christentum und Marxismus stehe. Zum Beweis wird dann gelegentlich der Vergleich mit den „Deutschen Christen" der Hitlerzeit angestellt, die in der Tat eine neue deutsch-nationale Kirche begründen wollten. Gerade daraus aber ergibt sich, wie verfehlt diese sinngemäße Gleichsetzung ist. Die CDU gibt keiner Denomination den Vorzug, sie beschränkt sich auf die Rolle des ehrlichen Maklers, der die Gesellschaft für die bewußten christlichen Bürger und diese für die Belange der Gesellschaft aufschließen möchte. Höhepunkte dieser Bestrebungen waren die für die Entwicklung des kirchenpolitischen und sozialen Klimas wesentlichen Begegnungen und Diskussionen zwischen angesehenen Repräsentanten der christlichen Öffentlichkeit der DDR und Walter Ulbricht. Einmal, am 9. Februar 1961, der inzwischen für viele Christen der DDR eine symbolische Bedeutung gewonnen hat, war es Emil Fuchs[3]), der ehrwürdige Nestor der deutschen Theologen, der das Gespräch führte und mit dem Repräsentanten des sozialistischen Staates zu dem Ergebnis kam, daß Christen und Marxisten in der Anerkennung der humanitären Verpflichtung des Menschen übereinstimmen. Am 18. August 1964 war es der lutherische Landesbischof von Thüringen, Moritz Mitzenheim, der in dem bekanntgewordenen Wartburg-Gespräch[4]) mit Walter Ulbricht die Verpflichtung aller Christen zur Teilnahme an den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens bekräftigte. Beide Begegnungen sind offenbar deshalb so prinzipiell bedeutsam geworden, weil keinerlei Anspruch auf ideologische oder politische Kapitulation erhoben, sondern „nur" der gemeinsam beschreitbare Weg gleicher politisch-moralischer Verpflichtungen gesucht und gefunden wurde.

Es ist bemerkenswert, daß solches gegenseitiges Ernstnehmen und Rücksichtnehmen so gar nicht in das Bild einer rüden Weltrevolution paßt, das uns mit bedrohlichen Aspekten in früheren Jahren vor Augen gestellt wurde. Danach erscheint es tatsächlich nicht mehr als wesentlich, ob eine Partei mit 50 oder mit 120 Abgeordneten im Parlamentsplenum vertreten ist: wenn jedes Argument gehört und gewogen wird, ist es nicht so wichtig, von wie vielen es wiederholt wird. Natürlich stellt sich angesichts des kollegialen Parteiensystems der DDR die Frage, ob nicht doch die führende SED die anderen Parteien nur als ihre „Transmissionshebel" benutze, ob nicht der erreichte Gleichklang nur der Ausdruck der vollzogenen Gleichschaltung sei. Hier ist es vielleicht wichtig, vom parteipolitischen Selbstverständnis der Marxisten auszugehen: Personen und Gruppen in politischen Positionen gelten nur als Ausdruck objektiver sozialer Strukturverhältnisse. Gewiß könnte da oder dort mit Einsatz von Machtmitteln eine im Eigeninteresse liegende Positionsverbesserung erzielt werden, aber nur um den Preis anderweitiger Positionsminderungen, wenn die Verbesserung nicht wirklich objektiv „fällig" war. Schließlich gilt stets das Gesetz der sozialen und politischen Rückwirkung: die Transmission funktioniert in beiden Richtungen. Selbst wenn also einzelne Personen „die Entwicklung in der Hand" zu haben glauben, so

[3]) Prof. Fuchs (geb. 1874) hat im Zusammenwirken mit CDU-Generalsekretär Gerald Götting auch wesentliche Impulse zur positiven Regelung des Ersatzdienstes für Militärdienstverweigerer in der DDR gegeben.

[4]) Die Genehmigung der Reisen von DDR-Rentnern in die Bundesrepublik ist auf dieses Gespräch zurückzuführen.

müssen sie bei diesem Geschäft doch stets auf deren objektive Bedingungen achtgeben. Unter den bestehenden Verhältnissen ist darum eine Veränderung des Mehrparteiensystems der DDR mit seiner Verteilung der Regierungsverantwortung auf die Schultern aller fünf Parteien nicht zu erwarten, im Gegenteil: die einzelnen Parteien betonen sogar ihre zunehmende Profilierung. Die CDU könnte streng genommen sogar erst dann „überflüssig" werden, wenn die Marxisten ihrem Atheismus abgeschworen hätten; andernfalls bestünde ja die Gefahr des Synkretismus, den niemand will.

So kann vielleicht das Urteil gewagt werden, daß die objektiven Wirkungen der beiden „bürgerlichen" DDR-Parteien infolge ihrer Mitwirkung im Parteiensystem und auf Grund ihres an 1945 orientierten politischen Bewußtseins, das die von historischem Rankenwerk getrennten Ur-Traditionen von Christentum und Liberalismus wieder voll aufnimmt, viel umfangreicher sind, als es ihrer eigenen Einschätzung entspricht. Mindestens solange ihnen unsere Landsleute christlicher und liberaler Denkart in der DDR anvertraut sind, sollten wir ihre Arbeit an neuen Modellen gesellschaftlichen Lebens mit engagiertem Interesse begleiten. Wir sollten uns freuen, wenn es den einzelnen Bürgern je und je gelingt, gute Christen und gute Liberale in ihrem sozialistischen Gemeinwesen zu sein. Es ist nicht die Frage an uns im Westen gestellt, ob wir diese unter besonderen Bedingungen entstandenen Modelle sozialer Strukturierung und Praxis übernehmen sollen; es kommt nur darauf an, menschliches und sachliches Verständnis zu gewinnen und zu erhalten. D i e s e Lehre sollten wir aus den Betrachtungen zu den Gründungsjubiläen von CDU und LDP ziehen.

Zwei deutsche Literaturen — in schwedischer Sicht

Ein Interview mit dem schwedischen Literaturkritiker Thomas von Vegesack

Thomas von Vegesack gilt als der bestinformierte schwedische Kritiker der deutschen Gegenwartsliteratur. Bei häufigen Besuchen hält er auch persönlichen Kontakt mit deutschen Autoren und Kritikern. Er ist Redakteur des Literaturblattes von „Stockholms Tidningen". Bei seinem letzten Deutschlandbesuch unterhielten wir uns in Köln mit dem schwedischen Kritiker über den Eindruck, den die deutsche Gegenwartsliteratur auf einen neutralen Beobachter macht. D. Red.

F r a g e : Welchen Einfluß hat die deutsche Literatur heute in Schweden?

A n t w o r t : Deutsch ist ein weiter Begriff für uns. Durch die engen literarischen Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland im 19. Jahrhundert ist die klassische deutsche Literatur bei uns eingebürgert worden fast wie die heimische. Das reicht von Goethe bis Gerhart Hauptmann. Und auch nach dem Ersten Weltkrieg blieben die Verbindungen eng, bis 1933. Unsere schwedischen Autoren gelangten über deutsche Verlage zu Weltresonanz, und umgekehrt wurde bevorzugt deutsche Literatur in Schweden gelesen. Das war ein Geben und Nehmen. Danach wurde Schweden dann Asyl für einige deutsche Emigranten, und es entstand bei uns ein Teil der Exilliteratur oder wurde bei uns verlegt. Denken Sie etwa an die Stockholmer Ausgabe der Werke von Thomas Mann. Nach dem Zweiten Weltkrieg und eigentlich schon im Kriege kam eine stärkere Annäherung der schwedischen Literatur an England und Frankreich. Gegenüber der deut-

schen Nachkriegsliteratur war man bei uns zunächst sehr skeptisch. In unserer literarischen Öffentlichkeit hatte sich bewußtseinsmäßig eingraviert, daß die deutsche Literatur durch die Hitlerzeit gespalten wurde. Auf der einen Seite die Literatur der Emigranten, auf der anderen Seite die Literatur der in Deutschland verbliebenen Schriftsteller, soweit sie unter dem NS-Regime veröffentlichen durften, und das setzte entweder eine Anpassung oder den Verzicht auf eine Äußerung zur Gesellschaft voraus. Vielleicht aus dieser Perspektive haben wir in Schweden schneller als anderswo erkannt, daß die Spaltung der deutschen Literatur fortwirkte. Schriftsteller wie Nelly Sachs und Peter Weiss beispielsweise, die vor der hitlerschen Rassenverfolgung nach Schweden geflüchtet waren, kehrten nicht nach Deutschland zurück. Thomas Mann behielt zunächst seinen Wohnsitz in den USA, und als er dann mit dem McCarthy-Clan Schwierigkeiten bekam, siedelte er in die Schweiz über. Nur die linksstehenden Schriftsteller kehrten in der Regel heim, aber sie gingen nach Ostberlin und nicht nach Westdeutschland. So bekamen wir in Schweden den Eindruck schon recht bald, daß die uns namentlich und qualitätsmäßig vertraute deutsche Literatur aus der Vor-Hitler-Zeit, mit Namen wie Bert Brecht, Arnold Zweig, Anna Seghers, Ludwig Renn usw. in Ostdeutschland, der späteren DDR, Anknüpfungspunkte fand und ihre Fortsetzung erfuhr oder im Exil verblieb. Was sich aber in Westdeutschland, der späteren Bundesrepublik, entwickeln mochte, dem sahen wir, offen gesagt, eher skeptisch entgegen. Jedenfalls sprach man bei uns schon bald von zwei bzw. drei deutschen Literaturen, und die neue westdeutsche Literatur, das war für uns recht eigentlich terra incognita.

F r a g e : Was ergab sich aus dieser Skepsis gegenüber der westdeutschen Literatur?

A n t w o r t : Daraus ergab sich, daß die literarische Öffentlichkeit in Schweden zunächst ziemlich gleichgültig blieb gegenüber dieser Literatur. Sie wurde bis weit in die fünfziger Jahre hinein praktisch kaum zur Kenntnis genommen, kaum übersetzt. Es herrschte bei uns die Ansicht, die westdeutsche Literatur gefalle sich vor allem in formalen Kunststücken und weiche einer gesellschaftskritischen Bestandsaufnahme aus. Das war ein einseitiges Urteil. Aber es lastete einfach ein Trauma auf dieser Beziehung. Unsere Intelligenz setzte sich literarisch, wie in ganz Europa, in dieser Zeit, was deutsche Literatur betraf, vorzugsweise mit dem Werk von Bert Brecht auseinander oder auch mit Romanen wie „Das siebte Kreuz" von Anna Seghers. Oder mit Thomas Manns Spätwerken, etwa den „Bekenntnissen des Hochstaplers Felix Krull". Heinrich Böll, anderswo ein Eisbrecher für die deutsche Nachkriegsliteratur aus der Bundesrepublik, wirkte auf schwedische Leser in seiner Motivation vielfach zu konfessionell, zu katholisch. Bei uns spielen derartige Reflexionen im literarischen Bewußtsein kaum eine Rolle. Und das erschwerte den Zugang. Immer den latenten Widerstand vorausgesetzt, daß man sich nicht gern mit westdeutscher Literatur beschäftigen mochte. Ein typisches Beispiel ist auch das Schicksal der schwedischen Übersetzung der „Blechtrommel" von Günter Grass. Es handelt sich bei Grass doch gewiß um einen temperamentvollen Erzähler mit starkem realistischen Einschlag, bei aller Satire und Parodie. Aber bei uns hatte sich nun einmal das Vorurteil eingefressen, junge westdeutsche Erzähler seien Sprachformalisten. Und so wurde Grass auf eine derart komplizierte Art ins Schwedische übertragen, daß jeder meinte, hier handele es sich um eine besonders verzwickte teutonische Spielart des „nouveau roman". Man hielt das Buch deshalb bei uns weithin für unlesbar. Es kam folglich in Schweden nicht über die erste Auflage hinweg. Jetzt allerdings soll es neu übersetzt werden. Aber seit einem Jahr ist das Verhältnis zur westdeutschen Literatur wesentlich gewandelt.

Frage: Trug dazu der Betriebsausflug der Gruppe 47 nach Sigtuna in Schweden bei?

Antwort: Ja, das war der Wendepunkt. Der Germanist der Universität Stockholm, Prof. Gustav Korlen, lud die Gruppe 47 nach Sigtuna ein, und die Gruppe beschloß, dort ihre Herbsttagung 1964 abzuhalten. Darüber war man in der Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm entsetzt. Der Botschafter, ein literaturfremder Mann, hatte nur gehört, daß die Gruppe 47 mit der Bonner Regierungspartei, der CDU, in einem recht gespannten Verhältnis lebt und von der Bonner Regierung als Sammelpunkt der heimatlosen Linken eingestuft wird. Nun argwöhnte man in der Botschaft, diese Einladung sei eine Aktion linksgerichteter Kräfte, um der Opposition in Westdeutschland den Rücken zu steifen. Jedenfalls kam niemand von der Botschaft zur Begrüßung der westdeutschen Schriftsteller Böll, Grass, Johnson, Hans Werner Richter, Andersch usw. nach Sigtuna. Und womöglich ist dadurch die Begegnung zwischen schwedischen und deutschen Schriftstellern menschlich um so herzlicher ausgefallen.

Frage: Es fehlte also der persönliche Kontakt zwischen der literarischen Öffentlichkeit in Schweden und den jüngeren nonkonformistischen Schriftstellern aus Westdeutschland. Und daß er dann auf so persönliche und alles andere als offizielle Weise hergestellt wurde, zudem auf schwedische Initiative, trug wesentlich zum Abbau von Vorurteilen bei?

Antwort: Es spielte natürlich der Zeitpunkt auch eine Rolle. Die westdeutsche Literatur ist in den sechziger Jahren konkreter geworden. Sie hat den kritischen Realismus neu entdeckt. Das kam unserer Auffassung entgegen. Sie schickt sich jetzt sogar an, vor allem in der sehr interessanten „Dortmunder Gruppe 61", die Probleme der Arbeitswelt in Westdeutschland aus der heutigen Sicht aufzuzeichnen. Und das interessiert in Schweden natürlich ungemein. Gerade habe ich darüber in „Stockholms Tidningen" einen längeren Beitrag geschrieben und sehr viele Anfragen darauf bekommen. Wir sehen mit Spannung dem Besuch des Kumpelautors aus dem Ruhrgebiet, Max von der Grün, im Herbst in Stockholm entgegen.

Frage: Wie haben sich in den fünfziger Jahren die Beziehungen zu der anderen deutschen Literatur, der Literatur der DDR, entwickelt?

Antwort: Das war unproblematischer für uns, weil die Kontinuität eben mit den Namen der weltberühmten antifaschistischen Schriftsteller gegeben war. Und stilistisch war für uns auch eine Tradition, die des kritisch-analytischen Romans, als Anhaltspunkt gegeben, oder die Tradition des gesellschaftskritischen Dramas und Lehrstücks. Die Schriftsteller von drüben, die unterhalb dieses Niveaus blieben, erreichten uns in Schweden nicht. Dagegen sind wir aufmerksam geworden auf Bücher wie „Geteilter Himmel" von Christa Wolf und „Geschichte eines Sommers" von Karl Heinz Jacobs, auf die satirische Prosa von Manfred Bieler und die Romane von Erwin Strittmatter aus der neuen dörflichen Atmosphäre und ihren Konflikten. Einige dieser Bücher werden demnächst auch bei uns erscheinen. In den Literaturzeitschriften und in den großen Zeitungen Schwedens sind sie besprochen worden, und da bei uns manche Intellektuelle deutsche Bücher in der Originalsprache lesen können, sind sie auch in diesen Kreisen sorgfältig studiert worden. Wir finden, daß die junge Generation in der DDR ein kritisch-differenziertes Bild der Probleme ihres Landes gibt, bei allem spürbaren Engagement für den ostdeutschen Staat. Und eben das erwarten wir von einer realistischen Literatur unserer Zeit, daß sie auch kritische humanistische Akzente setzt, in welcher Himmelsrichtung immer.

Keine Hallsteindoktrin der Literatur

Frage: Obwohl der kritische Realismus, Ihrer Ansicht nach, in beiden deutschen Literaturen in der jüngeren Generation die Begabungen, die literarisch interessant sind, auf seiner Seite hat, sind es doch und bleiben es vorerst zwei deutsche Literaturen?

Antwort: Ganz entschieden. Das wird durch diese zwei sehr verschiedenen Umweltverhältnisse, die nahezu konträren Gesellschaftsformen in West- und Ostdeutschland bedingt. Wenn beispielsweise Max von der Grün — um ein formal sehr angenähertes Beispiel zu wählen — die Situation im westdeutschen Bergbau beschreibt, dann stellt er damit, bis in das Familienleben, ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse dar, als wenn Erik Neutsch in „Spur der Steine" darstellt, wie in der DDR Bauarbeiter schaffen. Das sind zwei Wirklichkeiten, die zwei verschiedene Literaturen hervorbringen, mit unterschiedlichen Hoffnungen und Ängsten. Wer das nicht wahrhaben will, der geht von Wunschträumen oder politischen Glaubenssätzen aus. Es gibt aber keine anwendbare Hallsteindoktrin für die Literatur. Überall stehen Literatur und Gesellschaft in einem Wechselverhältnis zueinander. Eine anders strukturierte Gesellschaft bringt eine andere Literatur hervor.

Frage: Aber es gibt doch das Verbindende, über Gesellschaftsformen hinweg, das, was wir die humanistische Literatur nennen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie hier auch mehr die sich aus der gesellschaftlichen Situation ergebende Thematik unterschieden wissen, nicht die humanistischen Impulse?

Antwort: Da sind wir an einem Punkt, wo die Definition in Deutschland heute schwierig wird. Bleiben wir in der Bundesrepublik: Einesteils sagen sogenannte offizielle Kritiker aus Bonn etwa unserem Germanistikprofessor Korlen in Stockholm, er tue nicht gut daran, von zwei deutschen Literaturen zu sprechen, weil er damit der These von der Eigenstaatlichkeit der DDR literarischen Vorschub leiste. Und Prof. Korlen fragt verwundert zurück, ob er sich denn an das offizielle bundesdeutsche Blindekuhspiel halten muß, wonach die DDR nicht existiert, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Andererseits wiederum nimmt man es uns übel, wenn wir beispielsweise für den bei uns in Schweden lebenden, aus Hitlerdeutschland emigrierten Autor Peter Weiss eintreten, weil er beim internationalen Schriftstellertreffen in Weimar, wo Schriftsteller aus 52 Nationen gegen Krieg und Faschismus demonstrierten, den Begriff der humanistischen Literatur für deutsche Schriftsteller in aller Welt als verbindlich und als Aufforderung zum Widerstand gegen Krieg und Faschismus definierte. Das denunziert man dann als Unterstützung des Kommunismus und erfolgte kommunistische Gleichschaltung eines Autors wie Peter Weiss, der, so lange ich ihn kenne, immer ein Nonkonformist und ein Humanist und selbstverständlich ein Antifaschist war und ist. Ich kann aus diesen beiden Tabus nur den Schluß ziehen: Es gibt Kreise, recht offizielle Kreise in Westdeutschland, die gleichen, die für die Notstandsgesetze sind, die wollen einerseits, daß als deutsche Literatur nur die westdeutsche Literatur zu gelten hat. Und andererseits, daß jeder moralisch verurteilt wird, der sich — und wenn er seit der Hitlerverfolgung seiner Rasse in Schweden lebt — in Ostberlin zu Humanismus und Frieden bekennt und beklagt, daß andere westdeutsche Schriftsteller das nicht tun. Und wenn das zu einem Zeitpunkt geschieht, in dem man Notstandsgesetze zur Abschaffung demokratischer Freiheiten in Westdeutschland beschließen will und nur die westdeutschen Gewerkschaften das noch verhindern, dann muß ich sagen, es geht mir schwer ein, daß dieser Teil

Deutschlands der Hüter der geistigen und kulturellen Freiheit sein will. Ganz abgesehen von den Wahlkampfparolen, mit denen die CDU das demokratische Schweden verunglimpft oder in einer Aktion „saubere Leinwand" gegen die Kunstwerke von Ingmar Bergmann im Stil alter Einsätze gegen „entartete Kunst" wütet.

Frage: Sie haben einige der für einen ausländischen, zumal für einen schwedischen Beobachter schwer verständlichen Sprachregelungen der offiziellen Kreise in Bonn genannt in Verbindung mit den Verdächtigungen, denen Peter Weiss, Ihr Freund, hier zu einem Zeitpunkt ausgesetzt ist, da er gerade an einem Auschwitzstück „Das Lager" arbeitet, das in der nächsten Spielzeit auch auf westdeutschen Bühnen aufgeführt wird. Ermutigt Sie nicht andererseits in Ihren humanistischen Hoffnungen, daß repräsentative Schriftsteller, repräsentativ durch ihre literarische Leistung, diese Sprache der Herrschaft, wie Hans Magnus Enzensberger das genannt hat, entschieden ablehnen?

Antwort: Mich beeindruckt es durchaus, wenn deutsche Schriftsteller und Professoren gegen die Notstandsgesetze, gegen die Verjährungsfrist für NS-Verbrechen oder — wie Rolf Hochhuth — gegen die Diffamierung der Gewerkschaften protestieren. Aber ich sehe auch mit Sorge die wachsenden Widerstände, denen sie sich gegenübersehen. Immer kleiner wird die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften, in denen sie sich frei äußern können, und ich bekomme geradezu Respekt vor einer Illustrierten wie dem „Stern", weil dort noch ein Publizist wie Sebastian Haffner seine Meinung sagen darf. Daß in der Literatur in Westdeutschland heute an die Tradition der antifaschistischen Widerstandsbewegung angeknüpft wird, auch an ihren kritischen Realismus, ist natürlich literarisch sehr begrüßenswert. Aber die politischen Notwendigkeiten, aus denen es geschieht, halte ich doch für beklemmend.

Oppositionelle Literatur

Frage: Sehen Sie nun nach der Erneuerung der Bekanntschaft zwischen schwedischen und westdeutschen Schriftstellern, oder vielmehr nach der Herstellung der Bekanntschaft zwischen schwedischen und westdeutschen Schriftstellern einer neuen, jüngeren Generation, zu der Sie ja auch zählen, eine Möglichkeit, diese Kontakte zu vertiefen?

Antwort: Vielleicht kann man sich gegenseitig ergänzen? Das war doch das Phänomen der Begegnung von Sigtuna, daß wir erkannten, wir brauchen uns auf eine neue Weise. Es ist für die Literatur in der Bundesrepublik, die in ihrer literarischen Substanz eine oppositionelle Literatur ist, wahrscheinlich recht wertvoll, wenn sie stärker mit der Literatur der dritten Welt in Berührung kommt. Wir Schweden sind, anders als beispielsweise die Schweizer, nicht passiv, sondern aktiv neutral. Das heißt, neutral im West-Ost-Spannungsfeld, aber nicht neutral, wo es um eine aktive Beteiligung zur Sicherung von Frieden und Humanität geht. Das haben wir nicht zuletzt im Rahmen der Vereinten Nationen bewiesen, und ich brauche hier nur an Graf Folke Bernadotte und an Dag Hammerskjöld zu erinnern, die im Sinne dieser aktiven Neutralität ihr Leben ließen. Indessen leben deutsche Dichter wie Nelly Sachs und Peter Weiss immer noch in Schweden. Über sie fände die zeitgenössische humanistische westdeutsche Literatur einen Zugang zu unserer Literatur und zur Literatur der dritten Welt insgesamt. Es gibt namhafte Verleger in der Bundesrepublik, die solchem Denken aufgeschlossen sind. Es müßte und könnte mit ihrer Hilfe in den Kreisen der deutschen Intelligenz auch ein Trauma gebrochen werden, das ebensoviel Distanz gegenüber schwedi-

scher Literatur auslöste, wie es andererseits schwedische Distanz gegenüber der fortschrittlichen Literatur der Bundesrepublik gab. Ich meine die assoziative Gleichsetzung gewisser skandinavischer Literatur mit dem Begrff der nordischen Rasse, die aus der Hitlerzeit stammt und eine pauschale Abwehr gegen alle skandinavische Literatur noch bei manchen progressiven Intellektuellen in der Bundesrepublik bewirkt.

F r a g e : Nicht in der DDR?

A n t w o r t : Nicht in dem Maße, aus einem leicht erklärlichen Grund. In der DDR wußte man, daß dort keine Literatur erscheint, die in diesem Sinne „nordisch" ist, und man wußte, was dort aus Skandinavien, damit auch aus Schweden, in deutschen Übersetzungen verlegt wird, hat meist einen progressiven Bezug zur Arbeiterbewegung. In Westdeutschland denkt man, wie ich immer wieder bei meinen Reisen feststellte, zunächst einmal an Blut- und Boden-Literatur, die es bei uns allerdings auch gegeben hat, aber heute kaum noch gibt. Das Denken projiziert in diesem Fall die eigenen Ängste und Befürchtungen. Es projiziert unbewältigte Vergangenheit, um dieses nicht gute deutsche Wort hier einmal anzuwenden. Aber zum Beispiel Rowohlt, Suhrkamp, S. Fischer und andere Verlage könnten dieses Bild doch recht bald korrigieren. Die wachsende weltliterarische Resonanz von Peter Weiss wird ohnehin das ihre dazutun. Und so kann an Stelle des überholten Traumas eine neue schwedisch-deutsche Kommunikation sich vollziehen.

F r a g e : Wie sehen Sie in dem Zusammenhang das Verhältnis von Experiment und Realismus in einer heutigen gesellschaftskritischen Literatur, und welche Anknüpfungspunkte finden Sie dafür in den beiden deutschen Literaturen? Oder in den drei deutschen Literaturen, wenn Sie die Exilliteratur gesondert zählen?

A n t w o r t : Natürlich kann eine Literatur, die sich der Erforschung der Wirklichkeit verschrieben hat, um ein Wort von Ferdinand Bruckner zu gebrauchen, nicht stehenbleiben bei Gesetzmäßigkeiten, die für vergangene, selbst für jüngst vergangene Epochen treffend waren. Das ist auch in sehr starkem Maße eine Generationenfrage. Sie erleben es jetzt, daß in der Bundesrepublik eine junge Generation von Zwanzig- bis Dreißigjährigen den Realismus als Ausdrucksform neu entdeckt und all den mehr oder minder akademischen philologischen Stilübungen der fünfziger Jahre abschwört. Und Sie sehen in der DDR, wie eine junge Generation erfolgreich gegen Klischees eines mißverstandenen Realismus der fünfziger Jahre (eines offiziellen Realismus, nicht des Realismus von Brecht, Seghers und Zweig), revoltiert und den schematischen „positiven Helden", das schematisch aufbauende „happy end" und dergleichen unliterarische Normen abschafft, vielmehr gar nicht erst akzeptiert hat, weil sich mit solchen Strickmustern die Wirklichkeit, dieser nie abgeschlossene und nie von Irrtum und Tragik verschonte Prozeß nicht einfangen läßt. In beiden deutschen Literaturen bricht also ein differenzierter Realismusbegriff sich Bahn. Die jungen Talente lassen sich auf einen Realismus ein, der das Experiment der neuartigen Aussage neuartiger gesellschaftlicher Wirklichkeit einschließt. Das visionäre Element schließlich, das in der deutschen Exilliteratur immer lebendig blieb als eine Frucht bitterster Leidenserfahrung, gewinnt, etwa bei Peter Weiss, eine neue Bezogenheit auf die Gegenwart, über die allgemeine Klage hinausweisend zur konkreten Zukunftsverheißung. In diesem Zusammenhang ist es schon interessant, den Weg seines „Marat"-Dramas über deutsche Bühnen von Berlin bis Rostock zu verfolgen.

Zweite Aufklärung

Frage: Hans Magnus Enzensberger hat davon gesprochen, man müsse eine Revision des Denkens mittels der Literatur heute in der Bundesrepublik vollziehen. Er sprach nicht von einem neuen Realismus, den er im übrigen in dem experimentellen Zusammenhang, in dem Sie ihn skizziert haben, durchaus begrüßt. Er sprach von der Durchsetzung der zweiten Aufklärung. Würden Sie auch in einer aktualitätsbezogenen aufklärerischen Geisteshaltung den Sinn neuer kritischer Hinwendung der Literatur zum Realismus sehen?

Antwort: Die Verbindung der Begriffe „zweite Aufklärung" und „Revision" erscheint mir gerade für die Literatur der Bundesrepublik explosiv. Man hat mit Schlagworten wie „Abendland" und „Verteidigung der christlichen Kultur" einem neuen Irrationalismus den Weg zu bereiten versucht. Nichts gegen das bekennende Christsein auch im Atomzeitalter, wie es etwa in der Nazizeit und heute Pastor Niemöller verkörpert. Aber gerade diese Christen lehnen es ab, aus ihrem Glauben eine Ideologie zur Zementierung eines industriellen Neufeudalismus zu machen. Und sie wollen als Christen nicht leitbildhaft an die Herr-Knecht-Ordnung des Mittelalters, des christlichen Abendlands, erinnert werden. Wenn die zweite Aufklärung die Mündigkeit des unbequemen Demokraten fördert, die nicht hinter dem Betriebstor aufhören darf, wenn sie das Verhältnis von Technik, Zivilisation und politischer Gleichheit aller Staatsbürger zum Programm einer neuen progressiven Literatur macht, dann sehe ich darin eine konsequente Revision. Ausgangspunkt könnte etwa der „Galilei" von Brecht sein.

Frage: Sie haben von der wichtigen Rolle der Gruppe 47 bei der Neubesinnung der westdeutschen Literatur gesprochen. Sie haben auch die Dortmunder Gruppe 61 erwähnt, deren Ziel die Auseinandersetzung mit der industriellen Arbeitswelt ist. Sehen Sie eine eigenständige Aufgabe dieser Gruppe innerhalb der westdeutschen Literatur, oder ist sie nach Ihrem Urteil mehr ein spezielles Anhängsel der Gruppe 47 im Rahmen der zweiten Aufklärung?

Antwort: Soweit ich die Gruppe und ihre herausragenden Repräsentanten, den Schriftsteller Christian Geissler aus Hamburg und den Exkumpel und Autor Max von der Grün aus dem Ruhrgebiet, kennengelernt habe, möchte ich meinen, und das habe ich auch in „Stockholms Tidningen" sinngemäß zum Ausdruck gebracht: Die Dortmunder Gruppe ist kein Anhängsel, aber eine Ergänzung zur Gruppe 47. Die Dortmunder streben danach, ein Sammelbecken für alle schriftstellerischen Bemühungen zu sein, von welcher Richtung der Literatur auch immer, die sich kritisch mit der Welt der Industrie beschäftigen. Die Gruppe 47 muß offen sein und bleiben für jede gesellschaftskritische Perspektive, gerade wenn sie sich der zweiten Aufklärung, der Revision des abendländischen Irrationalismus in deutschen Gemütern, widmet. Die Dortmunder Gruppe 61 aber kommt zu ihren Tagungen zusammen (und ihre Autoren gehören verschiedensten literarischen Clubs, vom Pen-Club bis zur Gruppe 47, an), um zu diskutieren, was es an Fortschritten in der Darstellung der Arbeitswelt, dieses Stücks entscheidender gesellschaftlicher Wirklichkeit, gibt. Deshalb begrüße ich es, daß auch Autoren aus der DDR an dieser Diskussion teilnehmen. Es sollten auch schwedische Autoren hinzukommen. Das wird sich vielleicht durch Max von der Grüns Besuch in Stockholm ergeben. Unsere gesellschaftlichen Systeme sind zwar verschieden, aber was uns alle bewegt, ist, das größte Maß an Aufklärung in den Arbeitsvorgang und in die Struktur der Arbeitswelt aller Systeme hineinzutragen und dabei kritisch zu vergleichen, was wir voneinander lernen können. Insofern, wenn es erlaubt ist, gibt es eben doch in mancher konkreten Hinsicht eine Solidarität der humanistischen Literatur.

Prof. Dr. Erich Lange

Wider die Mensur

Das Wiederaufleben der Mensur und die humanitären Bedenken

Wenn ein akademisch Gebildeter in den menschlichen Gemeinschaften verantwortlich tätig sein will, muß er außer gründlichem Fachwissen und ausreichendem Allgemeinwissen auch einen sittlich gereiften Charakter haben. Eine solche Bildung, eine Erziehung zu einem verantwortungsbewußten Staatsbürger, streben manche studentischen Vereinigungen auf verschiedenen Wegen an. So sehr derartige Bestrebungen zu befürworten sind, so eindeutig wird von vielen Personen das Wiederaufleben der Mensur, die schon in früheren Jahrzehnten heftig umstrittene Erziehungsgrundlage der schlagenden Verbindungen, abgelehnt.

Die Mensur ist aus dem Duell hervorgegangen, der in den früheren Zeiten des Faustrechts üblichen Art der Selbstverteidigung. Im heutigen Rechtsstaat hat die staatliche Gewalt Schutz und Vergeltung übernommen. Ein Duell gilt heute als unsittlich; als Rechtsanmaßung wird es praktisch in allen zivilisierten Ländern strafrechtlich verfolgt. Auch die schlagenden Verbindungen haben in der Nachkriegszeit offiziell anerkannt, daß das Duell nicht mehr zulässig ist, auch nicht „zur Wiederherstellung verletzter Ehre".

Die Mensur ist in den Zeiten des Duells als eine Art Vorbereitung für den Ernstfall entstanden. Obgleich heute bei der Mensur Vorkehrungen zur Verminderung der Gefahren getroffen werden, hat sie nach Ansicht vieler Personen ihren Sinn verloren. Sie erweckt bei manchen Bürgern Mißtrauen, schon weil man den latenten Zusammenhang mit dem Duell und seinen Vorrechten aus der Zeit des Faustrechts herausfühlt. Insbesondere haben ältere Hochschulprofessoren, die die Verhältnisse in den letzten 50 Jahren hinreichend kennen, vor dem Wiederaufleben der Mensur gewarnt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man den Professoren vorgeworfen, sie hätten im Hitlerreich zu sehr geschwiegen. Dies wollen sich eine Reihe von Professoren nicht ein zweites Mal vorwerfen lassen und daher ihre Bedenken gegen die Mensur offen bekunden.

Heute könnte man — erstmalig in der Geschichte — die Menschheit durch Atom- und Wasserstoff-Bomben vernichten. Deshalb bemühen sich die besten Köpfe und Instanzen der Weltpolitik, kriegerische Auseinandersetzungen durch Stärkung friedfertiger Gesinnung und humanitärer Tendenzen zu verhindern. Daher ist es vielen unverständlich, daß im Nachkriegsdeutschland, besonders nach alledem, was in seiner jüngsten Geschichte unter Mißbrauch des deutschen Namens geschehen ist, eine kleine Minderheit an der Mensur festhält. Denn zu dieser gehört die Schulung, einem Mitmenschen mit scharfen Klingen auf den Kopf und ins Gesicht zu schlagen, und dann noch alle begegnenden Mitmenschen mit den von den blutigen Verletzungen herrührenden „Schmissen" über diese Schulung aufzuklären.

Mehr als je zuvor müssen gerade verantwortungsbewußte Personen die Anforderungen einer humanen Gesinnung, echter Menschenwürde, erfüllen, auch im Sinne von Albert Schweitzers Hoffnungen auf eine ethische Renaissance. Niemand darf seinen Mitmenschen vorsätzlich verletzen oder in eine vorsätzliche Verletzung des eigenen Körpers einwilligen — es sei denn in Notwehr des Einzelnen oder der Gemeinschaft, oder bei einer heilenden Operation. Aus solchen humanitären, aber auch aus politischen, sozialen, moralischen und religiösen Gründen halten viele die Mensur, insbesondere im Nachkriegsdeutschland, für untragbar.

Argumente für und gegen die Mensur

Welche Gründe werden für die Mensur vorgebracht, und was haben die Mensurgegner dazu zu sagen? Eines der wichtigsten Argumente lautet, die Mensur sei eine Mutprobe. Nun ist persönlicher Mut, Unerschrockenheit, gewiß eine hervorragende Charaktereigenschaft, eine Kardinaltugend. Denn sie hilft, die nicht selten schwierigen Situationen im Leben zu meistern. Aber dazu bedarf es nicht der sittlich zu beanstandenden Mensurerziehung. Ein „guter Zweck" heiligt nie ein „böses Mittel" (Ermecke). Über die wertvolle Zivilcourage hat J. F. Kennedy ein empfehlenswertes Buch geschrieben; er hat auch selbst in seinen Taten großen Mut bewiesen, bis zu seinem Tod. Aber Kennedy hat keine Mensur geschlagen. Leider sagt man gerade den Deutschen nach, sie hätten weniger Zivilcourage als andere Völker. Im Rundfunk hat sogar einmal ein deutscher Universitätsprofessor gemeint, die Mensur werde zur Überwindung vorhandener Minderwertigkeitskomplexe angewandt. Auf einer internationalen Tagung hat einmal, nach einem Fachvortrag eines Nobelpreisträgers, ein junger englischer Student sich vor dem großen Forum an den berühmten Gelehrten gewandt und ungeniert um eine Aufklärung gebeten. Das hätte kaum ein deutscher Student gewagt. Zu solcher Zivilcourage wird der in der ganzen Welt angesehene englische Gentleman im College erzogen. Aber kein englischer Gentleman schlägt eine Mensur.

Als Zweckäußerung hat man einmal von einer „Sportmensur" gesprochen. Aber dazu heißt es in einer deutschen Corpszeitung: „Es gibt kein traurigeres Argument als das vom sportlichen Charakter des Schlägerfechtens." Ferner: „Die aus guten Gründen einmal gewählte Bezeichnung ‚Sportmensur' sollte baldigst wieder abgeschafft werden." Der Deutsche Sportbund hat die Mensur nicht als Sport anerkannt. Im übrigen ist es für die sittlichen Bedenken gegen die Mensur gleichgültig, ob man sie als Sport auffaßt oder nicht. Zur Pflege des sportlichen Mutes gibt es Sportarten, die keinen Anstoß erregen. Noch harmlos ist, aber etwas Entschlossenheit fordert das elegante Turmspringen im Schwimmbecken, vom 3-, 5- oder 10-Meterbrett. Schon etwas Mut erfordert das Ski-Springen, mindestens auf großen Schanzen, ferner das Segelfliegen, das Fallschirmspringen, sicherlich manche Felskletterei. Natürlich erstrecken sich die grundsätzlichen Bedenken nicht auf das wirkliche Sportfechten, bei dem jede Verletzungsmöglichkeit fehlt. Auch der an sich richtige Hinweis, daß die Gefahren beim Boxen größer sind als bei den heute meist üblichen Formen der Mensur, entkräftet nicht die Bedenken gegen letztere.

Von den Mensuranhängern wird auch argumentiert, die Mensur erziehe zum soldatischen Mut. Gewiß ist der Mut des Soldaten, solange man in der Weltpolitik Soldaten benötigt, als Tugend zu bejahen. Aber dazu bedarf es keiner Mensur. In der ganzen Kriegsgeschichte hat es Millionen von Soldaten gegeben, die ohne Mensurschulung hervorragende Beispiele von Tapferkeit gezeigt haben. Für die Idee des Vaterlandes zogen 1914 nicht nur Mensuranhänger als Freiwillige ins Feld, um bis zum letzten Atemzug ihre Pflicht zu erfüllen. Im übrigen gelten die anzuerkennenden Tugenden des Mutes, der Zivilcourage, nur innerhalb angemessener Grenzen, so wie auch bei vielen anderen Tugenden Übertreibungen zu vermeiden sind. Schon Schiller sagt: „Mut zeiget auch der Mameluck, Gehorsam ist des Christen Schmuck!" Manche halten z. B. die Besteigungsversuche der Eiger-Nordwand schon für Übermut, für unmoralische Tollkühnheit. Aber echter, moralischer Mut gehört dazu, wenn ein junger Mann gewissen versteckten oder offenen Vorwürfen wegen angeblicher Feigheit standhält und sich nicht an zweifelhaften Mutproben beteiligt.

Ferner gibt man an, die Mensur erziehe zur Härte, zur Standhaftigkeit. Einem

Paukand, der „muckt", kann es passieren, daß er „abgeführt" wird und eine neue Mensur schlagen muß. Nun sind „Haltung", „Standhaftigkeit", „Selbstbeherrschung" sicher erstrebenswerte Erziehungsziele. Aber dazu dürfen keine sittlich bedenklichen Mittel verwendet werden, weder Mensuren noch Liegestütze über aufgeklappten Taschenmessern.

Die Mensuranhänger pflegen eine Ehrauffassung, zu der früher auch der Zwang zum Duell, zur unbedingten Satisfaktion gehörte. Offiziell ist letzterer heute aufgegeben. Aber die unmittelbar nach 1945 gegebene Zusage, auch die Mensur käme nie mehr in Betracht, ist bald nicht mehr als bindend angesehen worden. Erst wenn diese Zusage unzweideutig öffentlich und unwiderruflich erfüllt ist, ist das gestörte Vertrauen wiederhergestellt. Statt dessen wurde in den ersten Zeiten des Mensurverbotes der Universitätsbehörde gegenüber ein „Motorradunfall" als Ursache einer unbezweifelbaren frischen Mensurnarbe vorgeschützt. Offensichtlich hängt das Ansehen eines Mensuranhängers in erster Linie davon ab, ob er ein tüchtiger Schläger ist. Von Mensuranhängern selbst stammt die Charakterisierung „fröhliche Rauferei" und „Raufklub unter der Tarnung pro patria". Von einer Mensur auf dem Paukboden unterscheidet sich eine Wirtshaus-Rauferei mit Körperverletzung u. a. dadurch, daß letztere nicht als die Erziehungsgrundlage einer „Elite" gepflegt wird und im allgemeinen von einem Richter ins rechte sittliche Licht gerückt, außerhalb des Paukbodens als Delikt gewertet werden kann. Nicht viele Burschen dürften sich in ihrem späteren Leben mit den von einer Wirtshaus-Rauferei herrührenden Narben brüsten. Die Mensurpraxis ist auch einmal als „gepflegtes Rowdytum" bezeichnet worden.

Folgeerscheinungen der Mensurschulung

Ernste Bedenken gegen die Mensur ergeben sich auch auf Grund einiger oft beobachtbarer Folgeerscheinungen. Dazu gehört vor allem die Tendenz zum Demonstrieren der von den blutigen Verletzungen herrührenden Schmisse. Es soll sogar vorgekommen sein, daß man sich einen Renommierschmiß bei örtlicher Betäubung verschafft hat. Demgegenüber kann man wahrscheinlich lange suchen, bis man einen Kriegs- oder Unfall-Verletzten findet, der seine Narben demonstrativ zur Schau trägt. Im Gegenteil sind rührende Fälle nicht selten, daß Träger solcher Verunstaltungen alles tun, um sie vor ihren Mitmenschen zu verbergen. Offensichtlich spielt beim Demonstrieren der Schmisse eine im Unterbewußtsein verankerte Neigung zum Imponieren eine Rolle. Etwas so Elementares findet man sogar im Tierreich. So treten sich zwei männliche Tauben mit aufgeblähtem Gefieder gegenüber, zwei männliche Hirsche marschieren in der Brunstzeit geradezu kommentmäßig mit erhobenem Kopf nebeneinander her, bevor sie mit ihren Geweihen aufeinander losgehen. Und eine Tierart trägt sogar ihren Namen von ihrem gegenseitigen Anbrüllen. Diese Tendenz zum Imponieren mit Schmissen macht auch die Behauptung unglaubwürdig, das Mensurschlagen diene allein der Erziehung zur Unerschrockenheit; außerdem bemüht man sich nicht nur nicht, sichtbare Verwundungen zu vermeiden, sondern man behandelt diese nicht selten so, daß sie besonders wirksam zur Schau gestellte Schmisse ergeben. Im Gegensatz hierzu ist jeder England-Besucher davon beeindruckt, was man dort „understatement" nennt, indem man dort nicht gern imponierend übertreibt, sondern eher „untertreibt".

Schlimmer sind die Fälle von Überheblichkeit, auch wenn sie nicht zu verallgemeinern sind. So sagte einmal ein Vertreter eines schlagenden Verbandes, „der frühere Bundespräsident Heuß dürfte die längste Zeit im Amt gewesen sein, der Arm der Corps habe schon immer sehr weit gereicht". Heuß hatte eine den Corps

nicht passende Stellung eingenommen. Der Rektor der Freien Universität Berlin wurde vor einigen Jahren, als er Studenten bei einer damals dort verbotenen Mensur überraschte, mit den Worten empfangen: „Was wollen diese Schweine? Habt Ihr kein Stuhlbein?" Ein Hamburger Professor, der 1962 einen offenen Brief gegen Duell und Mensur mitunterzeichnet hatte, erhielt anonym telefonische Drohungen, man werde ihm auflauern, aufs Maul schlagen und die Reifen seines Autos zerschneiden. In Göttingen wurde nach dem Krieg ein Student, der keiner schlagenden Verbindung angehörte, von Angehörigen einer schlagenden Verbindung provoziert und so geschlagen, daß er mit blutendem Kopf die Wirtschaft verließ. Ebenfalls in Göttingen wurde ein Rechtsanwalt geohrfeigt, nachdem er eine Duellforderung abgelehnt hatte. Ein Student mit vielen Schmissen hat sich einmal gebrüstet, daß er auf einer Tanzveranstaltung einem anderen Studenten eine Ohrfeige versetzt und ihm dadurch eine hübsche Tänzerin ausgespannt habe.

Manche schlagenden Verbindungen hatten früher antisemitische Satzungen, z. B. besagen die burschenschaftlichen Grundsätze 1923: „Die Burschenschaft steht auf dem Rassenstandpunkt. Nur deutsche Studenten arischer Abstammung werden in die Burschenschaft aufgenommen." Die Deutsche Corpszeitung schrieb: „Wir haben in schärfster Form den Grundsatz des arischen Blutbekenntnisses durchgeführt; wir haben unsere junge Mannschaft in die SA oder SS geführt." Auf einem Bahnhof haben Angehörige einer schlagenden Verbindung auf die Köpfe jüdischer Studenten eingedroschen. Daher werden diese Mensuranhänger als geschichtlich belastet angesehen und mit zu den Wegbereitern des nationalsozialistischen Antisemitismus gerechnet, obgleich in den späteren Jahren der Nazi-Herrschaft sämtliche traditionellen Verbindungen aufgelöst worden sind. An den Bombenanschlägen in Südtirol waren Angehörige schlagender Verbindungen beteiligt.

Ist es ein Wunder, wenn schlagende Verbindungen gelegentlich als Terrororganisationen angesehen worden sind? Sie fordern unter Berufung auf das Grundgesetz ihnen gegenüber auch noch Toleranz. Aber Mensurgegner antworten, Inhumanitäten verdienen keine Toleranz!

Eindrücke auf andere Personen

Welchen Eindruck rufen Mensurschlagen und Demonstrieren von Schmissen bei anderen Personen hervor? Erschwerend kommt ja hinzu, daß die Mensuranhänger zu den akademischen Berufen gehören, daß sie also als Ärzte Kranke heilen, als Richter u. U. Messerstecher aburteilen, als Diplomaten unser Land im Ausland vertreten, als Lehrer die Jugend erziehen, als Geistliche christliche Liebe predigen wollen. Statt daß man alles tut, um im Jugendlichen die innere Verpflichtung zu Sitte und Recht zu stärken, kann mancher noch schwankende junge Mensch an der Gültigkeit sittlicher Normen irre werden. Wenn jemand mit seinen Schmissen seine Schulung im Mensurschlagen jedem begegnenden Mitmenschen vor Augen führt, kann er leicht ein gewisses Überlegenheitsgefühl bekommen und vom anderen auch so verstanden werden. Bemerkenswerterweise wurde einmal von einem Anhänger der Mensur diese als „Schulung für den Lebenskampf" bezeichnet. Jemand hat einmal bzgl. einer derartigen Demonstration von Brachialgewalt an das englische Wort „bully" erinnert. Nicht Voreingenommenheit, sondern Informiertheit über jahrzehntelange Realitäten führt dazu, daß nicht wenige Personen gegenüber demonstrierten Schmissen Argwohn hegen, diese als Herausforderung empfinden. Gelegentlich des Besuches der englischen Königin brachte die englische Zeitung „Daily Express" unter den nicht sehr schmeichelhaften Karikaturen früherer deutscher Typen an erster Stelle die eines Trägers vieler Schmisse. Es ist kein Wunder, daß unter den deutschen Studenten zwischen Men-

suranhängern und Mensurgegnern, statt einer Atmosphäre der Kameradschaft, Spannungen und sogar Schlägereien vorgekommen sind und vorkommen. Auch Wahlmüdigkeit und Resignation kommen z. T. hierher.

Ablehnende Urteile über die Mensur

Eindrucksvoll kommt die Wirkung der Mensur und der demonstrierten Schmisse auf Andersdenkende in ungezählten Urteilen aus dem In- und Ausland zum Ausdruck, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Selbst Wohlwollenden dürften Worte zu denken geben wie „abstoßend", „brutal", „barbarisch", „arrogant", „provozierend", „abscheulich", „ekelhaft", „gemeinschädlich", „verachtungswürdig", „Unfug", „alberne Lausbüberei", „unvorstellbare Schande", „in Schweden unvorstellbar wie Kannibalismus". Tucholsky, der erstaunlich genau den Zweiten Weltkrieg voraussagte, dieser harte Streiter für den Friedensgedanken, meinte einmal drastisch, daß der Mensurkult — entgegen gewissen Beschwichtigungsversuchen — „nicht halb, sondern achtmal so schlimm und ein Schandfleck der Nation sei, dessen man sich zu schämen habe bis ins dritte und vierte Glied". Das Schauerliche sei, daß die Mensur-Geisteshaltung das humane Deutschland niedertrample. Ein afrikanischer Student aus Ghana meinte kürzlich zu Mensurnarben, daß sein Stamm, seitdem er sich der Zivilisation zugewandt habe, ähnliche Stammeszeichen ablehnt.

In ostdeutschen Kreisen ist man über das Wiederaufleben der Mensur an westdeutschen Hochschulen fassungslos. Man sehnt eine Wiedervereinigung herbei, aber nicht auf einer solchen Basis, „die das beste Material für den östlichen Vorwurf des Vorhandenseins westdeutscher Reaktionäre liefere". Statt eines Gewaltmenschen der Vergangenheit wünscht man einen humanen Menschen der Zukunft.

Ein israelischer Journalist schreibt u. a.:

> „In einer Universitätsstadt sah ich junge Menschen mit farbigen Kappen und Tätowierungen im Gesicht, als kämen sie von einer indianischen Leichenfeier. Das war eine Art Antiklimax, die mir einen Schock gab, über den ich immer noch nicht ganz hinweg bin. Mir fielen die Kappenträger ein, die, lange vor Hitler, mit einem in tierischer Monotonie gebrüllten „Juda verrecke! Deutschland erwache!" durch die Straßen zogen. Bleiben wir bei dem Phänomen, daß Menschen sich in voller Öffentlichkeit eines Zeremoniells bedienen, dessen Sinn und Inhalt längst abgelaufen sind, dann könnte der latente Antisemitismus gewisser deutscher Kreise ... als pathologische Erscheinung diagnostiziert werden."

Ein Professor meinte, „er könne nicht verstehen, wie heutzutage noch ein Geistlicher, der Schmisse trägt, die Kanzel besteigen kann. Das schlüge doch dem Christentum, so wie er es verstehe, ins Gesicht. Er verabscheue diesen unästhetischen Anblick der zerschlagenen Gesichter". Ein Geistlicher und ein Professor haben den nichtschlagenden Studentenverbänden geraten, Embleme und Gebräuche zu vermeiden, durch die sie mit den schlagenden Verbindungen verwechselt und so irrtümlich diskriminiert würden. In der Immatrikulationsansprache eines Universitätsrektors wurden die Grundsätze schlagender Verbindungen als falsch oder falsch verstanden bezeichnet, auch unter Hinweis auf den von dieser Seite begangenen und verherrlichten Mord am Schriftsteller Kotzebue. Über Szenen im italienischen Film „mondo di notte" schreibt eine Zeitung: „Die Halbstarken von Stockholm mit ihren Exzessen erregen ebenso Kopfschütteln wie das scharfe Mensurenschlagen einer deutschen Korporation."

Die katholische Kirche hat das Duell und die Mensur als „Ärgernis", „sittenwidrig" und „sündhaft" verurteilt, als Verfehlung gegen das 5. Gebot. Ein Versuch von Anhängern der Mensur, diese moraltheologisch zu rechtfertigen, wurde von führender katholischer Seite als Dilettantismus widerlegt (Ermecke). Auch

von evangelischer Seite wurde gewünscht, daß diese Kirche alles tue, um „diesem Unfug Einhalt zu gebieten". Von führender Seite des Zentralrates der Juden in Deutschland wurde gegen die Mensur Stellung genommen. Wiederholt haben westdeutsche Rektorenkonferenzen sowie Delegiertenkonferenzen des Verbandes Deutscher Studentenschaften vor dem Wiederaufleben der Mensur gewarnt. Ein deutscher Bundesminister urteilte einmal, daß bestimmte studentische Formen Ausdruck einer Gegnerschaft gegen die Demokratie, Zeichen eines aggressiven Nationalismus und Zeugnis eines gewissen Kastengeistes seien. Ein Bundestagspräsident forderte vor Studenten das Aufgeben eines rigorosen Machtanspruchs von Interessengruppen, die ihre Skrupellosigkeit für Stärke halten. Ein Bundesministerium meinte, daß bei der Überwindung noch vorhandener restaurativer Rückstände im Studentenleben die deutschen Hochschullehrer eine entscheidende Mitverantwortung tragen.

Strafrecht und Schlägermensur

Strafrechtlich hat das deutsche Reichsgericht (RGSt 8, 87; 60, 257) den Schläger als tödliche Waffe erklärt und Schlägermensuren bestraft. Da sich die schlagenden Verbindungen um diese Rechtslage nicht gekümmert haben, wurden sie einmal „Gesetzesbrecher" genannt. In der Nachkriegszeit hat ein Bundesgerichtshof (5 STR 408/52) bestätigt, daß es unter den billig und gerecht Denkenden Personen gibt, die die Mensur als sittenwidrig ablehnen. Da die Justiz bei der Auslegung wertausfüllungsbedürftiger Normen, etwa bei Verstößen gegen die guten Sitten, nicht Minderheitsmeinungen zum Maßstab nehmen darf, hat der beteiligte Staatsanwalt die Strafbarkeit der Mensur vertreten. Dem Strafsenat reichte zwar der Grad der Sittenwidrigkeit der Mensur nicht zur strafrechtlichen Verfolgung aus. Dieses Urteil wurde aber von einem Rechtswissenschaftler ausführlich kritisiert; er hielt eine Entscheidung des Großen Senats in Strafsachen für unbedingt erforderlich. Sinngemäß haben mehr als 50 Universitätsprofessoren und andere Personen wirksame Strafen für Duell und Mensur gefordert. Andere fordern wenigstens Strafen für das Duell, weil sonst dem Mensurkult Vorschub geleistet wird.

Gegenmaßnahmen gegen die Mensur

Auch Gegenmaßnahmen gegen die Mensur sind angewandt oder vorgeschlagen worden. So hat die katholische Kirche die Exkommunikation angedroht. In einer evangelischen Landeskirche werden seit langem nur Pfarrer angestellt, die keine Mensur geschlagen haben. Es wurde einmal gesagt, daß ein Mensurgegner seine Kinder nicht zu einem Pfarrer mit Schmissen in die Konfirmandenstunde zu schikken braucht. Manche Hochschulbehörden erkennen die schlagenden Verbindungen nicht so wie die nichtschlagenden als zur Hochschule gehörig an. Ein Professor hat Bedenken geäußert, an akademischen Feiern teilzunehmen, zu denen schlagende Studenten zugelassen sind. Katholische und evangelische nichtschlagende Verbindungen wurden als Gegenmaßnahmen gegen die schlagenden gegründet. Seitens schlagender Verbindungen angestrebte Koalitionen wurden von einigen nichtschlagenden abgelehnt. An der FU Berlin gelang es, die Wahl eines Angehörigen einer schlagenden Verbindung zum ASTA-Vorsitzenden zu verhindern, mit Unterstützung einer ganzen Fakultät, „weil die Ziele der schlagenden Verbindungen dem Geist der Universität entgegengesetzt seien". Prinz Louis Ferdinand von Preußen, der jetzige Chef des Hauses Hohenzollern, trat als Student aus einer schlagenden Verbindung aus, weil er die Mensur ablehnte. Ein deutscher Großindustrieller nimmt Ingenieure, die Schmisse tragen, nicht mit nach USA, weil dies dort provozierend wirke. Es wurde erwogen, daß Personen mit Schmissen nicht als Abgeordnete gewählt werden oder kein öffentliches Amt bekleiden sollten. In einem Studentenheim werden keine Angehörigen schlagender

Verbindungen aufgenommen. Ein evangelischer Theologie-Professor hat seinen Abscheu vor der Mensur öffentlich ausgedrückt und Studenten mit Schmissen in seinem Seminar als unerwünscht bezeichnet. Bekanntlich hat ein Professor das Recht, die Teilnahme an manchen Veranstaltungen, z. B. die Annahme eines Doktoranden, abzulehnen.

Der Freundeskreis für zeitgemäße studentische Lebensformen

Angesichts der im vorausgehenden geschilderten ernsten Bedenken gegen die Mensur ist folgendes festzustellen. Einerseits ist es erfreulich, daß bei früheren und sogar bei jetzigen Angehörigen schlagender Verbindungen bereits Anzeichen für die Anerkennung dieser Bedenken bestehen. Man sollte jemandem, der früher Anhänger der Mensur war, diese aber heute ablehnt, wegen seiner früheren Einstellung keinen Vorwurf mehr machen, besonders dann nicht, wenn er heute zur Überwindung der Mensur öffentlich beiträgt. Andererseits ist die Mensur tatsächlich wieder aufgelebt, nicht zuletzt wegen des massiven Eingreifens mancher mensurbeflissener Alter Herren. Man versucht, die Bedeutung der Mensur zu bagatellisieren, hat es verstanden, Mittel des Bundesjugendplanes für die schlagenden Verbindungen zu bekommen, und Mensurgegner offen oder anonym persönlich angegriffen. Kündigungen des Zeitungs-Abonnements wurden angedroht. In der Bundesrepublik sind allein 1959 drei Fälle echter Duelle strafrechtlich geahndet worden; wieviel nicht verfolgte Duelle stattgefunden haben, ist unbekannt.

Unter diesen Umständen haben sich zahlreiche besorgte Personen sehr verschiedener politischer und religiöser Überzeugung zu einem „Freundeskreis für zeitgemäße studentische Lebensformen" zusammengeschlossen. Sie wollen die ernsten Bedenken gegen die Mensur, ihre Sittenwidrigkeit und Untragbarkeit im Nachkriegsdeutschland bei passenden Gelegenheiten öffentlich ins Gespräch bringen und den vorhandenen Tendenzen zur Überwindung der Mensur sowie zur Förderung zeitgemäßer studentischer Lebensformen zum Durchbruch verhelfen. Diese Bestrebungen sind gegen unzeitgemäße Gebräuche, aber nicht gegen einzelne Personen gerichtet. Der Kreis hofft, daß durch die verpflichtende Kraft einschlägiger humanitärer, politischer, sozialer, moralischer und religiöser Ideen die Zeit nicht mehr fern ist, wo der deutsche Student es nicht mehr mit seiner Würde vereinbaren könnte, eine Mensur zu schlagen. Nach Überzeugung des Freundeskreises wird man es einmal nicht mehr begreifen, daß im Nachkriegsdeutschland ein so unzeitgemäßes Relikt wie die Mensur überhaupt vorübergehend wiederaufleben konnte.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Freundeskreis auch alle Bemühungen um eine Verwirklichung eines zeitgemäßen Bildungsauftrages der Hochschulen zur harmonischen Abrundung einer rationalisierten Fachausbildung. Waffenstudentisch ausgerichtete Bildungspolitik und Hochschulreform sind aber unzeitgemäß. Ohne Dirigismus möchte der Freundeskreis vorhandene Ansätze zu zeitgemäßen studentischen Lebensformen ermutigen. Trotz der unvermeidbaren Spezialisierung in den akademischen Berufen sollte immer die Vielfalt, der Reichtum des ganzen menschlichen Lebens im Auge behalten werden. Dem Einzelnen bleiben in seinem Leben mancherlei Schwierigkeiten, manches Leid durch Tod, Krankheit, Unglück, Schuld, innere und äußere Konflikte, nicht erspart. Dann erweist es sich oft genug als entscheidend, ob er unbedingte Hoffnungen auf nur bedingte Ziele, Realitäten, Personen, zweifelhafte Idole setzt, oder ob er sein Heil im unbedingten geistig-seelischen Bereich sucht, im religiösen Glauben gefunden hat.

Bis Ende 1964 war das Memorandum des Freundeskreises von folgenden Personen unterzeichnet:

Landgerichtspräsident a. D. Dr. C. F. W. Behl, München — Professor Dr. H. Behrens, Erlangen — Professor Dr. F. Birzer, Erlangen — H. Blume, Oberst a. D., Köngen — Rektor Dr. G. Boß, Kathol. Geistlicher, Jugendherberge Burg Feuerstein, Ebermannstadt — Professor Dr. W. Brecht, Darmstadt — Professor Dr. E. Brenner, Staatssekretär a. D., Oberaudorf — Professor Dr. K. Brodersen, Erlangen — Professor Dr. W. Clemen, München — K.-P. Froeba, Herzogenaurach — OStR. O. Graf, kathol. Geistlicher, Karlsruhe — Professor Dr. H. Hahn, Lexington Ky., früher Nürnberg — Oberstudiendirektor Dr. F. Helling, Schwelm — Professor G. Kinzer, München — Professor Dr. W. Koch, München — Professor Dr. I. Kohler, Innsbruck — Landgerichtsdirektor Dr. K. Kristl, Nürnberg — Professor Dr. W. Kroebel, Kiel — Professor Dr. E. Lange, Erlangen — Professor Dr. H. Lossow, Berlin — Studienprofessor Dr. H. Martius, Erlangen — Dr. P. McKenzie, Evang. Studentenpfarrer, Karlsruhe — Dr. H. Meyer, Assist. am MPI, Würzburg — Professor Dr. F. Munari, Berlin — Professor Dr. R. Plank, Karlsruhe — Frau U. Pöhler, Weiden/Köln — Professor Dr. R. Riemeck, Gundelfingen — Professor Dr. A. Rucker, Staatsminister a. D., München — Professor Dr. K. Saller, München — Oberbürgermeister i. R. R. Scholl, München — Professor Dr. K. Schwabe, Rektor der Techn. Universität Dresden — Professor Dr. B. Snell, Hamburg — Geschäftsführender Redakteur Dr. H. Sperl, Nürnberg — Journalist E. Stanjek, BRF, Nürnberg — Professor Dr. H. Strohm, OStDir., Erlangen — Stadträtin M. Thumser-Vogler, Stadtjugendpflegerin, Selb — Professor Dr. H. Thirring, Kitzbühel — Professor Dr. Dr. Dr. Dr. J. Ude, Grundlsee.

Zustimmungen zu den Bestrebungen des Freundeskreises

Das Bekanntwerden des Freundeskreises in der Öffentlichkeit hat erfreuliche Zustimmung gefunden. Allein schon die Existenz dieses Kreises ist, nach dem Echo zu schließen, begrüßt worden. Einige der bemerkenswertesten Äußerungen sind nachstehend angegeben.

Einer der höchsten katholischen Würdenträger: „Die Kirche lehnt nach wie vor die Pflichtmensur als ausgesprochenen Angriffssport, der die Verletzung des anderen zum Ziel hat, ab. Es ist erfreulich, daß die Bestrebungen der Kirche hinsichtlich der ethisch-moralischen Bewertung der Pflichtmensur und gegen Versuche, diese wieder aufleben zu lassen, von Ihrer Seite Unterstützung finden. Mit dem Wunsche, daß Ihren Bemühungen guter Erfolg beschieden sein möge ..."

Ein Weihbischof: „Persönlich bin ich der Meinung, daß die Kirche die Mensur und natürlich vor allem das Duell weiter für unmoralisch erklären wird."

Ein anderer Weihbischof: „Es ist sehr erfreulich, daß Sie in einer so entschiedenen Weise zur Mensur Stellung genommen haben. Ich wünsche Ihrer Tätigkeit vollen Erfolg."

Eine hohe Instanz der evangelischen Kirche: „Ihren Ausführungen vermag ich weithin zuzustimmen, daß Mensurschmisse nicht zuletzt auf Ausländer abstoßend wirken. Ihre anderen Argumente gegen das Mensurenschlagen sind richtig und unter uns nicht strittig. Die Bestimmungsmensur stellt einen Anachronismus dar und ist nur noch ein kümmerliches Relikt überholter Anschauungen, das ärgerliche Reminiszenzen erweckt und nicht nur abstoßend, sondern auch lächerlich wirkt. Ich bejahe entsprechende Bemühungen des Freundeskreises voll und ganz."

Aus der Leitung des deutschen evangelischen Kirchentages: „Die evangelische Kirche und die evangelische Christenheit täten in ihrem eigenen Interesse gut daran, die Augen vor dieser besonderen Situation nicht zu verschließen. Darum möchte ich Ihnen für Ihre Bemühungen von Herzen danken."

Einer der höchsten Vertreter der evangelischen Kirche: „Persönlich verstehe ich Ihre Argumente und Bedenken in vielen Punkten und billige sie. Sie sollen auch wissen, daß ich Ihre Bestrebungen voll verstehe und unterstütze."

Ein evangelischer Landesbischof: „Ich stimme Ihnen in Ihrer Ablehnung von Mensur und Duell völlig zu. Mir sind Pfarrer, die sehr deutliche Spuren der ausgefochtenen Mensuren in ihrem Gesicht zeigen, immer etwas bedenklich gewesen."

Ein anderer evangelischer Landesbischof: „Von da aus werden Sie meine (ablehnende, E. L.) Einstellung zu Mensur und Duell verstehen. Es ist sicherlich gut, daß Sie die Frage der Mensur zum Gegenstand des Gesprächs machen."

Ein evangelischer Probst: „Ich begrüße die Arbeiten des Freundeskreises für zeitgemäße studentische Lebensformen."

Ein evangelischer Oberpfarrer i. R.: „Von ganzem Herzen habe ich mich über Ihren Entschluß gefreut, sich zu einem Freundeskreis zum Protest gegen die Mensur zusammenzuschließen. Die Mensur ist für den modernen christlichen Studenten nicht nur ein grober Unfug, sondern eine Schande. Möge Ihr Wirken von Erfolg begleitet und auch weiterhin ein Vorbild sein."

Ein deutscher Universitätsprofessor der evangelischen Theologie: „Ihre Aktion gegen die Mensur stößt gerade hier auf viel Sympathien, damit dem Kampf gegen die Unsitte der Mensur neuer Auftrieb gegeben wird."

Aus dem Amt einer hohen deutschen Instanz: „Von diesen Unterlagen ist mit großer Aufmerksamkeit Kenntnis genommen worden. Über die Äußerungen aus dem getrennten Teil unseres Vaterlandes zur Frage der Schlägermensur habe ich den zuständigen Referenten in Kenntnis gesetzt."

Eine der höchsten Persönlichkeiten des deutschen Bundestages „... hat sich über das Memorandum sehr gefreut."

Ein deutscher Rechtswissenschaftler: „Eine nicht unbedeutende Gruppe von Hochschullehrern, zu der auch ich mich rechne, ist mit äußerster Entschiedenheit gegen die Zulassung schlagender Verbindungen. Unter diesem Gesichtspunkt kann ich Ihnen nur voll zustimmen."

Ein anderer deutscher Rechtswissenschaftler: „Ich stehe inhaltlich voll hinter diesem Memorandum. Ihre Bedenken gegen die Mensur finde ich wirklich ausgezeichnet, sie verdienen möglichst weit verbreitet zu werden."

Ein Rektor einer deutschen Universität: „Ich darf Ihnen versichern, daß ich Ihre wertvolle Arbeit sehr würdige."

Ein amerikanischer Universitätsprofessor: „Ich halte Ihren Artikel gegen die Mensur für sehr wichtig und stimme ihm vollkommen zu. Das Wiederaufleben dieses Unsinns wird den deutschen Universitäten und Deutschland im allgemeinen großen Schaden bringen."

Ein anderer amerikanischer Universitätsprofessor hat es begrüßt, daß der Freundeskreis gegen das Wiederaufleben der Mensur Stellung nimmt; denn diese trüge zu dem Verdacht derjenigen Personen bei, die den Deutschen nicht trauen. „Können denn die Alten Herren gar nichts aus der Geschichte lernen?"

Ein deutscher Generalstaatsanwalt: „Ihre Bedenken gegen die Mensur teile ich durchaus."

Einer der höchsten Vertreter des deutschen Rechtes: „Ich stehe Ihren Bestrebungen nach wie vor mit starkem Interesse und Sympathie gegenüber."

Ein Mitglied in einem Strafrechtsausschuß: „Ich teile Ihre Auffassung, daß Mensuren in keiner Weise mehr zeitgemäß sind und habe bedauert, daß nach 1945 doch studentische Lebensformen aufgekommen sind, die besser nicht wieder aufgelebt wären."

Ein Senator für das Bildungswesen: „Ich begrüße, daß für diesen Zweck ein solcher Kreis besteht und daß ihm so namhafte Persönlichkeiten angehören, und werde stets bereit sein, diese Bestrebungen zu fördern."

Ein Ministerialrat: „Ihre Meinung teile ich durchaus; die schlimmsten Befürworter der Mensur sollen die Alten Herren sein. Die Auffassung von der Mutschule ist längst abgetan. Im Kriege gab es tapfere und feige Waffenstudenten."

Ein Kulturreferent einer Großstadt: „Zustimmung zu den Gedanken des Freundeskreises und Ablehnung gegenüber den schlagenden Verbindungen!"

Ein deutscher Oberstudiendirektor: „Der Einblick zeigt, wie notwendig die Arbeit des Freundeskreises ist!"

Ein früherer Bürgermeister: „Wegen der völkischen Bestimmungen in den Satzungen gehören diese Leute unter Aufsicht der Ludwigsburger Dienststelle."

Ein Oberregierungsmedizinalrat i. R.: „Ihren Bestrebungen stimme ich zu. Als alter Corpsstudent halte ich schon lange die Mensur für eine veraltete deutsche studentische Unsitte, die endlich beseitigt werden sollte. Ich wünsche Ihrem Freundeskreis Erfolg."

Ein deutscher Dolmetscher: „Wegen der Mensur kann ich nur mit größter Besorgnis in die Zukunft unseres Vaterlandes blicken. Es sind Bestrebungen bestimmter antiquierter

Gesellschaftskreise mit nationalistischer Arroganz, Pauk-Comment und gemeingefährlicher Mentalität."

Ein deutscher Schriftsteller: „Ich brauche nicht zu betonen, daß ich Ihr Anliegen ganz und gar als mein eigenes betrachte und voll und ganz unterschreibe."

Ein Hauptschriftleiter: „Ihre Zusammenstellung über die schlagenden Verbindungen habe ich mit Erschütterung gelesen. Ich bin in meiner Ansicht bestärkt worden, daß man diese vielköpfige Hydra ausbrennen müßte."

Ein deutscher Journalist: „Ich darf Ihnen sagen, daß ich Ihre Bemühungen phantastisch und anerkennenswert finde und daß wir jungen Menschen Ihnen dafür Dank schulden. Im Grunde gesehen ist es beschämend, daß die Initiative zur Beseitigung dieses dummen, krankhaften, und wie ich glaube, soziologisch nicht ungefährlichen Zopfes von Ihnen kommen muß. Ich kann nicht verstehen, warum der Gesetzgeber hier nicht eine klare Situation schaffen kann."

Ein schwedischer Brief: „Ihre Initiative schätze ich, da ich selber diese Radau-Brüder praktisch kennen lernte ... Sie hieben nicht nur aufeinander, sondern auch auf total uninteressierte Kommilitonen und andere, wenn es sich um den Samstags-Bummel oder um die Zerstörung der mensa judaica handelte."

Ein führendes Mitglied des deutschen Jugendherbergwerkes: „Das Flugblatt Ihres Freundeskreises habe ich mit großer Genugtuung gelesen."

Eine Deutsch-Israelische Studiengruppe: „Wir versichern Ihnen, daß wir in den aufgezeigten Zielen mit Ihnen eins gehen."

Eine studentische Stimme: „Zu allem kann man eigentlich nur sagen: Bravo! Warum gibt es nicht mehr, die so denken und sich dazu bekennen?"

Ein Mediziner: „Es liegt eine sehr fragwürdige Absicht in der studentischen Schlägerpartie. Sie überwindet die Scheu vor der Unverletzlichkeit des Mitmenschen. Das Tabu eines menschlichen Antlitzes und Körpers wird systematisch aufgehoben ... Eine gefährliche und überholte Mystifikation vergossenen Blutes. Hier gilt das Blut als geheimnisvolles Band einer Freundschaft, während es in Wirklichkeit seit eh und je die Irrwege der Menschheit zeichnet. Die Universitäten als Hüter übernationaler Werte lehnen in verständlicher Sorge eine Gesinnung ab, welche von der Waffe eine Förderung menschlicher Beziehungen erwartet."

Ein deutscher Bundesminister stimmt mit den Grundsätzen des Freundeskreises ganz überein.

Ein deutscher Professor im Ausland: „Unsere zivilisierten und kulturell hochstehenden Nachbarstaaten, ja selbst auch die junge Republik von Madagaskar, in der ich als Professor tätig war, haben, auch in ihrer akademischen Jugend, nur eine gerechtfertigte Verachtung übrig für die barbarische Unsitte der Mensur."

Ein evangelischer Akademiker: „Ich würde sehr gern im Bewußtsein des deutschen Volkes einen Wandel herbeiführen, etwa unter dem Motto: ‚Wer Schmisse trägt, ist schon allein deswegen beruflich nicht qualifiziert'."

Einige Zeitungsmeldungen: „Wenn irgendwo auf einem Bau zwei sich kloppen, und ein Akademiker steht dabei, so sind sie Proleten. Wenn aber zwei Akademiker sich prügeln, dann ist das ganz was anderes." — „Wenn die studentische Mensur ... an deutschen Hochschulen überhaupt noch eine überwiegend Ärgernis und Lächerlichkeit auslösende Rolle spielt, so ist das lediglich ein Beweis dafür, daß wir es unterlassen haben, nach dem Zweiten Weltkrieg eine Hochschulreform durchzuführn." — „Der Freundeskreis entlarvt die ewig Gestrigen, insbesondere deren Wichtigtuerei hinsichtlich der Mensur. Dieser echte deutsche Übelstand muß ausgemerzt werden." — „Die Professoren haben in ein Wespennest gestochen. Die schlagenden Verbindungen schlagen um sich. Die Art, wie sie es tun, liefert endgültig den schlagenden Beweis, daß die Mensur in unsere Zeit hineinpaßt wie die Leibeigenschaft oder die Hexenverbrennung." — „Niemand zwingt uns, in den Bundestag, den Landtag, den Stadtrat einen Kadidaten zu wählen, der es für nötig hielt, sein Antlitz durch Schmisse zu verschönern. Wenn der Schmiß auf genügend Verachtung stößt — dann werden die Schläger Ruhe geben, eher nicht."

Der Rektor einer kirchlichen Hochschule: „Ich habe Ihre Schrift mit großem Interesse und rückhaltloser Zustimmung gelesen und glaube, daß sie auch die Zustimmung unserer Studenten findet."

Aus dem Freundeskreis selbst stammt eine Resolution 1965: Zeitgemäße Formen und die

Überwindung unzeitgemäßer Relikte im Studentenleben fordern erneut Mitglieder des Freundeskreises für zeitgemäße studentische Lebensformen auf einer Konferenz am 6. März 1965 in München. Sie betrachten es als unverständlich und besorgniserregend, daß immer noch eine studentische Minderheit zögert, die im Nachkriegsdeutschland untragbar gewordene Mensur unwiderruflich aufzugeben, trotz ernster humanitärer, sittlicher, sozialer, religiöser, innen- und außenpolitischer Bedenken. Die Konferenz erneuert ihren Appell, den Freundeskreis und seine Bestrebungen aktiv zu unterstützen."

Literatur

G. Ermecke, „Über Recht und Ethik der Mensur", Die Kirche in der Welt **10** (1958/59) S. 329; Theologie und Glaube **53** (1963) S. 105.

P. Mikat, „Die Bestimmungsmensur nach kirchlichem Recht", Die Kirche in der Welt, **8** (1955) S. 163.

K. Panzer, „Der Katholik und die Strafrechtsreform", 1954, S. 44 ff., Köln.

E. Schmidt, „Schlägermensur und Strafrecht", Juristenzeitung **9** (1954) S. 369.

J. Ude, „Die sittliche Verwerflichkeit des Duells und der Mensur". Anhang in einer Broschüre im Selbstverlag 1964.

W. Vorndran, „Die Mensur nach kanonischem Recht", Diss. Erlangen 1956.

K. Hirsch, „Buchverbrennungen 1933 und Korporationen 1958", Blätter für deutsche und internationale Politik **3** (1958) S. 689.

Lutz E. Finke, „Gestatten Hochachtungsschluck", Rütten und Loening, 1963.

K. Tucholsky, rororo-Taschenbuch Nr. 131, S. 132.

H. Glaser, „Spießer-Ideologie", Sammlung Rombach, 1963.

Kath. Deutsche Studenten-Einigung, „Lebensformung an der Hochschule", Faltblatt.

Studentisches Gemeinschaftsleben, Deutsche Studentenzeitung, Verlag Giersen & Co, Düsseldorf.

Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington

Hitler verwirklicht seinen Grundplan (II)*

VI

Den Herd für das „Virulent-Werden" dieser Bakterie bildeten die Verhältnisse im Deutschland und im Europa der Nachkriegszeit, besonders der Widerstand entlassener Offiziere und Mannschaften gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags; die Inflationskrise, die ihren Höhepunkt in den Tagen des Hitler-Putschs von 1923 erreichte; die Deflationskrise nach 1929, die ihren Höhepunkt kurz vor dem Machtantritt Hitlers als Reichskanzler erklomm; und der Widerstand aller Staaten des Kontinents — der bisherigen Freunde wie Feinde — gegenüber dem neuen allgemeinen Gegner: dem 1917 zur Sowjetunion umgestalteten Rußland und dem von ihm geführten Kommunismus. Anfänglich ist die Grundlage zu schmal. Zwar hat eine Erscheinung wie Hitler, dessen pathologisches Wesen die mit-leidenden Massen anspricht und ihm so das nötige Charisma verleiht, keine Schwierigkeit, die Führer der vielen illegalen Wehrverbände jener Jahre in den Augen der Menge auszustechen. Allein die Masse, die Anfang der zwanziger Jahre auf ihn hört, ist numerisch zu beschränkt; die Opfer der Inflation sind hilflose Wesen, die überall der Macht und dem Besitz nachlaufen und von denen nur kleine Grüppchen es mit Hitler versuchen. In der großen Reichskrise von 1923, die seinen berühmten Novemberputsch auslöst, steht er obendrein außenpolitisch auf der falschen Seite: Die gesamten deutschen Rechtskreise, mit

*) Vgl. Heft 6/65.

denen er liebäugelt, kämpfen damals gegen Frankreich, das die Ruhr besetzt hat, und nur er, der vorwiegend an Ostfragen interessierte Österreicher, hält sich trotzig beiseite. Erst nach 1929, dem Jahr, in dem die große Deflationskrise beginnt, ändern sich alle diese Dinge allmählich gründlich. Die Massenbasis dehnt sich nun ungeheuer aus. Das verfallene Bürgertum, das absinkende Stehkragenproletariat, die Arbeitslosen und die Opfer der Agrarkrise bringen ihm Millionen von Wählern, und sogar die Industriekartelle, die sich Mitte der zwanziger Jahre mit Hilfe der Geldströme aus Amerika durchrationalisiert haben und nunmehr überproduzieren, gewähren ihm steigende Unterstützung; alle seine Anhänger begrüßen die Möglichkeit, sich nunmehr an der jüdischen Hochfinanz, die jene Geldströme vermittelt hat, und dem jüdischen Groß- und Kleinhandel schadlos zu halten. Hand in Hand damit geht eine außenpolitische Wendung. Mittel- und West-Europa, in der Zeit des Hereinkommens jener Geldströme von Amerika aus pazifiziert, zittert vor der Möglichkeit einer Ausnützung der Wirtschaftskrise durch Moskau. Aus diesem Grunde wie auch aus ökonomischen Erwägungen sind nunmehr die leitenden Wirtschaftskreise des Westens, trotz allen offiziellen Widerstands ihrer Regierungen gegen die deutsche Aufrüstung, einer militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland gegen den Osten nicht mehr so stark abgeneigt. Vorschläge des Kali-Trust-Mitbegründers und Bildhauers Arnold Rechberg, der mit den Spitzen der französischen haute volée intim ist, zur Begründung eines deutsch-französischen Militärbündnisses gegen die Sowjetunion finden in Paris offene Ohren; zu Beginn der großen Abrüstungskonferenz, die 1932 beginnt, kommen die französischen Rechtskreise unter Ministerpräsident André Tardieu dieser Linie ganz nahe, und auch als sich nach Tardieus Sturz diese Aussichten wieder verschlechtern, sorgen sehr reale Interessen — so die Erzlieferungen der Werke des Präsidenten der französischen Schwerindustrie, Francois de Wendel, ins Ruhrgebiet, Verträge der englischen Rüstungsfirma Vickers mit deutschen Rüstungsproduzenten und ein Netzwerk ähnlicher Verträge der amerikanischen General Motors und anderer Häuser mit dem aufrüstenden Deutschland — dafür, daß die freundliche Wendung gegenüber dem Reich, die um 1924 begann, trotz der Ernennung Hitlers zum Kanzler nicht revidiert wird. Ganz besonders hitlerfreundlich ist England, auf das ja der Führer stets am stärksten rechnete. Zu den alten Reibungen mit Rußland, die sich unter den Sowjets verstärkten, und dem Geschäft der Exporteure nach Deutschland kommt hier besonders der Nichtwiederaufbau der starken deutschen Flotte, die einst den Stein des Anstoßes zwischen beiden Nationen bildete. Alle diese Dinge helfen Hitler enorm. Sie bilden den gesellschaftlichen Hintergrund, durch den er sich entfalten kann. Das Scheitern der Versuche der deutschen Junker, Industriellen und der Reichswehr, sich seiner als Trommler zu bedienen, ohne ihm persönlich die Macht zu geben, zeigt, daß man ohne ihn nicht mehr auskommen konnte. Seine Erringung der absoluten Macht erlaubte ihm, alle die vielen gesellschaftlichen Interessen, die ihn trugen, seinen Plänen dienstbar zu machen. Allein dies machte ihn, wie in allen solchen Fällen, nicht von ihnen unabhängig, und zwar um so weniger, je mächtiger sie waren. Sie unterstützten ihn nur so weit und so lange, als er hierbei auch ihren Zwecken zu dienen vermochte und sie außenpolitisch schützte. Sobald er das nicht mehr vermochte, war er verloren.

Die dreißiger Jahre waren die Zeit, in der das Wirken einer Mikrobe dieser Art aus den dargelegten Gründen gesellschaftlich die besten Aussichten hatte. In den zwanziger oder vierziger Jahren oder in einem anderen Umkreis wäre Hitler „fehl am Ort" gewesen. Sein „Drang nach Osten", den er in diesen Jahren inszenierte, konnte an die jahrtausendealte Tradition der deutschen „Gegen-Völkerwanderung" anknüpfen, die infolge Feudalisierung des Westens die ursprüng-

lich von Osten nach Westen gewanderten Germanen zurück nach dem Osten geführt hatte. Seine gesamte Außenpolitik diente diesem Ziel. Zwar hatte der ehemalige Gefreite im deutschen Heere, der während des ganzen Weltkriegs auf den Schlachtfeldern des Westens gedient hatte, die Notwendigkeit einer deutschen Auseinandersetzung mit Frankreich nie vergessen. Allein, so sagt er in „Mein Kampf", sie „bliebe wirkungslos, wenn sich in ihr unser politisches Ziel erschöpfen würde. Sie kann und wird nur Sinn erhalten, wenn sie die Rückendeckung bietet für eine Vergrößerung des Lebensraums unseres Volkes in Europa ... Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken ..."

In den dreißiger Jahren, in denen Hitler an die Macht kam, hatten sich die deutsch-französischen Beziehungen inzwischen so gebessert, daß er hoffen durfte, die Auseinandersetzung mit dem Westen so lange zu vertagen, bis er Rußland in die Knie gezwungen hatte. Dies bildete von da ab das A und O seiner Außenpolitik. Anfangs schien auch alles nach Wunsch zu gehen. Sein Bündnis mit dem Polen des Marschalls Pilsudski — einer seiner ersten selbständigen Schachzüge — war eine offensichtliche Vorbereitung des geplanten großen Oststoßes. Er wünschte sich Polens als Rammbock gegen Rußland zu versichern und erwartete ganz offenbar, später die Polen wie auch die Franzosen in den Rang niedriger Hilfsvölker herunterdrücken zu können. Auch sein Einmarsch in Österreich (1938) entsprach natürlich seinem allgemeinen Programm und bedeutete für ihn die Erfüllung seines Herzenswunsches.

Hingegen scheint mir das Münchner Abkommen vom Oktober desselben Jahres entgegen der allgemeinen Meinung eine erste große Niederlage Hitlers anzuzeigen. Anstatt, wie er wollte, die Tschechoslowakei durch Aufrollung der Sudetenfrage zum Kriege zu zwingen und zu besetzen, dadurch die Polen seinen Wünschen dienstbar zu machen und den großen, stets geplanten Feldzug gegen die Sowjetunion zu beginnen, noch ehe sich England und Frankreich den Schlaf aus den Augen gerieben hatten, wurde er nun — durch Eingreifen Mussolinis, auf den er politisch Rücksicht zu nehmen hatte — gegen seinen Willen zu einer Verschiebung seines Grundplans und vor allem zum Zeichnen eines Dokuments gezwungen, das seiner geplanten Expansion einen Riegel vorschob. Dies gab nicht nur den Westmächten kostbare Zeit zum Rüsten, sondern ließ auch die Wiederaufnahme seiner Aktion gegen die Tschechoslowakei im März des Folgejahres als glatten Vertragsbruch erscheinen, was einen völligen Stimmungswechsel im Westen und das englische Angebot militärischer Hilfe für Polen zur Folge hatte, wodurch sein ganzer Aktionsplan aus den Fugen ging. Statt Polen als Keil gegen Stalin zu verwenden, mußte er es nunmehr bekriegen und besetzen, und anstatt sich einer bloßen Blockade seitens der Westmächte zu erwehren oder allenfalls einen Scheinkrieg mit ihnen zu führen, der seinen Rücken nicht ernstlich bedrohte, mußte er nun zunächst einmal große Schlachtentscheidungen im Westen suchen, ehe er an die Durchführung seines Lieblingsplans im Osten gehen konnte. Daß er dann, obschon er nur Frankreich, nicht aber England in diesem Entscheidungskampf auf die Knie gezwungen hatte, unverrichteter Dinge nach Osten abmarschierte, um den Generalplan seines Lebens zu verwirklichen, zeigt, welch unheimliche, selbstzerstörende Wirkung Diktatoren-Psychosen in der Geschichte auszuüben vermögen. Hätte sich nicht in ihm in den Jahren 1908—13, die er in den Wiener Armenhäusern und Asylen verbrachte, der Gedanke festgefressen, an der Welt der Slawen und Juden sowie der Sozialisten furchtbare Rache für sein Elend nehmen zu müssen, so hätte er seinen Angriffsplan gegen Rußland nunmehr ohne weiteres aufgeben oder wenigstens verschieben können, bis die Vollentscheidung im Westen gefallen war. Mit dem damals sehr friedliebenden

— und noch militärisch ganz unvorbereiteten — Stalin im Rücken und dem Rüstungspotential des ganzen Kontinents in seinen Händen, hätte er England durch direkten Angriff oder durch kluge weltpolitische Schachzüge — besonders die Besetzung Gibraltars — ungemein gefährlich werden können. Allein an ein Aufgeben seines Lieblingsplanes war unter den gegebenen Umständen nicht zu denken, und er sträubte sich selbst gegen eine bloße Verschiebung, da er bereits über fünfzig Jahre zählte und sich ausrechnete, in späteren Jahren der großen Aufgabe nicht mehr gerecht werden zu können.

So arbeitete er denn unmittelbar nach der Niederwerfung Frankreichs und noch ehe seine recht experimentell anmutende Luftoffensive gegen England überhaupt begonnen hatte, sofort an dem großen Angriffsplan gegen Stalin und begann im Folgejahr ihn durchzuführen, obschon die Luftschlacht verloren und die zunächst technische Unterstützung Englands durch die Vereinigten Staaten immer stärker geworden war. Mit der Eigensinnigkeit Napoleons in ähnlicher Lage verfolgte er seine Pläne fort, obschon sie seit 1938 in steigendem Maße den Zusammenhang mit der Realität zu verlieren begannen.

VII

Die Spannung zwischen Vorstellung und Wirklichkeit, die sich hier zeigte, bestimmte nicht nur die Durchführung von Hitlers Feldzügen und deren schließlichen Verlust, sondern besonders auch die Entwicklung seiner längst geplanten sozialen und ökonomischen Expansion, deren Hauptziel, die Besitzergreifung und Ausbeutung des Ostens, erst in dem Augenblick beginnen konnte, als seine Heere die russischen Grenzen überschritten und Polen sowie das westliche Rußland somit unter Reichsverwaltung gestellt werden konnten. Die Durchführung des großen Ostplans bietet ein ungemein interessantes und belehrendes Bild der Art, wie die verschiedenen deutschen Elemente, die an dieser Expansion teilhatten, sie förderten und sich ihrer sozial oder ökonomisch zu bedienen suchten, in Widerspruch mit den Bedingungen gerieten, die der deutschen Kriegsführung zugrunde lagen, und wie sich aus all dem ein heilloses Durcheinander ergab, bis schließlich der russische Gegenstoß der Herrlichkeit ein Ende machte.

Formell unterstand die Verwaltung des eroberten Ostlands, soweit es rückwärts der Etappengebiete der deutschen Armeen lag, dem Ostministerium in Berlin unter dem Balten Alfred Rosenberg. Gleich vielen Baltikum-Deutschen, die noch unter dem Zarismus aufgewachsen waren, haßte Rosenberg das eigentliche Russentum, das sich in den letzten Jahrzehnten der Zarenherrschaft auf Kosten des deutschen Elements in Verwaltung und Gewerbe breitgemacht hatte. Seine Sympathie gehörte manchen der übrigen Nationalitäten im ehemaligen Reiche der Zaren, darunter besonders der Ukraine, die er alle verbinden wollte, um Moskau zurückzudämmen. Die Kunde, daß Hitler im Begriff sei, zum Entscheidungskampf im Osten anzutreten und ihm, Rosenberg, durch Ernennung zum Ostminister Gelegenheit zu geben, seinen Haßkomplex gegen die in seiner Heimat siegreichen russischen Bolschewisten abzureagieren, erfüllte ihn mit tiefem Glücksgefühl; er verteidigte seine neue Stellung und seine Nationalitätenpolitik mit dem Eifer eines Autokraten gegen Auflehnung und Mitbewerb und ließ seinem Russenhaß ungehemmten Lauf, mußte es aber freilich erleben, daß es ihm dabei noch schlechter ging als seinem Führer: die Probleme der deutschen Ost-Expansion zerrieben ihn und sein Werk erbarmungslos, und da er versäumte, rechtzeitig Selbstmord zu begehen, wurde er zum Lohn für seine Taten schließlich auch noch gehenkt. Die sachlichen Schwierigkeiten, die er zu überwinden hatte, wurden verstärkt durch Hitlers Gewohnheit, nach Diktatorenart mehreren Untergebenen gleiche oder ähnliche Befugnisse zu verleihen, um sie so gegeneinander ausspielen zu

können. Rosenbergs Haupt-Nebenbuhler war Heinrich Himmler und dessen SS, denen bereits mehr als drei Monate vor Hitlers Angriff auf Stalin die oberste Polizeigewalt und das Recht zur Ernennung aller Polizeifunktionäre in den zu erobernden Ostgebieten von Hitler verliehen wurde. Als Chef eines Staates im Staat organisierte Himmler durch seinen gefürchteten „Sicherheitsdienst" die noch stärker gefürchteten Einsatzgruppen, die hinter den vormarschierenden deutschen Streitkräften einherzogen, um das zur Siedlung bestimmte Ostland zunächst einmal von allen denkbaren Gegnern der Hitlerherrschaft — besonders den Juden — freizukämmen. Die Einsatzgruppen wurden hierbei von Leuten des „Rasse- und Siedlungs"-Hauptamts der SS unterstützt, die sie berieten, wer aus dem freizumachenden Gebiet in erster Linie abgeschoben werden solle, wer davon im Reich oder in anderen Gebieten Dienste zu verrichten habe, wer sein Eigentum verlieren solle, wer — zum Beispiel wegen Geschlechtsverkehr mit Deutschen — auf der Stelle zu erledigen sei und welche der zurückgelassenen Kinder rassisch unter Umständen geeignet seien, zu Deutschen umerzogen zu werden. Als Himmlers Leute, um das „Freikämmen" der eroberten Gebiete völlig zu sichern, von der zum Angriff antretenden Wehrmacht verlangten, die vorgefundenen russischen Lokalbehörden und politischen Agenten („Kommissare") sowie auch die der russischen Armee zugeteilten Kommissare, soweit man sie finge, ohne weiteres zu erschießen, wurde das Oberkommando der Wehrmacht (Jodl und Warlimont) einen Augenblick stutzig, und auch Rosenberg legte Verwahrung ein, weil er Verwaltungsspezialisten bei der Betreuung des ungeheuren ihm anvertrauten Raumes gar nicht entbehren konnte; allein Hitler entschied im Sinne Himmlers. Das Heer blieb auch weiterhin dem Kommissarerlaß abgeneigt, da er dazu beitrug, die Bevölkerung im besetzten Gebiet in einer Weise zu beunruhigen, die den Heeresinteressen zuwiderlief; es war hier einer der Fälle, wo Himmler nicht alles ganz so durchsetzen konnte, wie er wollte; im übrigen aber blieb sein Walten furchtbar genug.

Heinrich Himmler sah den Ostraum Europas, gleich Hitler und Rosenberg, als natürlichen Kern seiner Herrschaft an. Hiermit war unter den psychopathischen Figuren, die hier um Rang, Ruhm, Macht und Ansehen rangen, eine dritte — und bei weitem nicht die letzte — aufgetreten; denn solche unwiederholbaren geschichtlichen Chancen ziehen solche Gestalten an wie der Mist die Fliegen. Sohn eines gegenüber der Monarchie bis zur Lächerlichkeit devoten bayerischen Gymnasiallehrers und selbst in seiner Jugend — wo er mit dem Verfasser dieses Beitrags auf der Schulbank saß — ein übereifriger brillentragender Streber, der damals noch ganz in den Händen seines jesuitischen Religionslehrers war, hatte Himmler durch den Sturz der Monarchie im Jahre 1918 alle Aussichten auf die Erlangung der oberen Staatsstellen eingebüßt, auf die Leute seines Schlages unter der Monarchie eine Art Monopol besaßen. Seine ungeheure Enttäuschung über diese Änderung, die aus seinen Tagebüchern spricht, wurde durch die frühzeitige Versetzung seines Vaters und seiner Familie in die Kleinstadt Landshut gesteigert, wo ihm auch die bescheidensten Verbindungen für eine gehobene Laufbahn fehlten; um das Schicksal dennoch zu zwingen, schloß er sich daher schon sehr frühzeitig der Hitlerbewegung an. Auch diese seelische Bakterie war, wie die anderen, im Dritten Reich virulent geworden, und Himmler hatte sich, was gleichfalls zwangsläufig ist, zum Instrument der ihm adäquaten sozialen Elemente innerhalb der Gesamtbewegung gemacht. War Adolf Hitler der Nazi schlechtweg, das Idol der unzähligen einander folgenden sozial deklassierten Schichten, die sich seit den Tagen, wo das erste Grüppchen der Partei in den Hinterzimmern des Sterneckerbräu zusammenkam, wie Jahresringe um sie legten, und war Rosenberg, der dreiviertelsgebildete Sohn eines deutschen Schuhmachers aus Reval

(Thallinn), das Haupt einer Riesenschar im Reich wegen Unfähigkeit oder Verfehlungen unmöglich gewordener Beamten, die man dort als „Spießer, der Herr spielt" oder auch als „Ostnieten" bezeichnete oder mit Rücksicht auf die Farbe ihrer Uniform auch wohl „Goldfasanen" nannte, so war Himmler die Spitze der aus den Klauen der Weltwirtschaftskrise geretteten Sprossen früherer deutscher Oberschichten, deren schwarze Uniformen deutlich machten, daß sie im Hitlerreich über Tod und Leben geboten. Obschon die Himmlersche Form der völkischen Ideen, in der das Aristokratische stark herauskam, der Hitlerschen Auffassung des Ostproblems gut entsprach und Himmlers „Sicherheitsdienst" zur Zerreibung der Slawen und Vernichtung der Juden benötigt wurde, gab Hitler ihm während des größten Teils des Krieges dort keine freie Hand. Der Führer blieb auf der Hut vor mächtigen Rivalen, auch hätte zügellose Entfesselung der SS die Aufgabe der deutschen Streitkräfte im Osten praktisch unmöglich gemacht. Andererseits war Himmler im Osten von vornherein mächtig genug, um Rosenberg und sein Ministerium zu immer wiederholten Beschwerden über das Vorgehen der SS zu reizen. Seine SS verhaftete unzählige Leute in der Ukraine, obwohl Rosenberg diese Nationalität schonen wollte.

Mit noch größerer Erbitterung focht Rosenberg gegen seine eigenen Satrapen, besonders den Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, einen früheren unteren Eisenbahnbeamten, der mit dem Kommunismus geliebäugelt hatte und der nun, mit dem Drall solcher Figuren, die ihre Vergangenheit zu verleugnen suchen, auch in der Ukraine schaltete, zu deren Reichskommissar er auf Veranlassung Martin Bormanns ernannt worden war. Als ein Praktiker der Partei, dem es wesentlich darauf ankam, das reiche ihm anvertraute Gebiet zur Ernährung des Heimatlandes zu benutzen und Deutschland mit Zwangsarbeitern zu versehen, sträubte sich Koch gegen Rosenbergs pro-ukrainischen Föderalismus. Er wurde hierbei von Hitler gestützt, der sich bei Tisch unumwunden äußerte, wer die örtliche Bevölkerung umwerbe und gar sie zu zivilisieren suche, werde stracks ins KZ geschickt — ein offenbarer Wink für Rosenberg, auf der Hut zu sein. Nach Reisen zum Führerhauptquartier hielt Koch nicht selten prahlende Reden, die Ukraine müsse mit eiserner Faust regiert werden. Das Volk stehe tief unter den Deutschen. Von zehn seiner Arbeitsstunden müßten acht der deutschen Ernährung dienen. Verkehr mit den Ukrainern sei verboten, und geschlechtlicher Verkehr werde streng bestraft. All dies waren politische Ohrfeigen für Rosenberg, der sich aber angesichts der Haltung Hitlers nicht wehren konnte. Nur über die Notwendigkeit der Ausrottung der Juden waren sich alle einig. Augenscheinlich beabsichtigte Hitler, die Ukrainer auf die Dauer ebenso zu behandeln wie die zu Untermenschen gestempelten Russen: „Wenn ich einen Ukrainer finde, der gesellschaftlich wert ist, mit mir an einem Tisch zu sitzen," erklärte Koch, „so muß ich ihn erschießen lassen." Mit seinen anderen Satrapen, wie etwa Lohse, der über das unter Hitler gebildete sogenannte Ostland — das Baltikum und Weißrußland — regierte, oder Kube, der Lohse untergeordnet war und Weißrußland unter sich hatte, kam Rosenberg besser aus. Im Baltikum schwangen noch aus der Zeit des Deutschen Ordens und der Hanse deutsche Traditionen nach. Lohse, ein typischer Sproß des kleinen Mittelstandes, der das Hitler-Evangelium mit Gier verschlang, war von seinem Los, über diese Reste feudaler Vergangenheit herrschen zu dürfen, so entzückt, daß er im Suff von seinen Söhnen als den künftigen Herzögen dieses Gebietes sprach. Kube hinwieder, langjähriger Reichstagsabgeordneter und als ein Musterbild eines korrupten Nazi bekannt, der wegen solcher Verfehlungen schließlich von Hitler seiner Stellung als Oberpräsident von Brandenburg und Westpreußen enthoben und ins Gefängnis gesteckt worden war, setzte in seiner neuen Stellung seinen früheren Lebenswandel auf gehobener Stufe fort. In einem prächtigen

Palast in Minsk residierend, gab er festliche Gelage, bei denen die Tische von den Genüssen des Ostens barsten und Bier und Wodka in Strömen flossen; er sprach oft davon, er wolle die blauäugige und blonde Bevölkerung des Gebiets, in dem er residierte, aus den Klauen der Polen und Juden befreien und eine Nationalität aus ihr machen, die Moskau einzudämmen helfen werde. Daher machte es ihn äußerst rabiat, als auch hier der SD der SS auftrat und das Idyll durch die üblichen Erschießungen demolierte, was die anfänglich nicht unfreundliche Stimmung gegen die Deutschen gründlich verderben half. Eines der blauäugigen und blonden Dienstmädchen, die Kubes Residenz in Ordnung hielten und denen er vertraute, steckte ihm schließlich eine Bombe ins Bett, die ihn in die Luft sprengte.

Inzwischen hatte Rosenbergs föderalistisches Programm auch noch auf einem weiteren Schauplatz Schiffbruch erlitten. Dogmatisch an gewissen ihm von früher her vertrauten Vorstellungen festhaltend, förderte er die Pläne Alexander Nikuradzes, eines der vielen Emigranten aus Georgien, die vor den Bolschewisten nach Deutschland geflohen waren, und reihte so seinem Kranz von nationalen Bollwerken, mit denen er Moskau zu zernieren trachtete, auch noch einen kaukasischen Block unter georgischer Führung an — ein Projekt, das, als die Heere Hitlers 1942 in dieses Gebiet eindrangen, sich als sehr unzweckmäßig erwies, da die Mehrheit der örtlichen, national sehr gemischten Bevölkerung von einer georgischen Vorherrschaft nichts wissen wollte.

Weit mehr jedoch, als das Scheitern dieses und ähnlicher Projekte für den Nordrand des Schwarzen Meeres, die wegen der deutschen Niederlage bei Stalingrad unter keinen Umständen Bestand gehabt hätten, unterminierten die großen Sozial- und Wirtschaftsprobleme, die die deutsche Expansion im Gefolge hatte, die Kontrolle nicht nur des Ostministeriums, sondern aller deutschen beteiligten Organisationen und der deutschen Streitkräfte über das gewaltige besetzte Gebiet. Das A und O der gesamten Fragen war das Agrarproblem. Den Deutschen war durch ihr Vorrücken ein ungeheures Gebiet in die Hände gefallen, in dem das kommunistische Wirtschaftssystem herrschte. Während die vorhandenen Industriebetriebe teilweise abtransportiert und zum anderen Teil zerstört worden waren und das kommunistische staatliche Verteilungssystem für Agrarprodukte nicht mehr funktionierte und ersetzt werden mußte, waren die berühmten kommunistischen Agrargemeinschaften (Kolchosen) intakt geblieben und imstande, weiterzufunktionieren. Die Frage erhob sich, wie weit ein Herrschaftssystem, das seit seiner Entstehung den Kampf gegen den Kommunismus und für die Privatwirtschaft auf seine Fahne geschrieben hatte, die Kolchosen weiterführen konnte und sollte, ohne mit sich selbst und mit den Erwartungen der Bevölkerung in Widerspruch zu geraten. Besonders in den westlichsten Gebieten der Sowjetunion, die erst 1939 im Verfolg des Hitler-Stalin-Pakts von ihr besetzt worden waren, erwartete man stürmisch eine Reprivatisierung des Landes. Allein das war eine kitzliche Sache. Angesichts der englischen Blockade um Europa war die Versorgung Hitler-Europas und besonders Deutschlands mit Lebensmitteln eine Frage erster Ordnung geworden, ganz abgesehen davon, daß die Mobilisierung eines Großteils der wehrfähigen Männer deren Ersatz durch Fremdarbeiter wünschenswert machte, die man aber sicher nicht bekommen konnte, wenn die Reprivatisierung der Kolchosen Fortschritte machte. Hiervon ganz abgesehen, wäre eine Verteilung des Bodens an die Einheimischen vom Standpunkt eines Hitler und Himmler aus, die hier Boden für deutsche Siedler erwerben wollten, geradezu widersinnig erschienen. Andererseits durfte man jedoch die Erwartungen der örtlichen Bevölkerung nicht zu sehr enttäuschen, um sie nicht noch mehr gegen sich aufzubringen, als das durch das Treiben der Einsatzgruppen der SS und die systematische Wegnahme aller von Deutschland gebrauchten Güter und Waren

mittels Plünderung oder rein fiktiven Zahlungen ohnehin geschah. So stimmten denn nach langen Überlegungen alle maßgeblichen Instanzen — sie waren in diesem Punkte mehr einig als sonst — einem von dem Sachverständigen Professor Otto Schiller vorbereiteten Agrarerlaß zu, den Rosenberg am 26. Februar 1942 veröffentlichte und der die Kolchosen an sich bestehen ließ, wenn er sie auch zu „Gemeinwirtschaften" erhob und somit braun anstrich, und eine Reihe von Konzessionen in Aussicht stellte, die von der Goebbels-Propaganda ungeheuer groß aufgemacht, aber stets an solche Bedingungen geknüpft waren, daß sie praktisch keinen Wert besaßen. Der springende Punkt war, daß das Zwangssystem beibehalten wurde und daß — wie das praktisch bereits üblich geworden war — ein brauner anstelle eines roten Kommissars über die pünktliche Ablieferung der vom Staat festgesetzten Quoten wachte. Die Durchführung des Erlasses war nicht überall gleich hart. Im Norden — dem Bereich der Lohse und Kube — zum Beispiel war sie es nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es sich hier um Gegenden ohne agrarische Überschüsse handelte, bei denen Reprivatisierung des Grund und Bodens selbst vom Standpunkt der Besatzungsmacht aus eher etwas für sich hatte. Aber in Gebieten wie der Ukraine, einer der Kornkammern des Kontinents, war sie oft furchtbar, und sogar in solchem Grade, daß sie die größte Besorgnis der Heeresbehörden auslöste. Einer ihrer schärfsten Kritiker war Oberst Claus von Stauffenberg, der dann am 20. Juli 1944 das Regime als Ganzes zu beseitigen suchte und dabei ums Leben kam.

VIII

Die systematische Zerstörung der zurückgelassenen industriellen Werke durch die abziehenden Russen und der Abtransport der Rüstungsindustrie stellte der deutschen Industrie bei Hitlers Vormarsch im Osten ganz besondere Aufgaben. Die großen Konzerne hatten ja Hitlers Aufstieg von vornherein gerne gesehen, und ein Teil von ihnen hatte ihn aktiv unterstützt.*) Als Monopole eines geographisch sehr beschränkten Landes hatten sie nicht, wie etwa die amerikanische Industrie, ihren Binnenmarkt ständig erweitern können und waren daher mehr als die Konzerne anderer Staaten auf die Aufrüstung als Retterin aus der großen Deflationskrise nach 1929 angewiesen, wobei ihnen das Dritte Reich aufs kräftigste half. Das bedeutet nicht. daß sie von dem Angriff auf Rußland von vornherein wußten. Wie die breiten Massen hinter Hitler, unterstützten sie ihn, wo immer er vorstieß, und nützten seine Politik nach Kräften für sich aus. Solange er Glück hatte und ihnen zu expandieren erlaubte, war es ihnen ziemlich gleich, ob der Stoß nach Frankreich, über den Kanal, auf den Balkan, nach Afrika, Skandinavien oder gegen Rußland ging. Was sie interessierte, war, daß der Stoß Geschäft brachte und daß er militärisch richtig berechnet war. Als Hitler Unglück hatte, haben sie durch ihre Sprecher in Nürnberg ihn allein für alles verantwortlich gemacht und ihre Hände in Unschuld gewaschen.

Die besonderen Aufgaben, die es für die großen Konzerne in Rußland gab, waren sehr verschiedenartiger Natur. Für den Handel mit Salz, Zucker, Tabak und Likör errichtete das Reich als solches Monopole, die sehr lukrativ wurden. Mehr Interesse für die deutschen Konzerne bot die Beteiligung an früheren Sowjet-Unternehmungen, die das Reich in reichseigene Gesellschaften verwandelte, an denen es Privatgesellschaften Beteiligung gewährte. Zu dieser Gruppe gehörten zum Beispiel die Berg- und Hüttenwerk GmbH, die Kontinentale Öl A.G., die das Kaukasus-Öl hatte ausbeuten sollen, u.a.m. Eine besonders interessante Form der

*) Siehe hierüber außer dem Buche des Verfassers „Hitler, Reichswehr und Industrie", zuletzt Frankfurt, 1962, „res novae" Serie 13, heute besonders auch das gediegene Werk von Arthur Schweitzer, „Big Business in the Third Reich", University of Indiana Press, 1964.

deutschen Wirtschaftsexpansion war die Annahme industrieller „Pflegekinder" durch deutsche Konzerne. So nahm sich zum Beispiel Krupp der Asowstahlwerke in Mariupol und mehrerer Betriebe in Dnjepropetrowsk an. Die Hermann-Göring-Werke nahmen sich die großen Stahlwerke von Saporosche und Kriwoj Rog. Andere russische Werke gingen an Mannesmann und Flick. Hohe Hitler-Beamte traten in die neugebildeten Ostkonzerne ein. Andererseits lieh die Ruhr-Industrie diesen Konzernen Direktoren aus ihren Fabriken aus. Es war ein Wettlauf zwischen der Nazi-Bürokratie und den Direktoren der alten Ruhrkonzerne um Leitung und Ausnutzung der russischen Industriegiganten oder um Ausbeutung der Mineralvorkommen und anderer Vorteile, auf denen diese beruht hatten.

IX

Das alles aber war abhängig von der Möglichkeit, das besetzte Riesengebiet in Frieden auszubeuten. Diese Möglichkeit schwand mit der zunehmenden Unruhe der bis aufs Blut gepeinigten Zivilbevölkerung und der immer ungünstiger werdenden militärischen Lage. An der Unruhe war die Besatzungsmacht selber schuld. Statt die Bevölkerung, wie Goebbels pompös verkündete, vom Joch des Stalinismus zu befreien, bürdete sie ihr im Interesse des Landesfeindes immer neue größere Lasten auf. Während die Nationalitäten, die Rosenberg schonen wollte, wenigstens zu einem Teil etwas besser fuhren, behandelte man mit seiner Zustimmung die eingesessene russische Bevölkerung und die russischen Kriegsgefangenen in den über das ganze Gebiet verstreuten Lagern bewußt als „Untermenschen". Die deutschen Militärbehörden waren völlig unvorbereitet für die Betreuung von Millionen Kriegsgefangenen und ließen sie durch Hunger, Kälte und Epidemien verderben, was die Bevölkerung, die das mit ansah oder davon hörte, zur Sabotage und zur Unterstützung der immer dreister werdenden Partisanen trieb. Von den insgesamt fünf Millionen russischen Kriegsgefangenen sind über drei auf diese Weise umgekommen. Das Unglaubliche war, daß in den Jahren, in denen sich dies begab, die NSDAP durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, den später in Nürnberg gehenkten Fritz Sauckel, wie besessen nach Arbeitskräften fahndete, an denen in der Heimat immer größerer Mangel herrschte. Diese Menschenjagden erstreckten sich in eben jene Gebiete, in denen sich diese Szenen abspielten, was die eingeborene Bevölkerung und besonders die eigentlichen Russen zu völliger Verzweiflung trieb.

Mit der immer schlechter werdenden Kriegslage erkannten schließlich selbst Himmler und seine Ratgeber, daß ein Wechsel in der Behandlung der einheimischen Bevölkerung wie auch der Kriegsgefangenen nötig sei. Nach langem Zögern unterstützten sie die Bewegung des in deutsche Gefangenschaft geratenen Sowjet-Generals Wlassow, der einen russischen Partisanenkrieg gegen Stalin zu organisieren unternahm. Es war viel zu spät. Als die ersten Divisionen Wlassows in der Tschechoslowakei zu operieren begannen, standen die Amerikaner bereits nahe vor Prag.

X

Was sich in jenen Jahren im östlichen Europa begab, war im Grunde nur eine ins Ungeheure vergrößerte Kopie eines Bildes eines Postkartenzeichners. Das vergessene Original hing irgendwo in dem vielräumigen großen Männerheim in der Meldemannstraße in Wien, wo der unbekannte, abgerissene, gestrandete Malschüler Adolf Hitler das Original konzipiert hatte. Ganz oben stand er, das arme weiße Luder. Unter ihm standen die Arbeiter, die ihn, als unfähig, verächtlich vom Baugerüst gewiesen hatten. Noch weiter unten sah man kleine tschechische und polnische Schneider, Schuster und Rahmenmacher bei der Arbeit.

Und im Kellerraum saßen jüdische Händler, die Geld zählten. Die Wirklichkeit, nach der das Bild gemalt war, bot freilich einen umgekehrten Anblick. Da saß der Zeichner unten im Keller, und alle die anderen füllten die oberen und obersten Stockwerke.

Allein ihm war Besseres prophezeit worden. Einige Jahre vorher, nach einer Aufführung von Wagners Rienzi in Linz, hatte er seinen Freund August Kubitschek in der Nacht auf die Spitze eines nahen Waldberges geführt und ihm rundheraus gesagt, er, der junge Adolf Hitler, sei zum Führer und Retter der Deutschen bestimmt. So malte er denn das Bild nicht, wie es war, sondern wie es werden würde, und trug es seitdem so im Kopfe.

Nach 1919 sah es langsam so aus, als scheine das Bild sich zu bewegen. Und nach 1929 war kein Zweifel mehr. Es war Wirklichkeit geworden. Inflation, Deflation, Pazifikation Europas und andere seinem Schöpfer holde Gesellschaftskräfte schoben es, dehnten es aus, ließen es größer und größer werden. Wie Macbeth, nachdem ihm die Hexen geweissagt, wußte er nicht mehr recht, ob er wache oder träume. Sich zum Führer aufschwingend, wie es ihm bestimmt war, beging er Verbrechen über Verbrechen, erschlug nicht nur seine besten Freunde und Helfer, sondern tauchte den ganzen Erdteil in Blut. Die seltsamen Kräfte, die ihn trugen, halfen ihm auch jetzt noch, er wußte selbst nicht recht, warum. Um 1942 sah Ost-Europa — der Teil des Kontinents, um den es ihm besonders zu tun war — etwa so aus, wie er es sich erträumt hatte. Allein gleichzeitig entdeckte er, daß die Kräfte, die ihn trugen, sich nicht mehr bannen ließen. Es waren im Grunde keine magischen, sondern ganz banale Kräfte, es war die Verbindung der Interessen und Massen, die ihm gefolgt waren, weil er zu führen schien. Allein er führte nicht. Sein Auge starr auf sein Wunschbild gerichtet, hatte er unterlassen, seine Gefolgschaft, sein Land, seine eroberten Gebiete gehörig zu sichern, und hatte es versäumt, die Mächtigkeit der ungeheuren Gegenkräfte gebührend einzuschätzen, die er heraufbeschworen hatte.

Jetzt wandte sich das Blatt. Von den Hexen, die ihm geweissagt, gefoppt und betrogen, saß er, von allen Seiten umstellt, bald in seinem Bunker in Berlin, wie Macbeth im Schloß von Dunsinan. Die siegreiche Koalition rückte unter dem Donner der Geschütze auf ihn heran. Eine Hiobspost nach der anderen traf ein. Und er griff zur Pistole.

Martin Dovifat

Die SPD will mitregieren

Traum und Konsequenzen der ‚großen Koalition'

„Ihm wird die SPD im Herbst Sieg oder Niederlage zu verdanken meinen", schreibt Rudolf Augstein zum Schluß eines bitteren Porträts von Herbert Wehner. Er war eingeladen von dem betriebsamen Chef der Gruppe 47, Hans Werner Richter, zusammen mit linken Schriftstellern beizutragen zu einem „Plädoyer für eine neue Regierung", eine SPD-Regierung. Weil die Einladung auch an Augstein ging, war wohl eine SPD-FDP-Koalition gemeint. Jeder der Autoren sollte sich einen Mann nach seiner Wahl aussuchen, an dem er exemplifizieren konnte, was er von der SPD erwarte an neuen Initiativen, personifiziert durch neue Politiker in der Regierungsverantwortung. Was dabei herauskam, müßte die SPD-Parteiführung nachdenklich machen. Es ist mehr oder weniger ein Mißtrauensvotum für die Oppositionspartei des Bundestages, bei gleichzeitiger scharfer Verurteilung der CDU/CSU. Deutsche Intellektuelle sehen weder in CDU noch SPD die demokratischen Grundrechte überzeugend verankert. Einige der zum Bekenntnis für die SPD (oder für das Koalieren mit der SPD) Aufgeforderten wichen aus, indem sie die CDU und insbesondere den Stil Erhards attackierten. Andere bekannten gleich, daß ihre Sympathie Politikern gehört, die zwar zur SPD zählen, aber in dieser Partei zur Zeit wenig Resonanz mit ihren Vorstellungen finden. Hochhuth lobt Otto Brenner, Rühmkorf Gustav Heinemann, Jens Carlo Schmid. Heissenbüttel spricht ihrer aller Wunsch aus, für den sie auch bei der SPD-„Regierungsmannschaft" keinen Adressaten mit Entscheidungsgewalt sehen: „... wer am vernünftigsten ist soll Macht haben Mensch macht das mal." Sie werden es nicht machen, lautet der Chor der darauf folgenden Stimmen. Die CDU, und schon gar die CSU, mag ihren alten Adam nicht verleugnen und die SPD ist stolz, daß sie es „noch besser" kann — wenn man sie ranläßt — als Adenauer und Erhard zusammen. Noch besser machen das Alte, das Bekannte, das vernunftmäßig Widerlegte, das weltpolitisch längst Gestrige, das, was in die Isolierung führt und damit — am Pulverfaß Mitteleuropas — wer weiß wohin ...

Ihm aber wird die SPD Sieg oder Niederlage zu verdanken meinen, einem Mann, der eine alte demokratische Partei, eine gerade Hundertjährige, so umformiert hat, daß sie nun sich selber nicht mehr wiederkennt, daß ihre Mitglieder entweder sagen: Sein Wille geschehe — oder, vorsorglich, „ich habe das ja nie gebilligt, aber was sollte ich machen, wo alle dafür waren, und es doch galt, Disziplin zu bewahren und man die interne Auseinandersetzung auch noch führen kann, wenn er uns an die Macht gebracht hat". Er, der Allmächtige, er, bedingungslos verehrt und bewundernd gehaßt. Er, die Autorität der Partei. Ja, was ist denn mit dieser Partei geschehen? Wie kam denn dieser Einmannwille über sie? Wie wurde die deutsche Sozialdemokratie zur Wehnerpartei?

Sie wurde es zu einem Zeitpunkt, da sie nach drei verlorenen Wahlen an sich selbst und am deutschen Wähler verzweifelte. Sie wurde es nicht von der Basis her, sondern von oben nach unten. Sie wurde es zu dem Zeitpunkt, da Erich Ollenhauers Kräfte erlahmten, da dieser redliche, vernünftige, aber kaum brillante und mitreißende Parteiführer nicht mehr die Mehrheit für eine neue Kanzlerkandidatur hinter sich brachte. Da wurde sie es offiziell, auf dem Parteitag von Hannover 1960, als Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten proklamiert wurde, damals der Mann Herbert Wehners. Aber sie wurde es eigentlich schon früher, als nämlich Herbert Wehner, bis dahin noch als ein Sprecher der Linken, als Initiator des Deutschlandplans der SPD angesehen, das Godesberger Programm in

einem pathologischen Kraftakt durchpaukte, anno 1958 also schon, als er die Sozialisten in der SPD beschwor, ihm zu vertrauen, nur durch das Reformprogramm komme man aus dem Dunstkreis der Diffamierungen heraus, werde man das Etikett in der bundesdeutschen Öffentlichkeit los, Halbbruder der Kommunisten zu sein dank Karl Marx. Es war, wie ein bedeutender Psychoanalytiker diagnostizierte, „ein Ausbruch, der menschlich erschütterte, weil hier ein Trauma zutage trat, das alle jene dem Renegaten zugefügt hatten, die ihn immer wieder einen Kommunisten nannten". Er nannte sich denn auch in Godesberg „ein gebranntes Kind" und warnte die Genossen, nicht durch das Festhalten an der sozialistischen, unverwässerten Programmatik die Partei zu dauernder Ohnmacht zu verurteilen. „Er gehört zu den Typen, die nichts ohne Schmerzen hinter sich bringen, man möchte meinen, sogar das Pfeifenrauchen nicht", beschreibt ihn Augstein unsentimental. Aber er hat zweifellos die Fähigkeit, seine Schmerzen so darzustellen, daß eine ganze Gruppe sich damit identifiziert. Er hat als Demagoge eine im heutigen Deutschland unvergleichliche Ausstrahlung. Und da in der dramatischen Selbstinszenierung seines Lebens jeder Zusammenbruch, jede Konversion von ihm neurotisch voll ausgeschöpft wird, wirkt das ansteckend. Jedenfalls auf eine Partei, die gleich ihm aus dem Ghetto einer unverschuldeten Verteufelung („die ewigen Neinsager", „der Untergang Deutschlands", „die Gegner des Wirtschaftswunders") herausstrebte in die Sonne des pragmatischen Erfolgs. Und dazu bescherte Wehner ihr statt des glanzlosen Ollenhauer den an Kennedys Vorbild angeschmiegten und, was sehr wichtig war, „Regierenden" von West-Berlin, Willy Brandt, der es mit dem alten Adenauer aufnehmen sollte im Zeichen einer reformierten, einer salonfähigen SPD. Zudem den Chef einer „Frontstadt" des Kalten Krieges. Den Bürgerlichen, die es zu gewinnen galt, bot Wehners Regie das Ja zur Gemeinsamkeit mit der CDU an und endlich das Ja zu den Atomwaffen für die Bundeswehr und die Zurücknahme eines auf internationale Entspannung abzielenden Deutschlandplanes, dessen Mitdurchsetzer — nach den Ideen Heinemanns — er selbst gewesen war.

Diese Schwenkung um hundertachtzig Grad wäre ohne Wehner nicht möglich gewesen. Keinem deutschen Politiker eignet wie ihm die Fähigkeit, „die radikale Umkehr aus einer mit den Zähnen festgehaltenen Position in ihr Gegenteil" zu vollziehen, wie Augstein das formuliert. Und Augsteins Wehneranalyse ist auch die Definition zu verdanken, daß er sich „glaubhaft", aber nicht „glaubwürdig" wandelt. Glaubhaft, da es ihm um seine persönliche Rehabilitierung durch das deutsche Bürgertum geht. Glaubwürdig nicht, da er um dieser aus innerem neurotischen Bedürfnis verlangten persönlichen Rehabilitierung willen alle politischen Vernunftvorstellungen, die er zuvor entwickelte, über den Haufen wirft und nun nichts mehr kennt als das taktische Kalkül, wie er zu seiner eigenen Legitimation an die Macht gelangen kann. Woher kommt gerade ein Außenstehender, Augstein, zu diesem bislang treffendsten Wehnerporträt? (Ironie des Schicksals in einem Buch, das für die heutige SPD werben wollte, dessen Herausgeber aber, Hans Werner Richter, ein unabhängiger Schriftsteller, keinen Beitrag zurückwies und damit lieber verscherzte, daß die SPD-Werbechefs sich des Angebots bedienten; Barsig lehnte dankend ab, sein oberster Chef für Öffentlichkeitsarbeit heißt immerhin Herbert Wehner.) Nun, Augstein vergleicht Wehner mit Strauss. „Warum er Strauss immer wieder ein vermittelndes Händchen hinstrecken läßt, glaube ich zu ahnen. Es ist nicht nur, daß er die Stimme des CSU-Vorsitzenden für den Fall einer Koalition mit den ‚Christen' in der Schwebe halten will — vielmehr: Die schmerzhaften Häutungen haben ihn nicht dickhäutig gemacht. Er, mit seiner respektablen Vergangenheit, will niemandes Richter für vergangene Taten sein." Eine psychoanalytische Begründung gleichfalls. Aber an wen erinnert das,

außer an Strauss? Und: Ist unser Volk eigentlich schon wieder gefestigt genug, um den Ressentiments solcher Politiker vernünftig widerstehen zu können? Politiker, die sich — und das trifft nachweisbar für Strauss wie Wehner zu — des nationalen Pathos bedienen, schrankenlos, seit sie um ihre weiße Weste kämpfen und dabei sich mit der Nation gleichsetzen. „Volk will zu Volk" sagte Wehner auf dem „volkspolitischen Kongreß der SPD", flankiert von dem Sprecher der Berufsflüchtlinge, Wenzel Jaksch. Und Wehner war es, der eine Deutschlandkarte mit den Grenzen von 1937 an die Stirnwand der Karlsruher Parteitagshalle hämmern ließ. Wie Wehner mit Jaksch, so koaliert Strauss mit den BHE-Politikern in Bayern und setzt sich für Oberländer ein, der gleich ihm einer „Rufmordkampagne" zum Opfer gefallen sei, die in der schlichten Dokumentierung seiner selbst nach Adenauers Ansicht „tiefbraunen" Vergangenheit bestand (was Adenauer im übrigen nicht beirrte, gerade diesen NS-Ost-Ideologen so lange wie gegenüber der Weltöffentlichkeit möglich als „Bundesvertriebenenminister" amtieren zu lassen).

Nachdem 1961 der Anlauf zur Macht noch scheiterte, kam 1962 die „Spiegel"-Affäre Wehner zupaß. Nach dem Rücktritt der FDP-Minister fuhr Wehner mit (dem politisch schon entmachteten) Ollenhauer und dem beflissenen Erler im Palais Schaumburg vor und bot sich als Stütze des Mannes an, der die SPD verhöhnt und beleidigt und gegen sie regiert hatte, wie kaum ein deutscher Staatsmann. Adenauer genoß diese masochistische Bittfahrt zu seinem Thron in einem Augenblick, als der Thron bedenklich wackelte und als die öffentliche Meinung für einen Ausschluß der CDU/CSU aus der Regierungsverantwortung reif war, empört und verschreckt über neue obrigkeitliche Polizeiaktionen bei Nacht und Nebel. Da war es Wehner, der sich bei Adenauer anbiederte. Wenn auch zu diesem Zeitpunkt die Fraktion das Spiel nicht mitmachen wollte und mit Mehrheit die von Wehner projektierte Koalition mit Adenauer ablehnte, so war doch damit immerhin das Ziel erreicht, das der stolzen SPD Wehners Taktik verschrieb: Sie war von der CDU — und über den Reichsfreiherrn von und zu Guttenberg auch durch die CSU — eines Gesprächs für eine Regierungskoalition im Bund gewürdigt worden.

Die nächste Gelegenheit, sich um die große Koalition der Zukunft verdient zu machen, ergab sich bei der Bundespräsidentenwahl. Die SPD verzichtete auf einen eigenen Kandidaten und boxte den autoritär-klerikalen Lübke durch. (Den die CDU allein nicht durchgebracht hätte, da sie in der Bundesversammlung keine Mehrheit besaß, während die FDP gegen ein antiliberales Staatsoberhaupt immerhin offen opponierte.) Wehners Kalkül war nur: Wie sichere ich mir einen der Bemühung um die „große Koalition" nach der Wahl von 1965 verpflichteten Bundespräsidenten. Diesmal folgte ihm die Hälfte der SPD-Wahlmänner nicht. Aber Lübke schaffte es auch mit den Stimmen der Wehnergetreuen. Der Mann, den viele gern als einen sozialdemokratischen Bundespräsidenten gesehen hätten und der sich zu einer Kandidatur bereiterklärt hatte, Max Brauer, verdienstvoller weltmännischer Bürgermeister Hamburgs nach dem Kriege, ein Mann von eigenen Gedanken und schwerer Sorge über den Wehneropportunismus, erhielt auf dem Parteitag in Karlsruhe seine Quittung. Als er auch noch gegen die MLF — mit Argumenten, die von der Entwicklung rasch bestätigt werden sollten — opponierte, flog er aus dem Vorstand der SPD heraus. Dafür sorgten Wehners Einpeitscher. Und er wurde auch nicht wieder für den Bundestag nominiert.

Das letzte weithin sichtbare Opfer für die große Koalition brachte Wehner, als er in einer Sitzung des Parteivorstandes der SPD durchpaukte, daß in diesem Mai in Niedersachsen die fortschrittliche Bildungspolitik der Sozialdemokraten, eines ihrer besten und glaubwürdigsten Argumente im Wahlkampf, auf unfaßliche Art

diskreditiert wurde. Wehner forderte, der niedersächsische Ministerpräsident Diederichs müsse darin bestärkt werden, das Konkordat mit dem Vatikan abzuschließen, die widerstrebende FDP aus der Koalition zu entfernen und mit der CDU in Hannover als Modellfall für die künftige Bundesregierung eine große Koalition zu bilden. Gegen dieses Konkordat protestierten Gewerkschaftler und Studenten, Eltern und Lehrer und die evangelische Synode in dem vorwiegend protestantischen Niedersachsen. Es half nichts. Man werde nicht „unter dem Druck der Straße" nachgeben, sagte die SPD-Sprecherin Maria Meier-Sevenich in der Debatte und beschimpfte die Konkordatsgegner, darunter evangelische Geistliche, als „Atheisten". Unter dem Vorgänger von Diederichs, dem verstorbenen volkstümlichen Hinrich Kopf, hatte die SPD vor zehn Jahren mit dem niedersächsischen Schulgesetz einer vernünftigen Bildungsreform in der Bundesrepublik wenigstens in einem Bundesland Bahn gebrochen, hatte den Vorrang der Gemeinschaftsschule und die Aufhebung einklassiger Zwergschulen zugunsten von Mittelpunkts- und Dorfgemeinschaftsschulen bewirkt, was von allen unvoreingenommenen Pädagogen begrüßt wurde. Niedersachsen hatte zudem angesichts der Kulturhoheit der Bundesländer in einem Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht die Ungültigkeit des zwischen dem Vatikan und Hitler 1933 geschlossenen Reichskonkordats bestätigt erhalten. Der erzielte Fortschritt wurde in diesem beispiellosen Konkordat zugunsten einer „großen Koalition" geopfert. Dabei bildeten CDU und SPD eine Einheitsfront gegen Gewerkschaften, Studenten und gegen das liberale Bürgertum. Seitdem ist das Vertrauen verspielt, das breite Kreise der Öffentlichkeit in eine fortschrittliche Bildungspolitik der SPD, in eine progressive Überwindung der deutschen Bildungskatastrophe setzten. Wehner läßt das kalt.

Krönung der Vorleistungen auf dem Wege zur großen Koalition aber sollte die Zustimmung der SPD zu den Notstandsgesetzen sein. Erler hatte mit Barzel schon alles ausgehandelt. Da zeigte sich, daß das Veto der Gewerkschaften nicht zu erweichen war, und daß die Öffentlichkeit durch den Protest von Professoren, Studenten und Schriftstellern hellhörig wurde. In Saarbrücken beschloß der SPD-Parteirat, den verfassungsändernden Gesetzen nicht zuzustimmen, sondern nur den drei sog. Schutzgesetzen. Brandt bangte um Gewerkschaftsstimmen. Höcherl kondolierte im Bundestag dem bei dieser Abstimmung, wie 1962 bei seinem Adenauercoup, unterlegenen Wehner. Der erwiderte: „Danke für das Beileid." Nicht verwirklicht wurde somit die eigentliche Notstandsverfassung, die Grundgesetzergänzung und -änderung. Die SPD-Fraktion stimmte, bis auf wenige Ausnahmen, den Schutzgesetzen zu. In der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, als seien damit alle anderen Gesetze von der Fraktion abgelehnt worden. Tatsächlich aber hatte sie sich, um gegenüber der CDU ihren „guten Willen" zu beweisen, am Vorabend der Debatte über die vier Sicherstellungsgesetze (Wirtschafts-, Ernährungs-, Verkehrs- und Wassersicherstellungsgesetz) dafür ausgesprochen, auch diesen Gesetzen ihre Zustimmung zu geben, wenn die Durchführung verfassungsbedenklicher Artikel bis zur Grundgesetzänderung ausgesetzt würde. Dazu waren die Regierungsparteien nicht bereit. So wurden diese vier Sicherstellungsgesetze lediglich mit der Mehrheit von CDU und FDP verabschiedet. Verfassungsrechtliche Einspruchsmöglichkeiten will die SPD aber nicht geltend machen. Gewerkschaftler kommentieren, daß die SPD-Spitze sich in dieser Phase der Notstandsauseinandersetzung eines doppelten Wortbruchs schuldig gemacht habe. Einmal, indem sie vor Saarbrücken immer versprochen hatte, Einzelgesetzen nicht zuzustimmen, zum anderen, indem sie entgegen den Saarbrücker Beschlüssen, die nur das Ja zu den Schutzgesetzen vorsahen, nun auch bereit war, den Sicherstellungsgesetzen zuzustimmen.

Wohnungsbauminister Paul Lücke, einer der CDU-Unterhändler, die 1962 mit Wehner die große Koalition perfekt machen wollten, übrigens gleichzeitig der Vertrauensmann des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in der Bundesregierung und der CDU, sagte nach der Notstandsdebatte vor katholischen Journalisten: „Die Zustimmung der SPD zu der ganzen Notstandsgesetzgebung ist uns, nach Wehners und Erlers Versicherungen, absolut sicher, wenn es nach den Bundestagswahlen zu einer großen Koalition kommt. Das geht dann sehr schnell über die Bühne und die Gewerkschaften werden nach der Wahl nichts dagegen bei der SPD-Fraktion unternehmen können. Denn dann wird mit Brenner und Genossen Fraktur gesprochen, darauf freut sich der Wehner heute schon."

Aufschlußreich ist auch, daß sowohl Adenauer als Wehner in Erklärungen gegenüber Springers „Welt am Sonntag" vorsorglich bereits vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes sich in unmißverständlichen Andeutungen für eine große Koalition erklärten. Desgleichen Strauss auf dem außerordentlichen CSU-Parteitag in Nürnberg und danach noch einmal der CSU-offiziöse „Bayern-Kurier". Adenauer erklärte in einem Interview der „Welt am Sonntag" am 18. Juli: „Die SPD ist auf Grund der Erfahrungen klüger geworden. Sie hat gesehen, daß sie mit dem Sozialismus nicht weiter kommt und deshalb hat sie umgesattelt." Diese Bemerkung kommentierte der Springerredakteur Dr. Wolfgang Bretholz, der das Interview geführt hatte: „Damit ist das Stichwort für die Wahlen gegeben."

Vierzehn Tage später, am 1. August, gab Wehner der „Welt am Sonntag" ein Interview, in dem er behauptete: „In Wirklichkeit gibt es eine Regierungskoalition in Bonn nicht mehr." Die FDP habe durch ihre (vorzeitig von der SPD veröffentlichte) Wahlkampfillustrierte und durch eine (gegen Strauss gerichtete) Wahlkampfanzeige in Illustrierten gezeigt, daß sie den Wahlkampf gegen die CDU/CSU führe. Das entspreche der Praxis der letzten Zeit, in der die FDP Opposition in der Koalition gespielt habe. Wehners Analyse in dem Springerblatt gipfelte in der These: „Der formalen Regierungskoalition hat seit vielen Monaten eine ganz andere Abstimmungskoalition im Bundestag gegenübergestanden." Damit wird deutlich, daß Wehner zu seinem Wort steht, das er in Karlsruhe auf dem Parteitag äußerte, er werde sich eher in Fetzen reißen lassen, als einen harten Wahlkampf gegen die CDU zu führen. Stattdessen zieht er es vor, die Meinung zu verbreiten, die Koalition CDU/FDP sei bereits nicht mehr existent, während die Koalition CDU/SPD sich als „Abstimmungskoalition" seit vielen Monaten eingespielt habe. So wird auch klar, daß die Panne in der „Abstimmungskoalition", nämlich die vom Widerstand breiter Bevölkerungskreise der SPD abgetrotzte Ablehnung der Notstandsverfassung, nur eine durch die Wahlzeit bedingte Verzögerung sein soll. Wenn es nach Wehner geht. Dem entsprechen die Äußerungen von Lücke und auch von Höcherl, mit einer großen Koalition werde man die Notstandsgesetzgebung durchbekommen und „diesen Staat retten".

Was die „Rettung dieses Staates" anbelangt, so ist allerdings ein noch weitergespanntes Konzept damit verbunden. Die Anhänger der großen Koalition innerhalb der CDU/CSU — an der Spitze Adenauer, Barzel, Strauss, Guttenberg, Lücke, Krone und Gerstenmaier als einziger maßgeblicher evangelischer CDU-Politiker — wollen die SPD mitregieren lassen. Wehner, Erler und der SPD-Anwärter auf das Verteidigungsministerium Helmut Schmidt (der im Falle einer großen Koalition auch unter CDU-Führung eine beträchtliche Chance hat, den Anhänger der kleinen Koalition, von Hassel, abzulösen) sind nicht nur bereit, die autoritäre Umwandlung der Gesellschaft im Zeichen der Notstandsverfassung mitzumachen, sondern auch eine Politik der atomaren Aufrüstung mitzutragen. Diese Bereitschaft erstreckt sich ebenfalls auf Willy Brandt, der die Vorstellun-

gen von Schröder, Bonn verlange entweder eine Realisierung der MLF bzw. eines gleichartigen Projektes oder die Bundesrepublik müsse sich Atombomben beschaffen, ausdrücklich verteidigt hat. Die CDU/CSU ist entschlossen, jeder Entspannungspolitik in Europa Widerstand entgegenzustellen. Dazu braucht sie, nach Meinung weiter Kreise innerhalb der Unionsparteien, die Abstützung durch eine breite Mehrheit, somit die große Koalition (oder eine Koalition aller drei im jetzigen Bundestag vertretenen Parteien, was aber nicht den Wünschen Wehners entspricht). Im Zuge der forcierten Aufrüstungspolitik sollen die Sozialleistungen energisch gedrosselt werden. Auch dabei möchte die CDU/CSU der Zustimmung der SPD sicher sein. Schließlich sollen gewisse Einflüsse zugunsten einer Verbesserung technischer und kultureller gesamtdeutscher Kontakte (der „kleinen Schritte") im gesamtdeutschen Ministerium wieder abgestellt werden, die in der Ära Mende dort Einzug hielten. Wehner befürwortet eine Wiederaufnahme des alten Thedieck-Kurses, wobei er auf wärmstes Verständnis sowohl bei seinem Parteifreund Wenzel Jaksch und den Vertriebenenverbänden wie bei Lübke trifft, Barzel selbstverständlich einbegriffen.

Während Erler ganz auf der Wehnerlinie taktiert, alles zum Wohlgefallen der CDU/CSU, herrschte bis vor kurzem noch Ungewißheit über die Haltung Willy Brandts. Neigungsmäßig wäre Brandt eher für eine kleine Koalition mit der FDP, wie er sie in Berlin, allerdings im Besitz der absoluten Mehrheit, als recht angenehm empfindet. Das verbindet ihn mit seinem Kontrahenten Erhard, der bei einem klaren CDU-Sieg, welcher dann auf sein Konto als Wahllokomotive gebucht würde, allen strategischen Bedenken der Unionsparteien zum Trotz die kleine Koalition zunächst fortsetzen würde. Doch scheint die CDU-Führung entschlossen, auch in diesem Fall nach einiger Zeit die Mithineinnahme der SPD in die Regierung zu erzwingen, auf Grund der „Gemeinschaftsaufgaben" der „formierten Gesellschaft". Brandts Handlungsfreiheit ist umgekehrt nur dann in etwa gegeben, wenn die SPD die absolute Mehrheit erzielt. Aber selbst für diesen recht unwahrscheinlichen Fall gibt es die Äußerung von Wehner: „Selbst bei 55 % Mehrheit machen wir eine große Koalition" (zu Lücke).

Auf der Harpsundkonferenz, an der auf dem Landsitz des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander die skandinavischen Ministerpräsidenten, Pittermann und Kreisky von der SPÖ, der Gewerkschaftler Walter Reuther aus den USA und in Vertretung von Wilson der englische Wirtschaftsminister Brown teilnahmen, sollte ein Versuch gemacht werden, Brandt zu gewinnen für eine europäische Sicherheitskonferenz, wie sie die Labourparty und die Skandinavier anstreben. Aber Wehner fuhr mit und verhinderte eine Debatte über die Politik der SPD. Er widersetzte sich zu diesem Zweck lange der gemeinsamen Formulierung, mit der Johnson von der Harpsundkonferenz aufgefordert wurde, einen Frieden in Vietnam ehrlich anzustreben. Nur widerwillig gab er schließlich auch seine Unterschrift. Immerhin hatte er durch seine Anwesenheit verhindert, daß Brandt auf frühere Initiativen angesprochen wurde, wie etwa seine Pläne einer Intensivierung der Beziehungen zu Osteuropa im Memorandum für Rusk 1964, das u. a. auch eine Ausweitung der technischen Kontakte zur DDR vorsah.

Willy Brandt ständen, wenn er ernstlich den Wahlerfolg der Kanzlerschaft und nicht die wehnersche „Gemeinschaft" des Mitregierens in einer großen Koalition anstreben würde, in seiner Partei genug qualifizierte Führungskräfte zur Verfügung. Und er könnte sich auf die Mehrheit seiner Wähler stützen. Vor allem, wenn er die Gewerkschaften nicht links liegen ließe, wozu Wehner und Erler entschlossen sind. Im Berliner Brain-Trust von Brandt gibt es eine Anti-Wehner-Fronde, zu der auch der Schriftsteller Günter Grass gehört. Dieses intellektuelle Team, das über gute Verbindungen zu den Gewerkschaften verfügt, hat Pläne

für eine europäische Sicherheitskonferenz, wie sie sowohl von London wie Paris bereits ventiliert werden und auch in Prag und Moskau Resonanz fanden (letztlich ausgehend von Vorstellungen des polnischen Außenministers Rapacki über eine Atomwaffenfreie Zone) im Sinne einer Beteiligung der Bundesrepublik gutgeheißen und ist gegen jede weitere Aufrüstungspolitik, befürwortet vielmehr eine konstruktive Mitarbeit an allen internationalen Abrüstungsprojekten und eine Verstärkung der Kontakte mit der DDR auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet. Brandt zeigt sich jedoch zusehends weniger aufgeschlossen für diese Vorstellungen. Keine „Lobrede auf Willy" kann anscheinend verhindern, daß er immer resignierter dem Wahltag entgegensieht, weshalb er den Parolen Wehners vom Mitregieren schon nicht mehr mit dem Elan wie noch vor einigen Monaten widerspricht. Seine Siegeszuversicht scheint dem Bestreben gewichen, auf jeden Fall nach einer eventuellen weiteren persönlichen Wahl-Niederlage noch im Rennen zu bleiben. Diese Stimmung kommt Wehner im Wahlkampf sehr entgegen. Paul Lücke behauptet auf Grund seiner Gespräche mit Wehner, ein klarer Sieg Brandts sei für Wehner, so habe er durchblicken lassen, ohnehin nur „das zweitbeste Wahlergebnis", weil es „unverhoffte Schwierigkeiten" der von ihm so heiß ersehnten großen Koalition bereiten würde. Die labile Natur Brandts strahlt gerade in einem Moment, wo er mit unbedingtem Sieges- und Durchsetzungswillen sich präsentieren müßte, bedenkliche Unsicherheit aus. Man ist in Berlin überzeugt, daß er nach einer Wahl, in der die SPD nicht oder nur knapp stärkste Partei wird, keine genügende Standfestigkeit hätte, um sich gegen Wehner-Erler-Schmidt mit einer eigenen politischen Konzeption zu behaupten.

Der militanteste SPD-Politiker, der auf seine Chance hofft, ist der derzeitige hamburger Innensenator Helmut Schmidt. Er hat sich in den beiden letzten Jahren fast mehr um die Kontakte für die eventuelle Übernahme des Bundesverteidigungsministeriums als um sein hamburger Amt gekümmert. Manche Fäden der NATO-Militärpolitik laufen seit einiger Zeit in der Hansestadt zusammen und Helmut Schmidt verfügt mitlerweile über einen Stab von militärpolitischen Beratern, der recht ansehnlich ist, nach Rang und Namen. Man wird darunter aber niemand finden, der für Abrüstung und disengagement votiert. Schmidt, der auf dem Karlsruher Parteitag zur Begeisterung anwesender hoher Bundeswehroffiziere für die Wiedereinführung des Generalstabs sich einsetzte und alle damit zusammenhängeden Traditionen wiederbelebt sehen möchte, vor allem ein stärkeres Mitspracherecht der Generalität, ist ein bedingungsloser Verfechter deutscher Verfügungsgewalt über Atomwaffen, entweder über die MLF oder in Alleinverantwortung. Für ihn ist die Zustimmung der SPD zur Notstandsverfassung die Voraussetzung einer zügigen und von allen „zivilistischen" Hemmungen freien Militärpolitik. Beobachter, die den bestimmenden Einfluß seiner neuen militärischen Ratgeber auf Schmidt abschätzen können, sind freilich der Ansicht, er sei bereits so stark von Militärs für deren Ziele eingenommen, daß in der Symbiose zwischen Schmidt und dem neuen Generalstab, der ihm vorschwebt, das militärstaatliche Denken seine kompromißloseste Ausprägung in der Bundesrepublik finden werde.

Auf dieser militanten Linie der äußersten Rechten in der heutigen SPD steht selbstverständlich auch der Führer des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch. Seine Aufgabe ist es, innerhalb der SPD und auch in einer künftigen SPD-Regierung zu verhindern, daß Ansichten, wie sie Carlo Schmid gelegentlich, so unlängst erst wieder in einer französischen Zeitschrift, äußerte, die Bundesrepublik solle als Beitrag zu einer europäischen Friedenspolitik die Oder-Neiße-Grenze anerkennen, strikt blockiert werden. Mit Politikern wie Wenzel Jaksch

hofft Wehner, den Anschluß der SPD an die „nationale Welle" nicht zu verpassen, der sich bestimmte Kreise in der FDP sowie die CDU und CSU schon seit langem mit nationalistischen Kraftsprüchen hingeben. Die Wandlung der SPD zur „Volkspartei" nimmt somit Züge einer völkisch-militaristischen Richtung an einflußreicher Stelle mit auf. Sie sind nicht nur ein Dekor, sie sind ein in den derzeitgen Parteiapparat längt integrierter Bestandteil von erheblicher Verfügungsgewalt. Zwar wird die SPD es auch mit Jaksch und Helmut Schmidt nicht schaffen, die CDU oder gar die CSU rechts zu überholen, aber die Angleichung zwecks Erfüllung der Bedürfnisse einer großen Koalition ist auch nach dieser Seite nahezu komplett. Die SPD erscheine ihm in ihrer Führungsspitze derzeit, von Brandt abgesehen, im ganzen schneidiger als die CDU, so formulierte das ein höherer Bundeswehroffizier unlängst. Er hat, aus seiner Perspektive, gewiß nicht ganz unrecht.

Aber eine andere Frage ist, wie sich derartige Tendenzen und Haltungen mit den Hoffnungen und Erwartungen der Mitglieder und Wähler der Partei vereinbaren lassen. Wenn man noch hinzunimmt, daß in der Sozialpolitik die SPD keinerlei nennenswerte Initiative gegenüber der Konzentration in der Wirtschaft oder zur Durchsetzung der Mitbestimmung in der nächsten Zukunft erwarten läßt, so ergibt sich vor allem das Problem, wie weit sie in dieser Verfassung und in ihrem steten Streben nach Gemeinsamkeit mit den Unionsparteien den Vorstellungen der Gewerkschaften noch gerecht wird. Auch ihr früher auf gegenseitiger Anregung beruhendes Verhältnis zur Intelligenz hat erhebliche Einbußen erlitten. Im internationalen Sozialismus gerät sie immer mehr in die Isolierung. Und in der Bundesrepublik wird einer immer größeren Zahl von Menschen schmerzlich bewußt, daß die Vorbereitung der SPD auf die erhoffte große Koalition einen Raum im politischen Leben offen läßt, in dem sich bei der Notstandsdiskussion die außerparlamentarische Opposition vernehmbar machte, die sich weithin nicht mehr mit der SPD identifiziert. Diese große Gruppe von Menschen, ganz ohne parlamentarische Repräsentanz, stellt sich immer häufiger die Frage nach einer parlamentarischen Vertretung.

Fernseh-Spalte

MONITOR

Seit Ende Mai haben „Panorama" und „Report" Konkurrenz. Im Kölner WDR-Funkhaus etablierte sich die „Monitor"-Redaktion. Das Team versteht sein publizistisches Handwerk. Es hat sich zum Teil schon in „Report" bewährt. Claus-Hinrich Casdorff und Franz Wördemann führen abwechselnd durch das Programm. Es bleibt abzuwarten, ob der verkündete Anspruch mit der gebotenen Zurückhaltung harmonieren wird. Studio-Atmosphäre und gelegentliche Live-Beiträge vermitteln dem Zauschauer einen Hauch journalistischer Dynamik. So standen in der Sendung vom 17. Juli, auf die wir uns hier beschränken wollen, zu gleicher Zeit die Kameras der „Monitor"-Redaktion in den Unfallstationen dreier Krankenhäuser bereit. Aus München, Siegburg und Darmstadt wurden Live-Berichte über die Verkehrsopfer des Tages gesendet: eine drastische Form der Aufklärung, aber sinnvoll und nachhaltig wirkend. Das Interview mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Oswald Kohut verriet Sinn für Wesentliches. Eine der eigenwilligsten Persönlichkeiten, wenn nicht überhaupt die profilierteste, des vierten Deutschen Bundestags, nahm Abschied von der Politik. Hier wurde gut gefragt und offen geantwortet. Es war keines der sattsam bekannten unverbindlichen und lahmen Interviews. Kohut bekannte, er habe auf die Kandidatur für den nächsten Bundestag verzichtet, weil der Wahlkampf zugunsten einer Koalition CDU/FDP geführt werde. Er erklärte die Gründe seiner Gegnerschaft zu Adenauer, bezeichnete seine Attacken gegen Kai-Uwe von Hassel, den er „Kriegsminister" genannt hatte, als gezielt und gab sich so unorthodox und unkonventionell, daß man nur konstatieren kann: Mit Kohut hat das Parlament eine seiner ganz wenigen Persönlichkeiten verloren.

Weniger imponierend war das Frage-Idyll mit Kongo-Söldner Major Siegfried Müller. Hier wurde eine sinistre Landknechtstype unnötigerweise interessant gemacht. „Monitor" interviewte den Berufskiller anläßlich einer Paris-Reise. Er gab sich liebenswürdig, bieder, jovial und erzählte von seinem Buch „über die Kämpfe und Operationen im Kongo", das jetzt in Frankreich erscheint. Die „Banalität des Bösen" steht ihm ins Gesicht geschrieben. Aber wer registriert das? Und wer weiß schon, um was es im Kongo geht? Hier wäre erst einmal eine breite Informationslücke zu schließen.

Seit Tschombè von führenden Politikern der Bundesrepublik empfangen wurde, erfährt die bundesdeutsche Öffentlichkeit so gut wie nichts mehr über das Gewaltregime dieses in Afrika meistgehaßten Mannes. Die wenigen Berichte in der deutschen Presse (Illustrierte eingeschlossen) sind nur in drei oder vier Fällen brauchbar. „Monitor" hat somit ein Thema von eminenter Bedeutung auf einen Sensationsaspekt reduziert. Das Interview hätte als Basis einer gründlichen Auseinandersetzung mit der Frage dienen können, warum in der Bundesrepublik die schmutzige Wahrheit über Tschombè und die Massaker-Mentalität seiner Leute (zu denen in erster Linie die weißen Söldner gehören) so konsequent verschwiegen wird. Statt dessen konnte sich Landsknecht Müller mit einem aufgesetzten Zivillächeln über den Wert seiner zweifelhaften Persönlichkeit verbreiten. Diesen Wert mißt er daran, daß er nicht nur (wörtlich) „Neger killt", sondern Klavierkonzerte besucht (im Kongo?). Seine Aussagen in diesem Interview wichen im übrigen wesentlich von den Aufzeichnungen und Tonbanddokumenten ab, die „Stern"-Reporter Gerd Heidemann aus dem Kongo mitgebracht hatte. So erklärte Landsknecht Müller im „Monitor"-Interview, er habe grundsätzlich gegen die Metzeleien (an denen er doch so hervorragend beteiligt ist!) Stellung genommen.

Zehn oder zwanzig Millionen durchschnittliche Fernsehkonsumenten werden kaum Differenzierungen von der Art treffen können, wie wir sie hier angedeutet haben. Für sie ist Major Müller halt ein Soldat, der seinem etwas rauhen Beruf nachgeht. Kongo? Massenmeuchelmord? Kolonialismus mit umgekehrten Vorzeichen? Wen interessiert das? Vielleicht gibt „Monitor" ein anderes Mal die Antwort darauf. Wir erwarten noch viel von dieser Sendung. Sie gefällt uns. Und deshalb sollte man unsere Kritik konstruktiv werten.

E. H. Wahl

Bücher

Der Mythos Widerstand

Widerstand gegen die Staatsgewalt. Dokumente der Jahrtausende. Zusammengestellt und kommentiert von Fritz Bauer. Fischer-Bücherei Bd. 669, 311 S., kart. 3,80 DM.

„Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen." Es braucht kaum gesagt zu werden: dies Wort aus der Apostelgeschichte, das so klar, so einleuchtend ist, ist nicht zum Leitsatz der Menschheit geworden. Es wendet sich an das Gewissen, das Gewissen des einzelnen. Bestimmend für das Schicksal der Völker aber war und ist ein Streben nach Macht, das nicht auf Gewissensentscheidung und Individualrecht abstellt.

Und so ist Fritz Bauers Dukumentation nicht die Geschichte der Staatsmänner und Politiker mit Namen und Rang, sondern die Geschichte weniger Menschen, für die das Gewissen, nicht das Staatswesen Maß aller Dinge war. Diese Menschen gab es zu allen Zeiten. Die Dokumentation berichtet von Mong Dsi, der dem König von Tsi 300 Jahre vor Christus erklärt, daß derjenige Fürst, der das Recht raubt, seine Eigenschaft als Herrscher verliert und wie ein gemeiner Mann zu Tode gebracht werden sollte. Sie berichtet von Debora und Jael, von Judith und Holofernes. Wir finden die Verteidigungsrede des Sokrates, Plutarchs Schrift über Marcus Brutus (von Bauer selbst übersetzt), germanische Sprichwörter zum Widerstandsrecht, an die man sich 1933 trotz allen Germanentums leider nicht erinnert hat, mittelalterliche Urkunden, Zeugnisse des passiven und aktiven Widerstandes im Bereich der Kirche und das Eintreten für das Recht des Volkes gegenüber der Herrschaft von Tyrannen von Schriftstellern wie Milton und Locke bis zu Camus und Brecht.

Wir finden aber auch etwas anderes: die Aufzeichnung des Weges eines Volkes, dessen Philosophen und Richter den Geist des Untertanen sanktionierten. Die Antwort von Kant auf die Frage, was ein Volk zu tun habe, das infolge seiner obersten gesetzgebenden Macht seine Glückseligkeit einbüßt, heißt: „... es ist für dasselbe nichts zu tun als zu gehorchen." Und ein Zitat aus dem „Streit der Fakultäten" lautet: „Denn darin besteht eben das Ansehen der Regierung, daß sie den Untertanen nicht die Freiheit läßt, nach ihren eigenen Begriffen, sondern nach Vorschrift der gesetzgebenden Gewalt über Recht und Unrecht zu urteilen." Oder die Ansicht Treitschkes: „... Daraus ergibt sich, daß man unterscheiden muß zwischen öffentlicher und privater Moral ... Der einzelne soll ein Glied seines Staates sein und daher den Mut haben, auch die Irrtümer des Staates auf sich zu nehmen. Von dem Recht des Widerstandes der Untertanen gegen eine Obrigkeit, die nach ihrer Meinung unsittlich ist, kann gar keine Rede sein ..." Das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht, erklärte 1927: „Der Gesetzgeber ist selbstherrlich und an keine anderen Schranken gebunden als diejenigen, die er sich selbst in der Verfassung oder in anderen Gesetzen gezogen hat ..."

Das Ergebnis dieses Denkens finden wir in den erschütternden Dokumenten aus der Zeit von 1933—45. Da schreibt 1944 ein junger Mensch an seine Eltern vor der Hinrichtung durch die Nationalsozialisten: „Wir haben es nicht unterschrieben zur SS, da haben sie uns zum Tode verurteilt ... Wir beide wollten lieber sterben als unser Gewissen mit so Greueltaten beflecken ..." Da steht die Geschichte der Kinderfrau einer jüdischen Familie, die ihre Herrschaft vor der Vernichtung rettete, und da ist das Tagebuch von Noëmi Szac-Wajnkranc über den Widerstand im Ghetto von Warschau. Dokumente des Widerstandes einfacher Menschen, die keinen Rang und keinen Namen haben. Wir finden zwar auch Stimmen des Widerstandes von Dichtern wie Thomas Mann und Politikern wie Otto Wels. Aber es sind nicht viele, weil es nicht viele waren, die ihre Stimmen erhoben. Gregorovius' Wort hat seine Berechtigung behalten: „... unsere Philosophiprofessoren machen und bekämpfen nur noch Hirngespinste und Systeme, die auf das Glück der Völker keinen Einfluß mehr haben ..."

Und unsere Gegenwart? Die Verfassungen von Hessen, Hamburg und Berlin deklarieren das Widerstandsrecht ausdrücklich. Art. 19 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik sagt: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen." Soweit die Form, die wir mit Inhalt zu fül-

len haben. Die Entscheidungen unserer Gerichte, die Bauer zitiert, zeigen zwar Ansätze, das Widerstandsrecht nicht nur als Programmsatz zu behandeln, aber es sind eben nur Ansätze und manchmal nicht einmal das. So, wenn es im Urteil des Bundesgerichtshofs vom 14. 7. 1961 heißt: „Ein gegen eine bestehende Unrechtsherrschaft geleisteter Widerstand kann nur dann als sinnvoll und demgemäß eine diesen Widerstand ahndende staatliche Maßnahme nur dann als Unrecht im Rechtssinne angesehen werden, wenn die Widerstandshandlung nach ihrer Art und ihrem Gewicht wenigstens eine gewisse Aussicht bietet, in bezug auf die Übel der bestehenden Unrechtsherrschaft eine wirkliche Wende zum Besseren herbeizuführen ..."

Fritz Bauer schreibt in der Einleitung, das Buch wolle als Epos begriffen werden, in dem der Mythos Widerstand einen Ausdruck findet, das „die Menschen in ihrem Kampf für eine bessere Welt froh werden läßt". Nein, froh macht das Buch nicht; es ist kein Buch des Triumphes der Gerechtigkeit über das Unrecht, sondern ein Zeugnis eines immerwiederkehrenden, immer auf's neue nötig werdenden Kampfes des unterdrückten, leidenden Menschen. Es ist gleichzeitig ein Zeugnis für den Herausgeber des Buches, Fritz Bauer, der in die Reihe derer gehört, die mit Vernunft und Güte für das Recht und gegen das Unrecht eintreten.

Dr. Ilse Staff

Gedanken über Verbrechen

Hans Magnus Enzensberger, Politik und Verbrechen, Suhrkamp Verlag, 398 S., 19,80 DM.

Der Poet und Kulturkritiker Enzensberger zeigt in diesem Bande, der die Verknüpfung zwischen Gesellschaft und Verbrechen, Recht und Mord, Moral und Lüge untersucht, seine bereits berühmt gewordenen Eigenschaften: Schärfe des Blicks, Klarheit der Sprache, Logik des Denkens. Eine kühle, ganz der Sache verpflichtete Leidenschaft treibt die Analyse voran, sucht Fragen bis in letzte Winkel zu erkennen, scheint nichts mehr zu verabscheuen als laue Kompromißformeln. Schwarze Ironie begleitet die neun Exkurse, die sehr oft Entdeckungsfahrten in Höllenregionen sind. Enzensberger will einige Grenzbezirke aufzeigen, in denen das Zusammenspiel von Politik und Verbrechen besonders offensichtlich wird. Es handelt sich nur um einen kleinen Ausschnitt, denn er ist der Auffassung, daß der Kern jeder bisherigen Politik Verbrechen ist:

„Zwischen Mord und Politik besteht ein alter, enger und dunkler Zusammenhang. Er ist in der Grundstruktur aller bisherigen Herrschaft aufbewahrt: Sie wird von demjenigen ausgeübt, der die Beherrschten töten lassen kann" (S. 13).

Die höchste Autorität des Staates besteht im Töten seiner eines „Unrechts" überführten Bürger und der als „Feinde" verschrienen Nachbarvölker. Doch was ist Unrecht? Ein sehr vielfältig definierter Bgriff, der sich nach Epochen und Landstrichen unterscheidet. Was hier strafbar, ist es dort nicht und umgekehrt. Strafbar ist derjenige, der gegen ein Gesetz verstößt. Doch das Gesetz bestimmt der Staat, und es gibt kein größeres Verbrechen, als sich gegen ihn aufzulehnen. „Vielleicht kann man die ganze Geschichte des Rechtes als die seiner Ablösung von der politischen Sphäre lesen" (S. 11), doch ist dieser Prozeß noch im Gange: „der Richter, als ‚unparteiische' Person, steht immer zugleich im Dienste des Staates". Je uneingeschränkter die Souveränität eines Staates, um so unerbittlicher ist seine Macht nach innen und außen.

„Der reinste Ausdruck der staatlichen Souveränität, so wie Treitschke sie versteht, ist nach innen, im Umgang mit dem einzelnen Gegner, die Todesstrafe; nach außen, im Umgang mit anderen Staaten, der Krieg. Darf der Staat als Herr über die Rechtsordnung einen, so darf er auch, in seinem und ihrem Namen, viele, notfalls alle töten lassen und die Vollstreckung dieses Souveränitätsaktes seinen Bürgern zur Pflicht machen" (S. 16).

Die Abschaffung der Todesstrafe ist der erste Schritt einer Haltung, die, konsequent zu Ende geführt, die Abschaffung des Krieges bedingt. Täglich ist zu erkennen, wie schwer das eine und das andere ist.

Enzensberger beginnt seine Reflexion vor dem Jerusalemer Glaskasten, was besagt, daß er den Fall Eichmann als eine logische Konsequenz aller bisherigen Staatsverbrechen auffaßt. Das israelische Gericht verschloß sich solcher Einsicht nicht, indem es, angesichts des Massenhaften der Verbrechen, feststellte, daß es keinen Sinn habe, „sich der gewöhnlichen Begriffe der Anstiftung und des Komplotts zu bedienen". Das Wesen dieser Verbrechen ist, daß es Staats-

verbrechen waren und erst als solche ihren Umfang annehmen konnten. Erst die totale Souveränität des Staates erlaubte die Totalität der Verbrechen. Folglich sind Bezeichnungen der Nazi-Diktatur als einer Gangster-Clique nichts als beschönigende Täuschung:

„Alle individuellen Gewaltverbrechen von Kain bis Landru wiegen das Unrecht nicht auf, das allein die Erbfolgekriege Europas im achtzehnten Jahrhundert oder die kolonialen Hoheitsakte eines einzigen Jahrzehnts verursacht haben" (S. 17).

Aber auch Wiedergutmachung und NS-Prozesse gehen am Kern der Sache vorbei, so nötig sie sein mögen: „‚Endlösungen' können nicht wieder gutgemacht und nicht gewogen werden, auch nicht vor einem Gericht". Der adäquate Schluß kann nur auf höchstem politischem Niveau gezogen werden. Der Verfasser macht das deutlich anhand des drohenden Atomkrieges, der „die Gegenwart und Zukunft von Auschwitz" sei. Nicht Gangster organisierten Auschwitz, und es sind keine Gangster, die bei der Organisation des Atomkrieges tätig sind. Wissenschaftler, Techniker, Mathematiker in weißen Kitteln und mit weißen Händen: doch das Unternehmen, das sie vorbereiten, läßt Auschwitz bereits jetzt als ein Kinderspiel erscheinen. Von der leichten These der Gangster-Bande gelangen wir wieder zum Staat, seinen ideologischen Ansprüchen und seinen ungeheuren materiellen Mitteln. Eine nicht minder wichtige Abhandlung (sie steht am Schluß des Bandes, ergänzt jedoch die erste) ist der „Theorie des Verrats" gewidmet. Die These des Verrats entspringt notwendig dem Bestand des Staates. Und auch hier läßt sich sagen: Je größer seine Macht, um so zahlreicher werden die Verratsdelikte. Im absoluten Staat ist jeder ein potentieller Verräter. Diese dienen ihm gerade dazu, seine Machtvollkommenheit zu steigern. Doch k a n n nicht nur jeder zum Verräter werden, unter bestimmten historischen Bedingungen m u ß er es. Enzensberger weist auf die von Deutschland während des letzten Krieges besetzten Staaten hin:

„... gleichgültig, welche Regierung jeder Einzelne als die seine ansah, es war jeweils eine andere vorhanden, in deren Augen er Verrat beging. Ähnlich spiegelbildliche Zwangssituationen ergeben sich in allen geteilten Ländern, wie zum Beispiel, seit dem Jahre 1948, in Deutschland" (S. 364).

DEMOKRATIE VOR DEM NOTSTAND

Protokoll des Bonner Kongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965

Es enthält sämtliche Referate und Beiträge, u. a. Prof. Maihofer: Die Demokratie vor dem Notstand — Prof. Bracher: Parlamentarische Demokratie und Staatsstreich — Jürgen Seifert: Können die Gefahren des Notstands durch einen Notstandsausschuß gebannt werden — Prof. Ellwein: Die Befristung des Ausnahmezustands und die Frage des Aufhebungsrechts — Dr. Fabian: Die Stellungnahme des Presserates zur Notstandsgesetzgebung und die Verhandlungen zwischen Presserat und dem Bundesministerium des Inneren — Bernt Engelmann: Die Rundfunk- und Fernsehanstalten und die Bedeutung ihrer Unabhängigkeit im Notstandsfall — Alexander von Cube: Ist die Meinungsfreiheit noch zu gewährleisten, wenn Beschränkungen und Auflagen über die Erlangung und Verbreitung von militärischen Nachrichten eingeführt werden können — Dr. Stein: Die Bedeutung von Artikel 12 Grundgesetz und seine vorgesehene Einschränkung — Rechtsanwalt H. Hannover: Die Konsequenzen des Zivildienstgesetzes für den Einzelnen — Dr. von der Vring: Die Möglichkeit gewerkschaftlichen Schutzes für Zivildienstverpflichtete — Prof. Ridder und Georg Benz: Reden auf der Schlußkundgebung des Bonner Kongresses.

Außerdem: Jürgen Seifert Stand der Notstandsgesetzgebung und Notstandsgesetzentwurf der CDU/CSU vom 26. Mai 1965.

Das Protokoll des Bonner Kongresses, der von den fünf politischen Studentenverbänden BDIS, HSU, LSD, SHB und SDS veranstaltet wurde, erschien als Sonderheft der „neuen kritik" Anfang August.

Verlag und Redaktion „neue kritik": 6 Frankfurt am Main, Kurfürstenstraße 8. Preis des Sonderheftes: DM 3,—; für Studenten und Abonnenten der „neuen kritik": DM 2,—.

Im Laufe der Geschichte galt als Verrat vor allem die echte oder vermeintliche Auflehnung gegen den absoluten Herrscher. Erst im letzten Jahrhundert wurde daraus die Preisgabe von Staatsgeheimnissen an eine fremde Macht. Der erste Siegeszug des neuen Delikts beginnt 1894 mit der Affäre Dreyfus. „Seitdem ist das Staatsgeheimnis zu einem Herrschaftsinstrument ersten Ranges geworden. Seine Leistungsfähigkeit ist nahezu unbegrenzt" (S. 376). Sie beruht auf der „Unbestimmtheit und Ansteckungskraft des Geheimnis-Tabus". Der Verfasser weist auf die trübe Elastizität der deutschen Bestimmungen hin, die erst letztens zum Skandal der „Spiegel"-Verfolgung führten, und schreibt:

„Die Modell-Situation, die dabei zugrunde gelegt wird, ist der Krieg. Erst im militärischen Geheimnis kommt das Staatsgeheimnis zu sich selbst; da der Krieg als ein permanenter und totaler Zustand vorausgesetzt wird, läßt sich jeder beliebige Sachverhalt unter militärische Kategorien subsumieren: dem Feind gegenüber hat alles als Geheimnis und jeder Bürger als potentieller Verräter zu gelten" (S. 379).

Das „Staatsgeheimnis" wird so zum dankbaren Mittel der Zähmung der Demokratie: „Je mehr Staatsgeheimnisse sie hütet, desto mehr hat eine Regierung vor denen zu verbergen, die zu vertreten sie vorgibt". Das ist Enzensbergers letztes Wort, und man kann ihm nur uneingeschränkt zustimmen.

Beide Aufsätze rahmen Untersuchungen von sechs Sonderfällen ein, die oft pittoresk sind, doch gleichfalls ein Licht auf die Thematik werfen. Da wird die Herrschaft des Rafael Trujillo auf Santo Domingo nacherzählt, der sich den Titel eines „Wohltäters" anhängte. Gangstertum und moderne Technik der Staatsherrschaft verbanden sich zu einem originalen Gebilde. Beschützt von den USA, herzlich ermuntert von Pius XII., verwandelte Trujillo das Land in ein Gefängnis und in ein Wirtschaftssystem, das ihm und seiner zahlreichen Familie den Löwenanteil sicherte. Es gelang ihm, sowohl Freudenhäusern vorzustehen, als den Segnungen der Kirche teilhaftig zu werden. 80% der Bevölkerung arbeiteten direkt für ihn. Die blutigen Verbrechen des ehemaligen Hauptmanns verhinderten keineswegs, daß er zu hohem Ansehen in der „Freien Welt" gelangte. Wir lernen dann Al Capone kennen, in dessen Herrschaft Enzensberger das „Modell einer terroristischen Gesellschaft" sieht. Auch hier stand die Gewalt im Dienste des Geschäfts, auch hier schloß Rackett hohe Ehren nicht aus: „Der Bandenkrieg von Chicago ist nichts weiter als die Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln." Der Autor setzt seine Entschleierung fort: Der Gangster wurde zum Mythos, doch dahinter verbirgt sich die normale Wirtschaftsmechanik der Gesellschaft. Daher hat der Name Al Capones noch heute einen ausgezeichneten Klang in der Stadt, die er einst beherrschte. Weitere Beiträge führen in die Maffia Siziliens, in die Affäre Montesi, in den Fall des einzigen amerikanischen Deserteurs, der während des letzten Weltkrieges hingerichtet wurde, „um ein Exempel zu statuieren". In den „Träumern des Absoluten" werden die gegen den Zarismus kämpfenden Terroristen nachgezeichnet. Die „schönen Seelen des Terrors" unterscheiden sich von allen anderen dargestellten Gewaltanbetern: sie stehen wider die Unterdrückung auf. So gibt es eine Dialektik der Gewalt, die sowohl der Größe als auch des Teuflischen nicht entbehrt. „Ein solcher Träumer, ein Unbekannter in der Menge ist genug, um alle Machthaber dieser Erde in Schrecken zu versetzen", schreibt Enzensberger. Seine scharf und glänzend durchgeführten Analysen sind ein wichtiger Beitrag zum Verständnis unserer Zeit.

Heinz Abosch

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Club Voltaire II. Jahrbuch für kritische Aufklärung 1965. Herausgegeben von Gerhard Szczesny. Szczesny Verlag, München, 400 S., Ln. 19,80 DM. — Enthält u. a. folgende Beiträge: Richard F. Behrendt, Gesellschaftliche Dynamik als Aufgabe der Demokratie; Felix von Cube, Demokratisierung durch programmierten Unterricht; Helmut Heissenbüttel, Keine Experimente?; Rolf Hochhut, Offener Brief an Ladislav Mnacko; Ulrich Sonnemann, Mose oder Die Zukunft der Autorität. — In zweiter Auflage erschien: Club Voltaire I. Jahrbuch für kritische Aufklärung 1963 (420 S., Ln. 19,80 DM).

Anny Latour, Kulturgeschichte der Dame. Fischer Bücherei, Frankfurt, 253 S., kart. 3,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 688). — Ein Überblick über die „gesellschaftliche Stellung der Frau von den

Zeiten der Troubadoure bis zum Zeitalter der Emanzipation".

Die Universität Bochum. Gesamtplanung. Herausgegeben vom Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen. Karl Krämer Verlag, Stuttgart, 192 S., 196 Abb., Tabellen und Falttafeln, Cell. Pappbd. 62,— DM (Monographie der Ruhruniversität Bochum, Bd. 1) — Erschien zur Einweihung der Universität am 30. Juni.

Geschichte und Zeitgeschichte

Karl J. Newman, Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie. Europa 1918 bis 1938. Mit einem Vorwort von Carl Joachim Friedrich, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 536 S., Ln. 36,— DM.

Anatomie des SS-Staates. Walter Verlag, Olten/Freiburg i. Br., Bd. I, 390 S., Bd. II, 458 S., Preis je Band kart. 19,— DM, Ln. 23,— DM (Walter Texte und Dokumente zur Zeitgeschichte: Drittes Reich) — Die beiden Bände enthalten vier dem Frankfurter Schwurgericht im Auschwitz-Prozeß vorgetragene Gutachten: Hans Buchheim, Die SS — das Herrschaftsinstrument / Befehl und Gehorsam; Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 bis 1945; Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener; Helmut Krausnick, Judenverfolgung. Mit einem umfangreichen Personen- und Sachregister.

Unsere Ehre heißt Treue. Kriegstagebuch des Kommandostabes Reichsführer SS — Tätigkeitsberichte der 1. und 2. SS-Inf.-Brigade, der 1. SS-Kav.-Brigade und von Sonderkommandos der SS. Europa Verlag, Wien/Frankfurt/Zürich, 264 S., Großformat, kart. 18,— DM (Europäische Perspektiven/ Zeitgeschichte in Dokumenten). — Mit dem vorliegenden Band eröffnet der Verlag die Publikation neuer und bisher unbekannter Geheimakten aus dem Reichssicherheitshauptamt, die erst kürzlich im Schwarzen See und an anderen Stellen des Böhmerwaldes gefunden wurden. Die faksimiliert wiedergegebenen Originaldokumente sollen später in eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung und Edition einbezogen und durch Kommentare und einen Index ergänzt werden.

Robert Capa, Das Gesicht des Krieges. Econ-Verlag, Düsseldorf/Wien, 176 S. mit 99 Fotos, Ln. 38,— DM.

Aktuelle Themen

Bernt Engelmann, Das eigene Nest. Ein Panorama bundesdeutscher Gegenwart. Franz Schneekluth Verlag, Darmstadt, 272 S., 32 ganzseitige Fotos, Ln. 19,80 DM. — Eine Auswahl aus 13 Kapitelüberschriften: Ein frischer, fröhlicher Krieg — von den Gefahren des Verzichts und den Möglichkeiten, das Bundeskabinett fast vollzählig auszusperren; Die Deutschen, ein Volk der Dichter und Denker — von Eierköpfen, Nörglern und den Gefahren der Bildung; Eine Zensur findet nicht statt — von Bundesprüfern, Volkswarten, Schmutz, Schund und anderen lauernden Gefahren; Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat — von deutschen Richtern und ihren Entscheidungen und von der Justiz, die keine Hure ist.

Was steht zur Wahl? Politik, Wirtschaft und Kultur — ZEIT-Analysen für deutsche Wähler. Verlag Die Zeit, Hamburg, Paperback 7,80 DM.

Heinz Brüdigam, Mit der Demokratie unvereinbar. Die Deutsche National- und Soldatenzeitung. Sonderdruck aus dem Buch „Der Schoß ist fruchtbar noch ...". Röderberg-Verlag, Frankfurt, 23 S., kart. 1,— DM.

Siegfried Braun/Burkart Lutz/Theo Pirker /Heinz Theo Risse, Zwischen Stillstand und Bewegung. Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 84 S., Paperback 6,80 DM (Sammlung „res novae" Bd. 35).

Martin Luther King, Warum wir nicht warten können. Mit einem kritisch-soziologischen Schlußkapitel über die Negerfrage von Hans Lamm. Fischer Bücherei, Frankfurt, 171 S., kart. 2,60 DM (Fischer Bücherei/ Bücher des Wissens/Bd. 681). — Auf die deutsche Erstausgabe dieses Buches, in dem der prominente Führer der Farbigen Amerikas seine Erfahrungen im Kampf um die Bürger- und Menschenrechte schildert, wurde schon in einer früheren Ausgabe der „Blätter" hingewiesen.

Kap ohne Hoffnung oder Die Politik der Apartheid. Herausgegeben von Freimut Duve. Rowohlt Verlag, Reinbek, 191 S., kart. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 780).

Chronik der weltpolitischen Ereignisse 1964 in 4000 Stichworten. Zusammengestellt von Hanswilhelm Haefs und Dr. Mario Baratta-Dragono. Verlag Siegler & Co., Bad Godesberg, 108 S., Großformat, kart. 8,50 DM.

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ich will nicht unaktuell sein und mit Verspätung über die abstrusen zoologischen Exkursionen des derzeitigen Bundeskanzlers im zeitgenössischen literarischen Garten witzeln. Mich wunderte es eigentlich nur, daß sich nicht sogleich der Verband Deutscher Pinscherfreunde beschwerte, denn hierzulande sind Tier-Protektoren sensibel.

Nein, die Tatsache an sich ist allerorten kommentiert worden, und sogar Leute, die eigentlich gar nicht dagegen sind, waren nicht dafür.

Interessanter ist es nun, auf das Echo aus dem Volke zu hören. Auf das Echo aus jenem Volke, das sich freiwillig in seinem musischen und literarischen Verlangen beschränkt, dennoch die Creme ums Maul schmiert: es gehöre einem Volke der Dichter und Denker an.

Ich habe gehorcht.

Nicht etwa im Kreise derer, die Leitartikel lesen. (Nur ca. 2 % aller Tageszeitungs-Abonnenten!) Ich habe gehorcht in der Masse — der überwältigenden Masse — jener, die mehr Flaschen Bier im Kühlschrank als Bücher auf dem Vertiko haben. Nein, das Markenartikel - CDU - Werbeteam hätte den ‚Pinscher' nicht aus psychologischen Gründen zurückpfeifen müssen! Letztlich zwinkerten die Bürger dem plump-kränkenden Fauxpas-isten verständnisinnig zu: „Schriftsteller sollen nicht ihre Nase in Dinge reinstecken, von denen sie doch nichts verstehen! Bravo, Onkel!"

Keine Sorge, so leidet in unserem Lande kein Image!

Die Präparation der Mitläuferschaft ist heute bereits soweit gediehen, daß bei einer Meinungsumfrage nach dem wichtigsten, im Laufe der nächsten zehn Jahre zu lösenden Problem mit 80 % die Abschaffung der körperlichen Arbeit stand, während für eine bessere Ausbildung der Kinder nur 48 % plädierten, etwa soviel (45 %) wie sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe als wichtigstes Problem einsetzen.

Bei uns wird hin und wieder einmal ein Dichter staatsoffiziell aufs Podest — etwa das der Paulskirche — vor einigen hundert mehr oder minder genötigten Besuchern ‚ehrungshalber' gestellt, doch daß, wie in manchen Ländern üblich, ein Schriftsteller dem Ruhme eines Fußballchampions nahekommt, ist hierorts ebenso utopisch wie der Gedanke, daß sich auch nur fünfhundert Menschen vom Fernsehapparatgucken trennen könnten, um auf einem öffentlichen Platz sich die Gedichte eines Zeitgenossen anzuhören. Darüber kann die Pseudopopularität der Namen Hochhuth und Graß nicht hinwegtäuschen.

Nicht 1 % aller Erwachsenen unseres Volkes kann ein Gedicht auswendig! Nicht 1 % aller Erwachsenen hat seit 1945 ein modernes Gedicht gelesen! Nur 2 % der Bevölkerung besitzen mehr als zehn Bücher!

Ob dieser Zahlen skeptische Leser tragen Scheuklappen. Ich spreche nicht von Ihrem Bekanntenkreis, möglicherweise nicht einmal von Ihrem Stadtviertel, ich spreche vom echten Bevölkerungsdurchschnitt, der, nichtillusionistisch betrachtet, manchem Optimisten einen argen Schock versetzen würde.

Was können, dies war zu beweisen, hemdsärmelige Beschimpfungen von Schriftstellern in unserem Lande primär anderes bewirken als innige Zustimmung? Darüber kann auch der Protest von tausend Leitartikeln nicht hinwegtäuschen. Die sie schreiben und die sie lesen, sind ohnehin im Ghetto der Denkenden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Was zeigt die Uhr?

Von Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn

Rede, gehalten bei der Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Notstandsgesetzgebung auf dem Römerberg in Frankfurt am Main am 15. Juni 1965, nebst angehängtem Zitat anstelle eines Epilogs[1]*).*

Meine Damen und Herren! Mitglieder deutscher Gewerkschaften! Mitbürger, Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland!

Vor Ihnen steht, um die von einer deutschen Wochenzeitung zwar nicht erfundene — dazu reichte es nicht ganz —, aber ohne Angabe des Erfinders nur zu gern übernommene Wendung zu gebrauchen, einer der „wenigen doktrinären Professoren", die „sich als professionelle Doktrinäre" erweisen, „die in der" ihnen „anvertrauten Studentenschaft das Mißtrauen gegen jedwede Staatsgewalt wecken". „Aber diese kleine Minderheit ist laut", sagte das Blatt mit dem anspruchsvollen Namen „Christ und Welt" am 4. Juni 1965[2]). „Da gibt es Rekorde an Verwirrung der Geister", las man unter der Überschrift „Niederlage für die Demokratie — des Trauerspiels ‚Notstand' letzter Akt".

Welche Niederlage? Es war die Absetzung des Notstandsverfassungsgesetzes vom Programm der jetzt zu Ende gehenden 4. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags infolge der Saarbrückener Entschließung der SPD-Spitzengremien vom 29. Mai 1965[3]) gemeint. Was für ein unbegründeter Pessimismus dieses famosen Journalisten war das doch! Und was für ein trügerisch-fragmentarischer Sieg der Notstandsopponenten war es! Der grobe Totschlaghammer der Notstandsverfassung, die vor aller Augen das Grundgesetz aus den Angeln gehoben hätte, ist — wohlgemerkt nur vorläufig — weggelegt und nur deswegen weggelegt, weil wegen der sträflichen Heimlichtuerei um dieses Gesetz endlich in der Öffentlichkeit aufgemuckt wurde, nicht wegen seines Inhalts, der genau das darstellt, was Art. 79 Abs. 3 GG auch einer 100%igen Mehrheit in Bundestag und Bundesrat verbietet, nämlich die Aufhebung von Demokratie und Bundesstaatlichkeit. Und morgen — oder in der nächsten Woche — tritt das Plenum des Bundestages zur zweiten Lesung von drei oder mehr angeblich einfachen Notstandsgesetzen zusammen, deren Erforderlichkeit und prinzipielle Unbedenklichkeit auch von der SPD im voraus eilfertigst bescheinigt wurde und die, wenn verabschiedet, eben derselben Notstandsverfassung die Tür weit aufstoßen würden, an der sie sich zu unser aller Glück bisher geklemmt hat.

Ist man ein doktrinärer Professor oder ein professioneller Doktrinär, wenn man die demokratische und rechtsstaatliche Verfassung seines Landes am Leben erhalten will, wenn man nicht vergessen will, daß nach dem Scheitern der Weimarer Reichsrepublik und nach der faschistischen Usurpation der Weg zur Wiederauferstehung der deutschen Demokratie durch ein Meer von Blut und Tränen, Leid und Ruinen anderer Völker und unseres eigenen Volkes ging? Wenn man sicher ist, daß der Untergang der zweiten Demokratie in einen Abgrund führt, aus dem es keine Auferstehung unseres Volkes mehr geben kann? Und wenn man sieht, daß die Notstandsreise dorthin geht? Meine Damen und Herren! Daß das nicht die Hirngespinste eines Doktrinärs sind, daß die Verwirrung der Geister — um es milde auszudrücken — viel mehr ganz woanders eine Rekordhöhe erreicht hat, daß die Gewerkschaften, die aller Notstandsgesetzgebung aus der Retorte der Bundesregierung ein bedingungsloses „Nein" entgegensetzen, keine rheinisch-närrischen Vereine — oder Schlimmeres — sind, darüber möchte ich heute abend kurz zu Ihnen sprechen, an dem Abend vor dem Tag, an dem der Deutsche Bundestag vielleicht Weichen stellt, die später zurückzustellen zwecklos wäre, weil dann unser Staatswagen schon längst darüber hinweggerollt ist. Ich will sprechen für mich selbst — als Staatsbürger — und als Professor des Staatsrechts — das ist ja wohl keine Anmaßung, wenn man dieses Fach seit 15 Jahren an deutschen Universitäten vertritt, ohne daß Zweifel hinsichtlich des Geisteszustandes laut geworden wären —, und ich will sprechen für eine immerhin nicht ganz kleine Zahl von anderen Wissenschaftlern und „Intellektuellen" in der Publizistik und im öffentlichen Leben — für ein vernunftbegab-

tes Wesen kann „Intellektueller" ja wohl kein Schimpfwort sein —, die ich gleichzeitig aufrufen möchte, weiterhin ihr Letztes herzugeben in der Treue zum Grundgesetz, die ich auch den Volksvertretern anmahnen möchte. Stets ist es bodenlose Dummheit oder feige apologetische Lüge gewesen, wenn nach einer politischen Katastrophe gesagt wurde, man sei ahnungslos „hineingeschlittert" oder habe mitgemacht, „um Schlimmeres zu verhüten"; und niemals wird das Urteil anders sein. Denn die Katastrophen der Politik werden nicht von der Natur, sondern von Menschen gemacht. Anders wird nach d i e s e r Schlitterpartie allerdings sein, daß n i e m a n d von ihr zurückkommt.

Gestatten Sie mir zunächst als juristischem Fachmann ein Wort zur juristischen Qualität der ganzen Notstandsgesetzesmacherei, weil schon von da her ein bezeichnendes Licht auf ihre Tendenzen fällt. Ich erwähne aus dem reichgefüllten Glückshorn der Bundesregierung zunächst den ohne Rücksicht auf die Kritik des Deutschen Presserates am 26. Mai 1965 vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf eines „Gesetzes über die Errichtung von Pressekommissionen für den Zustand der äußeren Gefahr". Danach können u. a. Redakteure und Verleger zur Veröffentlichung bestimmter amtlicher Bekanntmachungen und Erklärungen gezwungen und kann die Korrespondententätigkeit einer Genehmigungspflicht unterworfen werden. Die Mitglieder der hierbei eingeschalteten Pressekommissionen werden zu staatlichen Geheimnisträgern gemacht, die rechtsstaatlichen Rechtsmittel gegen diese und andere Maßnahmen ihrer aufschiebenden Wirkung beraubt. Daß diese Vorschriften einen Eingriff in die Pressefreiheit darstellen, haben sogar die Verfasser des Entwurfs bemerkt. Und deswegen sagt denn auch der § 17 des Entwurfs: „Die Grundrechte nach Art. 5 GG werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt." Das Grundgesetz aber gestattet ein Einschränkung der Pressefreiheit nur aufgrund „allgemeiner" Gesetze. Und es ist die ziemlich einhellige, jedenfalls ganz vorherrschende, m. E. zutreffende Meinung in der staatsrechtlichen Literatur zu Art. 5 GG, ganz gleich wo die Verfasser politisch stehen, daß „allgemeine" Gesetze in diesem Sinne keine Gesetze sein können, die sich nur mit der Meinungsäußerung, der Presse usw. beschäftigen, daß vielmehr solche Gesetze „besondere" Gesetze sind, die das Grundgesetz ähnlich wie schon die Weimarer Reichsverfassung aus gutem Erfahrungsgrund nicht erlaubt. Aber das ficht diese Bürokratenmannschaft nicht im mindesten an. Wenn mir ein Student im 3. Fachsemester ein solches Dokument der Unkenntnis vorlegen würde, so müßte ich es ihm um die Ohren schlagen und ihm seinen Übungsschein verweigern. Freilich — wenn das aus dem Verfassungsministerium kommt, so kann das keine Unkenntnis sein. Dann aber ist es einfach ein Dokument der Verfassungsverachtung, gemacht von Verfassungsverächtern, die das Grundgesetz nicht etwa bloß nicht unter dem Arm tragen, sondern es schon fast dem Feuer überantwortet haben. Und ganz selbstverständlich arbeitet dieser Entwurf — wie auch alle übrigen Notstandsgesetze — mit den Formulierungen, daß die einen Bestimmungen erst anwendbar sind, „wenn die Bundesregierung festgestellt hat, daß dies zur beschleunigten Herstellung der Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik erforderlich ist", die anderen Bestimmungen nur „während des Zustands der äußeren Gefahr" angewandt werden können. Die eine wie die andere Voraussetzung dieser Augenpulverformeln kann jederzeit erfüllt sein.

Man sollte vielleicht meinen, daß die Presse selbst, ein „Bollwerk der Freiheit", wie eine frühe amerikanische Verfassung es einmal so plastisch und großartig formuliert hat, in Schlagzeilen dagegen Alarm schlagen würde. Aber wer das glaubt, der verkennt die rasende Lust am eigenen Untergang, von der die große Masse unserer Publizistik sehenden Auges befallen ist. Etwas Gesäusel in den internen Verbandsorganen [4]), aber fürs Publikum nicht einmal fünf Zeilen zwischen Bikini und Bundesgartenlaube — und dafür wird dieser Presse denn auch die mitbestimmende Selbstverwaltung ihres Todes vorgegaukelt — durch Pressekommissionen, deren Vorsitzende von der Regierung ernannt und deren übrige Mitglieder mit Vorschlagsrecht der Presse auch von der Regierung ernannt werden.

Lassen Sie mich jetzt bitte etwas sagen zu den drei zunächst anstehenden Gesetzen, denen uns jede Minute näherbringt und die sich nach ihren Überschriften des Schutzes der Zivilbevölkerung annehmen wollen: Das „Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung", das „Gesetz über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung", das „Gesetz über das Zivilschutzkorps und den Zivilschutzdienst". Wer könnte wohl dagegen sein, daß man etwas zum Schutz der Bevölkerung gegen Kriegs- und Katastrophen-

gefahr tut? „Bist Du, deutscher Mann, und bist Du, deutsche Frau, für Deutschlands Größe und kraftvolle Erneuerung?", so etwa pflegte Adolf Hitler sein Volk zu fragen — und welcher Deutsche könnte wohl dagegen gewesen sein!? Das aber sind keine Fragen; das ist Demagogie. Und wenn die SPD auf so etwas hereinfällt oder jedenfalls, aus welchen Gründen auch immer, so tut, als ob sie das ernst nähme und mit deutschnationalem Biereifer der Bundesregierung vorwirft, sie habe zu wenig getan, und 39 000 installierte Alarmsirenen — das beste Luftwarnsystem der Welt, wie Herr v. Hase meint — seien nicht genug, dann hat sie aus ihrer eigenen Geschichte nicht gelernt, daß, wer sich anschickt, einem unsittlichen politischen Unternehmen den kleinen Finger zu reichen, seinen Arm schon geopfert hat. Und wenn sie im Europäischen Parlament, das nach der Verfassung der Europäischen Gemeinschaften von Rechts wegen k e i n e Macht besitzt, durch ihren Sprecher lauthals die Forderung nach einer F r i e d e n s strategie verkünden läßt, dagegen im Deutschen Bundestag, der nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von Rechts wegen die höchst beachtliche Macht einer wahren demokratischen Volksvertretung entfalten darf und sogar muß, das Gold des Schweigens höher schätzt und der Umfunktionierung des Parlaments zum Regierungsorgan keinen Widerstand entgegensetzt, dann ist an ihr bald Hopfen und Malz verloren.

Meine Damen und Herren! Die 39 000 Alarmsirenen der Bundesrepublik Deutschland sind 39 000 Orgelpfeifen in der Kriegsorgel des dritten Weltkriegs. Man braucht weder eine Militärakademie noch eine Hochschule für Politik besucht zu haben, sondern lediglich das kleine Einmaleins zu beherrschen, um das zu begreifen. In einem künftigen Kriege läßt sich angesichts der gegenwärtig erreichten und sich immer weiter und immer schneller perfektionierenden Waffentechnik unsere Bevölkerung dann überhaupt nicht schützen, wenn a) der Gegner ihre Vernichtung beabsichtigt oder b) auch nur im Zusammenhang seiner Operationen als unvermeidlich in Kauf nimmt [5]). Das heißt umgekehrt: Der Schutz wäre nur möglich bei einem Gegner, der seine Kriegführung geradezu auf den Schutz unserer Zivilbevölkerung anlegte — das ist wohl etwas zuviel verlangt von dem Gegner, der dann doch wohl lieber von vornherein kapitulieren sollte. Und es ist nicht zulässig, sich einen künftigen Krieg in Mitteleuropa — der in der Tat nicht völlig ausgeschlossen ist und zugleich der dritte Weltkrieg sein würde — anders als einen atomaren Krieg vorzustellen. Denn hier in Mitteleuropa gibt es keine Dschungel, also wird es keinen Partisanenkrieg geben. Hier wird es auch keinen sogenannten konventionellen Krieg mehr geben (auch der müßte übrigens die Intensität der letzten Monate des zweiten Weltkriegs erheblich übertreffen), wenn auch nur eine Seite der sog. Vorwärtsverteidigung huldigt und schon jetzt verkündet, man werde atomar zurückschlagen, auch wenn man mit der Schrotflinte angeschossen wird. Daher ist der Schutzbau zunächst einmal eine sinnlose Verschwendung, der unsere angespannte Wirtschaft weiter strapazieren und die Behebung aller wirklichen Notstände verhindern würde. Gewiß will niemand auf der Welt, der bei Verstand ist, einen solchen atomaren Krieg. Aber natürlich wäre der Schutzbau nicht ganz sinnlos, wenn man mit dem Gedanken an einen militärischen Alleingang liebäugeln sollte, wenn auch da die Rechnung wahrscheinlich nicht aufgehen würde. Das aber darf keine Bundesregierung wollen. Das ist ihr gerade durch den NATO-Pakt als ein V e r t e i d i g u n g s bündnis verboten.

Was also kann dieses Gesetz, das keinem eine Chance gibt, und was können übrigens auch die beiden anderen Gesetze nur bewirken? Das Entstehen eines falschen Sicherheitsgefühls, die Verhinderung einer entschiedenen Friedenspolitik, ein wesentliches Stück psychologischer Kriegsvorbereitung und eine unabsehbare Kette wirtschaftlicher und sozialer Einbußen in unserem Staat, der in Sachen der allgemeinen, der fachlich-wissenschaftlichen und der politischen Bildung auf den Stand eines Entwicklungslandes abzusinken begonnen hat.

Es versteht sich fast von selbst, daß die drei Gesetze zahlreiche verfassungswidrige Bestimmungen enthalten, insofern also trotz ihrer irreführenden Firmierung als bloß „einfache" Gesetze nur mit den dafür vom Grundgesetz vorgeschriebenen Zweidrittel-Mehrheiten verabschiedet werden könnten und außerdem die eingeschränkten Grundrechte genauestens bezeichnen müßten, also etwa den Art. 12 GG wegen der im Selbstschutzgesetz vorgesehenen Pflicht zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen oder die Art. 11 und 12 GG wegen der im Zivilschutzkorpsgesetz vorgesehenen Dienstverpflichtungen und Einschränkungen der Freizügigkeit. Der Deutsche Bundestag hat sich

zwar einen Rechtsausschuß zugelegt: Der würde hier noch ein weites dankbares Arbeitsfeld vorfinden. Warum diese Zurückhaltung, wo doch sogar die amtliche Begründung zum Zivilschutzkorpsgesetz in Erwägung zu ziehen geruht hatte, die vorgesehene Dienstpflicht stehe möglicherweise mit Art. 12 GG in Widerspruch? Welch eine barocke juristische und politische Phantasie haben diese Juristen denn nun in der Neufassung offenbart! Da wird man also zu einem Dienst herangezogen, der kein Wehrdienst sein soll, aber, um den Art. 12 GG zu umgehen, aufgrund der Wehrpflicht herangezogen — unbefristet natürlich schon dann, „wenn die Bundesregierung . . . festgestellt hat, daß die Dienstleistungen den Umständen nach dringend erforderlich sind" — und obwohl das kein Waffendienst sein soll, muß man doch laut amtlicher Begründung mit dem letzten Stand der Waffentechnik vertraut gemacht werden — vielleicht durch Aufkleben von Abziehbildern? Aber das ist eben eine großartige Sache, gleichzeitig dem Grundgesetz und den NATO-Freunden ein Schnippchen zu schlagen, eine Miliz außerhalb des NATO-Kommandos zur Alleinverfügung aufzubauen und angesichts der personellen Engpässe bei der langfristigen Bundeswehrausbildung alles, was diensttauglich ist, im Krümpersystem zu erfassen. So schlau waren die Schöpfer der Schwarzen Reichswehr eben noch nicht. Aber daß es denjenigen, die darüber schreiben sollten, vermutlich so gehen würde wie Carl v. Ossietzky, daß im Zusammenwirken mit der geplanten Pressegesetzgebung sich „Abgründe von Landesverrat" am laufenden Band neu auftun würden, das kann man wiederum mit einer nur bescheidenen Anstrengung des Kopfes voraussehen. Soll da einer sagen, die Deutschen lernten nicht aus der Geschichte! Und wie sie lernen, wenn sie Macht haben und nicht abgeben wollen, obwohl sie mit ihrem politischen Latein am Ende sind!

Aber verschwenden wir unsere Zeit nicht mit solchen Einzelheiten! Kommen die drei Gesetze, dann kommt unaufhaltsam alles andere einschließlich des Notstandsverfassungsgesetzes nach, was jetzt durch den leidigen Störfaktor der aufhaltsamen Bundestagswahlen (in Zukunft will man die Störung ja seltener eintreten lassen) noch aufgehalten wird. Addieren Sie alles, was an Ermächtigungen und Freiheitsbeschränkungen in dem Bündel enthalten ist, und erkennen Sie, daß das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 mit wenigen lapidaren Sätzen auf dasselbe hinauslief, nur daß man damals allerdings noch nicht hinreichend bewaffnet war. Wer von den Wählern dieser Bundesrepublik hätte dazu den Auftrag erteilt oder geglaubt, daß das das Ergebnis einer freien Gewissensentscheidung seiner Abgeordneten sein könnte!? Eine Notstandsverfassung, richtiger gesegt, eine Ausnahmeverfassung, die jederzeit in Kraft gesetzt werden kann und das Grundgesetz zum Fetzen Papier macht. Muß man ein Kind, ein bornierter Gewerkschaftsboß, ein unheilbarer Kommunist oder ein doktrinärer Professor sein, um zu erkennen, daß der Kaiser nackt ist, wenn er nackt durch die Straßen reitet, während sich die Lakaien über das aparte Lochmuster ergehen, das Staats- und Verfassungskleid des Kaisers, das nur aus Löchern besteht!?

Es ist einfach nicht wahr, daß diese Notstandsverfassung dazu geschaffen wird, im Falle des Krieges oder der Naturkatastrophe zu retten, was zu retten ist. Mag man doch ein Naturkatastrophengesetz mit entsprechenden Vollmachten schaffen, wenn das vorhandene Recht unzulänglich sein sollte! Erdbeben sind in unseren Breiten gottlob selten. Flutkatastrophen können vorkommen — vor allem dann, wenn die Staatsführung ihren Vorbeugepflichten nicht nachgekommen ist. Ob zur wirksameren Bekämpfung ihrer Folgen eine neue Katastrophengesetzgebung notwendig ist, das würde sich nach dem Bericht ergeben, den ein gefälligst einzusetzender unabhängiger parlamentarischer Untersuchungsausschuß erstattete, aber nicht nach dem, was der Herr Schmidt aus Hamburg in eigener Sache hinter der vorgehaltenen Hand orakelt. Mag man doch ein Notstandsgesetz für den Kriegsfall schaffen, wenn das sinnvoll sein sollte! Ich selbst halte es, wie sich schon aus meiner Stellungnahme zum Schutzbaugesetz ergibt, für sinnlos; aber dagegen ließe sich das eine oder andere Argument anführen. Aber die geplanten Gesetze sind ganz überwiegend nur insofern Kriegsgesetze, als sie uns dem Kriege näherbringen. Ein großer Teil — wie die Sicherstellungsgesetze— ist überhaupt von vorherein nur für die Anwendung im Frieden gemacht; jedenfalls gibt es in den Gesetzen dieser Kategorie keine einzige Vorschrift, die nicht auch im Frieden anwendbar wäre, wobei es vielfach nicht einmal einer besonderen Erklärung über die Erforderlichkeit der Anwendung bedarf. Die übrigen Gesetze können praktisch werden, wenn immer die Bundesregierung oder der für die „Notstandsverfassung" vorgesehene sog. Gemeinsame

Ausschuß von Bundestag und Bundesrat, ein Nebenkabinett der Parteiführer der ganz großen Koalition — das Ende der parlamentarischen Demokratie! — es für „dringend erforderlich", „unabweisbar" o. ä. halten.

Meine Damen und Herren! Spannungsfälle, Kriegsgefahren, außenpolitische Krisen usw. beschert uns die Politik am laufenden Band. In der Tat ist die Lage immer ernst. Ganz besonders ernst war sie übrigens, als das Grundgesetz gemacht wurde. Damals donnerten die Flugzeuge über die Luftbrücke nach Berlin. Und doch entschlossen sich die Väter des Grundgesetzes, keine Notstandsregelung der jetzt geplanten Art in die Verfassung aufzunehmen. Von allem, was die jetzt laufenden Gesetze der Exekutive bieten, müßte konsequenterweise sofort Gebrauch gemacht werden, weil die Lage stets ernst ist. Gewiß wäre das bequem für die Staatsführung. Über solche Bequemlichkeiten hat der bedeutende amerikanische Richter Frankfurter — übrigens fast ein „Rechtsintellektueller" (für die habe ich viel übrig; ich bin in der Politik nur gegen die Dummheit jeder Richtung und noch mehr natürlich gegen die Bosheit) — einmal gesagt, es entspräche nicht amerikanischer Tradition, andere Staaten um solche Bequemlichkeiten zu beneiden. Das in einem Lande, welches, wenn auch seine Demokratie gewiß ständig erheblichen sozialstrukturell bedingten Gefährdungen ausgesetzt ist, den Faschismus bisher immer noch von der entscheidenden Macht fernhalten konnte. Unserer historisch begründeten Verpflichtung entspricht es, es mit diesem Mangel an Neid nicht bewenden zu lassen, sondern der Diktatur schon in ihren Anfängen zu wehren, die sich diesmal übrigens in ein schickes amerikanisiertes Kostüm hüllen würde.

Die Vollmachten der Notstandsgesetzgebung würden bei uns Männern in die Hand gegeben, die ihre Einstellung zum Grundgesetz unmißverständlich kundgetan haben. Von allem Anfang an haben sie die sog. Konstruktionsfehler des Grundgesetzes zu beseitigen angestrebt, unserer Verfassung, die wir zwar mit einiger alliierter Nachhilfe erhalten haben, in der wir aber eine Möglichkeit erblicken durften, uns in unserem Teil des deutschen Vaterlandes mit Anstand demokratisch einzurichten. Von Herrn Höcherls Notstandsentwurf kam uns 1962 die Weisheit, daß „alle das Bundesvolk repräsentierenden und unseren Staat tragenden Schichten . . . zu der Erkenntnis gekommen seien, daß das Grundgesetz einer Ergänzung (!) — durch die Notstandsverfassung — bedürfe". Wer so die Gegner der Notstandsverfassung aus dem Bundesvolk hinausweisen und sie offenbar zu den staatsgefährdenten Schichten zählen will, der hat freilich von der Demokratie soviel Ahnung wie die Kuh vom Sonntag. Der Herr Altbundeskanzler hat im Wahlkampf des Jahres 1961 in Würzburg vor der Jungen Union erklärt, er könne nachts nicht schlafen, wenn er an das Grundgesetz denke. Mit der Schlaflosigkeit beim Denken ans Grundgesetz geht mir das übrigens genauso, wenn wir auch ganz Verschiedenes denken. Für mich ist es eben kein Ärgernis, daß das Grundgesetz z. B. die Gründung der famosen Adenauer-Schäffer-Fernseh-GmbH verbot, deren Verteidiger dem Bundesverfassungsgericht erklärten, man dürfe doch nicht über „juristische Zwirnsfäden" stolpern. Mich verbindet noch ein weiteres gemeinsames Schicksal mit dem Herrn Altbundeskanzler. Über seinen damaligen Ausspruch hat nämlich nur eine einzige größere Tageszeitung berichtet, soweit ich mich erinnern kann; die war vielleicht nicht ganz auf der politischen Höhe unserer Zeit. Vielleicht dringt diese meine Rede nicht einmal so weit, es sei denn, daß Journalisten wie der eingangs zitierte zeitgenössische Christ meine 39 000 Orgelpfeifen aus dem Zusammenhang reißen und als staatsfeindliche Hetze brandmarken. Ich rufe Sie, meine Mitbürger, vorsorglich zu Zeugen dafür an, daß ich die Autorenrechte an dieser gegenwärtigen Rede hier nicht exklusiv der Presse im anderen Teil Deutschlands zur Verfügung gestellt habe (— wird wahrscheinlich auch nichts helfen —). In dieser Notstandsfrage beruft man sich nur dann auf mich, wenn ich nicht gefragt worden bin, so etwa das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken — angeblich die Vertretung der katholischen Laien in der Bundesrepublik Deutschland —, das sich zum Jahreswechsel darüber entrüstet hat, daß die Notstandsgesetze immer noch nicht verabschiedet seien. Ich bin Katholik und habe mich meines religiösen Glaubens noch nie geschämt, aber ich schäme mich bis in den Erdboden der himmelschreienden Verlogenheit solcher Organisationen, die sich erdreisten, im Namen eines dumm gehaltenen Kirchenvolks zu sprechen. —

Darf ich mit der Revue der Männer und der Lage vom 15. Juni 1965 fortfahren? Wer da glaubt, diejenigen, die durch sechzehnjährige Unterernährung im Stehen neben der politischen Macht an Blutarmut, Ideenschwund und flackernden Nerven erkrankt sind, die

würden, wenn sie zur Macht kommen, der Versuchung durch einen aufgebauten Notstandsapparat entgehen können, der irrt. Das wäre nicht einmal möglich, wenn alle diese Leute in Wirklichkeit etwas anderes wollten, als die gegenwärtigen Regierungskräfte in ihrer eigenen Politik zu übertrumpfen. Wer das glaubt, der gibt sich nämlich keine Rechenschaft darüber, wieweit der Prozeß der Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in unserem Lande schon jetzt — ohne die Notstandsgesetze — fortgeschritten ist. Die Stunde ist zu ernst für eine Kabaretteinlage über die goldenen Worte des Ministers, der sich bisweilen etwas „außerhalb der Legalität" bewegt. Das wäre übrigens nicht mal ganz so schlimm (wenn auch eine gesunde Demokratie solche Sprecher aus dem politischen Leben ausscheiden würde), wenn sich nicht sogar unsere Legalordnung selbst schon seit Jahren nicht nur etwas, sondern ziemlich stark außerhalb der Konstitutionalität bewegte, jedenfalls da, wo's im engeren Sinne politisch wird. Unterhalb des insoweit formal gar nicht angetasteten Grundgesetzes haben sich, vom breiten Publikum vielfach nicht bemerkt, seit Jahren in der Rechtsprechung, in der Verwaltungspraxis, in der Gesetzgebung, im öffentlichen und privaten Leben schlechthin Methoden der politischen Diskriminierung und Diffamierung mit weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen entwickelt, die am Anfang vielleicht unter dem Kommunistenschock der Koreakrise in gewissem Umfang nicht ganz unbegreiflich waren, inzwischen aber gerade jene Haltung als fast selbstverständlich erscheinen lassen, nach der, wer nicht für die Regierung oder, wenn schon nicht für die aktuelle Regierung, dann doch für ihre politischen Konzeptionen und Vorhaben ist, als Staatsfeind gilt und als „Schrittmacher Pankows" abqualifiziert wird — die dümmste und infamste und zugleich dem uninformierten „kleinen Mann" gegenüber erfolgreichste aller aktuellen politischen Invektiven (ich kann mich persönlich übrigens über deren Auswirkungen nur verhältnismäßig wenig beklagen, da Professoren in diesem Lande noch ein gut Teil Narrenfreiheit genießen). Rechtsstaat und Demokratie sind also daran schon todkrank. Meint man, daß es dem Patienten hilft, wenn man ihn prügelt oder absticht?

Dann will man uns glauben machen, gerade aus rechtsstaatlichen Gründen müßten finstere alliierte Diktaturvorbehalte „abgelöst" werden: Nicht die Alliierten, sondern die Bundesregierung hat das hochgespielt. Vor elf Jahren hat sie uns die NATO verkauft mit der Begründung, wir würden nunmehr souverän und brauchten unsere rechtliche und politische Ordnung nur noch auf einen mit den übrigen NATO-Ländern vergleichbaren Stand zu bringen, um den kleinen Rest an Vorbehalten abzubauen. Letzteres ist längst geschehen. Sind Dänemark, Norwegen, Holland, Großbritannien usw. vielleicht Staaten, deren Verfassung jederzeit in einer „Krise" suspendiert werden dürfte oder könnte? Wäre die Bundesrepublik mit diesen Ländern vergleichbar, wenn wir unter die Notstandsverfassung gerieten? Die Antwort ist nur zu einfach. Aber das hindert die Bundesregierung und ihre parlamentarischen Mitläufer nicht im mindesten daran, die „alliierten Vorbehaltsrechte" noch einmal in den leeren Zylinder zu zaubern und als Knüppel wieder herauszuholen. Das nenne ich eine Glanzleistung — allerdings nicht der Politik, sondern der professionellen Gaukelei.

Wahrscheinlich erinnern sich unsere westlichen Verbündeten besser als wir daran, was der Weg eines entdemokratisierten Deutschlands war — und auch wieder sein wird. Es ist zwar heute vieles anders als damals — 1933: Arbeitslosigkeit, politischer Aktivismus und ein Rattenfänger vor den Toren; heute: Vollbeschäftigung, bleierne Ruhe über den politischen Wipfeln und die Saturierten im Gehäuse . . . Aber in entscheidenden Punkten gleichen sich die Zeichen. Ich möchte den Vertretern des Deutschen Volkes im Deutschen Bundestag — den Älteren zur Erinnerung und zur Schärfung ihres Gewissens, den Jüngeren zur Abrundung ihrer verfassungsgeschichtlichen und politischen Bildung und ebenfalls zur Schärfung ihres Gewissens — empfehlen, sich doch einmal aus der vorzüglichen Bibliothek des Hohen Hauses jenen Band mit den Protokollen der Verhandlungen der 8. Wahlperiode des Deutschen Reichstags von Weimar reichen zu lassen, der mit dem Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam anhebt. Das waren durch die Bank keine (oder noch keine) Verbrecher, die damals dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung gaben (die politischen Funktionäre unserer getrennten Brüder täten gut daran, sich und ihrer Mitwelt das sehr klar zu machen — im eigenen wie im Interesse der deutschen Nation und des Friedens in Europa und in der Welt). Das waren großenteils ganz ehrenwerte, wenn auch recht wenig erleuchtete Männer. Selbst in den Reihen der damaligen

NSDAP-Fraktion waren es jedenfalls mehr Abenteurer, Landsknechte, Bierbankstrategen, gutgläubige Hurrarufer und Nationalisten und verkrachte Existenzen als zielbewußte Schurken. Aber dabeisein wollten sie alle, und vor Eifer traten sie und die März-, April- und Maigefallenen des Jahres 1933 sich dann später gegenseitig auf die Füße. Alle Härte diene nur der Ausmerzung und Bekämpfung des Kommunismus, versicherte der Herr Reichskanzler. „Es ist nicht wahr, daß . . . Handel und Wandel (der Juden) gestört wird", sagte der Reichstagspräsident Göring, „Gehen Sie doch durch die Warenhauspaläste: Sie werden erkennen, daß nach wie vor die Herren ihren Rebbach machen können . . . Gehen Sie an den Synagogen vorbei . . . an den Friedhöfen . . . nicht eine Stelle werden Sie mir zeigen können . . ., wo auch nur ein Stein beschmutzt ist . . . . . Fragen Sie Herrn Thälmann, ob (ihm) das geringste geschehen ist. Wenn Herr Thälmann darüber deprimiert ist, daß seine Anhänger zu Tausenden weglaufen, so liegt das nicht an uns. Ich kann ja schließlich nicht für seine Aufheiterung noch besondere Sorge tragen." Hier verzeichnet das Protokoll „Heiterkeit bei den Nationalsozialisten". Jawohl, „Heiterkeit". Es war ja auch schließlich erst der 23. März 1933. „Nichts ist den Leuten geschehen . . .". — Und kein Thälmann — und auch kein Dr. Klausener und kein Schleicher hat überlebt. „Na, denn man prost, meine Damen und Herren!" hatte der General am 28. Januar 1933 getoastet — ein General ,ein politischer Spieler, kein übertriebener Demokrat, immerhin ein Mann von einem gewissen sozialen Verständnis und gutem politischen Blick. 18 Monate später war er ermordet. — Nein, natürlich haben sie alle, bis auf die entscheidenden Wenigen, das Unfaßliche damals nicht für möglich gehalten. Aber w i r w i s s e n , d a ß und w i e das Unfaßliche möglich wird — nicht über Nacht — aber Schritt für Schritt, Stufe für Stufe —, daß es die Schläfer und die Träumer überrascht und daß es damit beginnt, daß das Parlament der überkommenen liberalen parlamentarischen Demokratie sich selbst entmachtet.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt zwar wieder Synagogen — wiedergutgemachte, leere Synagogen, die mehr Museen als Gotteshäuser sind —, und noch heute werden Grabsteine der jüdischen Friedhöfe beschmutzt. Die KPD, die damals als erste Partei aufgelöst wurde und die den höchsten Blutzoll hat entrichten müssen, hat die Bundesrepublik seit fast zehn Jahren illegalisiert. Auf andere kleine Oppositionelle verzichtet sie kraft ihres Wahlrechts. Aber immerhin: Noch hat sie Gewerkschaften; ihnen wird durch den Notstand das Rückgrat gebrochen werden. Noch hat sie eine kommunale Selbstverwaltung, aber sie hat sich gefälligst per Luftschutzorganisation und Mobverwaltung an die Leine der Bundesregierung nehmen zu lassen. Noch hat sie ein Bundesverfassungsgericht: Ob das wohl mehr effektive Macht entfalten könnte im Krisenfalle als der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich, auf den vertrauensselige Demokraten seit dem Preußenschlag des Herrn v. Papen vergeblich gesetzt hatten? Noch besitzt sie Eigenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft: Sie werden von aller Arbeit entlastet sein, sobald die Sicherstellungsgesetze angewandt werden. Noch wird — bei freilich schon bescheidenster Auswahlmöglichkeit — gewählt. Reichskanzler Hitler versprach schon am 23. März 1933, daß das Volk nicht mehr an die Wahlurnen getrieben werden sollte. Wir brauchen auch nicht mehr zu wählen, wenn der Notstand permanent geworden ist.

Am 23. März 1933 hat der Abgeordnete Wels — spät genug — seiner Partei ein Stück Ehre gerettet; die Existenz hat er ihr nicht bewahren können. Weiß die SPD das nicht mehr? Am 23. März 1933 hat der Abgeordnete Dr. Maier seine „ernstesten Bedenken" gegen das Gesetz, das sich „Gesetz zur Behebung der Not (!) von Volk und Reich" nannte, zurückgestellt, an dem er die Sicherung der verfassungsmäßigen Grundrechte des Volkes und der Grundlagen der bürgerlichen Rechtsordnung, der staatsbürgerliche Gleichberechtigung und „des selbstbestimmenden Koalitionsrechts der Berufe" vermißte. Es macht ihn nicht nachträglich zu einem Heros und es kann seine Fehlmeinung, daß nichtkriegsbedingte „Notzeiten besondere Maßnahmen erfordern", nicht richtig machen, aber es ehrt Männer wie ihn und Dr. Theodor Heuss, daß sie für eine grundgesetzliche Ordnung eingetreten sind, die schon den Ansatz pauschal ermächtigter Regierungen unmöglich machen wollte. Am 2. März 1933 bekannte sich der Prälat Dr. Kaas „aus nationalem Verantwortungsgefühl" zum Gesetz „der raschen, bewahrenden ,aufbauenden und rettenden Tat . . ., im Angesichte vor allem der Sturmwolken, die in Deutschland und um Deutschland aufzusteigen beginnen" und offerierte erneut, unter Verzicht auf die Form demokratischer Parteien, noch einmal die schwarzbraune Koalition, um die Fortführung des nationalen Rettungswerks zu sichern". Hier verzeichnet das Protokoll „Beifall bei den Natio-

nalsozialisten". Hat man vergessen, daß der schäbige Lohn für die Prostitution über den bloßen Abschluß des Reichskonkordats nicht hinausreichte?

Meine Herren Abgeordneten! Lesen Sie die Ihnen vorliegenden Gesetze mitsamt den Begründungen auf das sorgfältigste! Horchen Sie auf die Sprache! Erkennen Sie an der Sprache, wes Geist da weht! Erkennen Sie daran, daß diese Gesetze, auch wenn keiner ihrer Verfasser subjektiv etwas Böses im Schilde führen sollte, uns zwangsläufig in die Diktatur treiben! Erkennen Sie, daß die drei jetzt anstehenden Gesetze und der Rest zusammen mit der Notstandsverfassung ein untrennbares Ganzes bilden! Erst wenn dieses Ganze unwiderruflich auf die Abraumhalden befördert ist, könnten Sie sich mit gutem Gewissen mit einem Erkennungsmarkengesetz und ähnlichen Vorschlägen befassen, die, für sich allein genommen und verabschiedet, in Einklang mit den Genfer Konventionen über den Schutz der Zivilbevölkerung von 1949 vielleicht keinen Schaden anrichten, zusammen mit der übrigen Notstandsplanung aber infolge ihrer psychologischen Wirkung den Fall der Demokratie nur beschleunigen und die Kriegsgefahr nur vergrößern können.

Anstelle eines Epilogs

„Sie wissen ganz genau, welche Front sich gebildet hat, welche unheilige Allianz sich gebildet hat, als diese Gesetzgebung (der Erstentwurf der Notstandsverfassung) scheiterte. Die im Osten haben einen Freudentaumel vorgeführt, und bei uns haben sich Kräfte gefunden, . . . die die Öffentlichkeit irregeführt und getäuscht haben. Ich muß sagen: es ist bei dem großen Ansehen, das Leute aus dem geistigen Bereich bei uns erfreulicherweise haben, traurig, daß sich einige dazu hergeben, dieses Ansehen, das dem ganzen Bereich und den hervorragenden Vertretern gilt, die das Ansehen geschaffen haben, zu benützen, um die Öffentlichkeit in einer Lebensfrage zu täuschen und aufzuhetzen." [6])

Hier verzeichnet das Protokoll „Beifall bei den Regierungsparteien".

Anmerkungen

[1]) Die vorliegende Fassung stellt eine annähernd wörtliche Wiedergabe dar. Sie enthält einige wenige Sätze und Satzteile, die bei der Kundgebung aus Zeitgründen weggelassen werden mußten.

[2]) Jg. 18 Nr. 23.

[3]) Die von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD einstimmig verabschiedete Entschließung ist in Nr. 146 (Juni 1965) von „Tatsachen — Argumente" (Rednerdienst des Vorstands der SPD) vollständig wiedergegeben.

[4]) So wird der Text der Regierungsvorlage und die Ablehnung durch den Deutschen Presserat referiert in Nr. 23 des 62. Jg. von „ZV und ZV" vom 4. 6. 1965; „ZV und ZV" ist das Organ der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger.

[5]) Vgl. das Memorandum der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. „Ziviler Bevölkerungsschutz heute", 2. Aufl. 1963, S. 37 f.

[6]) Bundesminister Höcherl in der 192. Sitzung des 4. Deutschen Bundestages am 24. Juni 1965, zit. nach „Das Parlament" Nr. 27 v. 7. 7. 1965, S. 7.

Liste der zwölf SPD-Abgeordneten, die gegen die Notstandsgesetze stimmten (drei Schutzgesetze und vier Sicherstellungsgesetze)

Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel (kandidiert nicht mehr für den 5. Bundestag); Prof. Dr.. Karl Bechert, Gau-Algesheim; Eberhard Brünen, Duisburg-Meiderich; Wilhelm Dröscher, Kirn/Nahe; Walter Faller, Schopfheim; Josef Felder, Erlangen; Fritz Wilhelm Hörauf, Eggenfelden/Bayern; Heinrich Junker, Bergneustadt; Alma Kettig, Witten (kandidiert nicht mehr für den 5. Bundestag); Richard Kohlberger, Augsburg; Friedrich Kraus, Wuppertal-Barmen (kandidiert nicht mehr für den 5. Bundestag); Helene Wessel, Bonn.

Höcherl sagt Nein

Frage VII/5 — des Herrn Abgeordneten Dr. Kohut —:

Ist die Bundesregierung bereit, als Ergänzung des Berichts des Bundesinnenministers über die rechtsradikalen und antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik und zur besseren „Vorwarnung" der Bevölkerung vor diesen Elementen eine Liste zu veröffentlichen, in der Organisationen und Parteien, die faschistisches und nazistisches Gedankengut vertreten, namentlich aufgeführt werden?

Höcherl, Bundesminister des Innern: Herr Kollege Kohut, diese Frage ist schon wiederholt gestellt worden, zuletzt vom Herrn Kollegen Sänger am 18. März dieses Jahres. Ich antworte darauf mit Nein.

Aus dem Protokoll über die 181. Sitzung des Dt. Bundestages am 12. Mai 65.

Bemerkungen

Prof. Dr. Max B e n s e ist Ordinarius für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Technischen Hochschule Stuttgart; Buchveröffentlichungen: „Ästhetika", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1954; „Ein Geräusch in der Straße", Agis-Verlag Baden-Baden 1960; „Theorie der Texte", Kiepenheuer & Witsch Köln 1962; „Die Philosophie zwischen den beiden Kriegen", Suhrkamp-Verlag Frankfurt 1951; „Konturen einer Geistesgeschichte der Mathematik", Claassen & Gouverts-Verlag Hamburg 1949.

Prof. Dr. Erich L a n g e war ehemals Vorstand am Institut für Physikalische Chemie der Universität Erlangen-Nürnberg.

Aus technischen Gründen kann der von vielen Lesern erwartete Artikel von Reinhard O p i t z „Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft'" erst im September-Heft veröffentlicht werden. Die Publikation erscheint schon Ende August in der Reihe „Argumente zur Zeit". Interessierte Leser können sie zum Preise von 1,50 DM vom Verlag beziehen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

58 Pfr. Schlunk

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Kalixte Mukendi
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomes Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Prof. Dr. Max B e n s e ist Ordinarius für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Technischen Hochschule Stuttgart; Buchveröffentlichungen: „Ästhetika", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1954; „Ein Geräusch in der Straße", Agis-Verlag Baden-Baden 1960; „Theorie der Texte", Kiepenheuer & Witsch Köln 1962; „Die Philosophie zwischen den beiden Kriegen", Suhrkamp-Verlag Frankfurt 1951; „Konturen einer Geistesgeschichte der Mathematik", Claassen & Gouverts-Verlag Hamburg 1949.

Prof. Dr. Erich L a n g e war ehemals Vorstand am Institut für Physikalische Chemie der Universität Erlangen-Nürnberg.

Aus technischen Gründen kann der von vielen Lesern erwartete Artikel von Reinhard O p i t z „Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft'" erst im September-Heft veröffentlicht werden. Die Publikation erscheint schon Ende August in der Reihe „Argumente zur Zeit". Interessierte Leser können sie zum Preise von 1,50 DM vom Verlag beziehen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.